

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

2 / 1987

Edzard Reuter: Weltwirtschaftliche Bewährungsproben.....	1
Dipl. rer. pol. Willi F. J. Weber: Gesamtwirtschaftliche Lohn- und Vollbeschäftigungspolitik: Zu H.-J. Rüstow's Differential- gewinntheorie.....	13
Prof. Dr. Wilhelm Hahn MdEP: Streift Polen das marxistische Korsett ab?.....	24
Prof. Dr. Dr. Bernd M. Weischer: Bemerkungen zum Einfluß der islamischen Fundamentalisten in Ägypten.....	29
Friedrich-Ludwig Wedemayer, M.A.: Die NEW AGE-Bewegung im politischen System der USA...	37
Buchbesprechungen (von Kinsky, von Wogau, Kusch, Rogalla).....	62
Summaries.....	78
Impressum.....	81

Hochschule für Berufstätige

Staatlich anerkannte Fachhochschule



Akademische Abschlüsse von besonderem Rang

An unserer Hochschule studieren Sie neben Ihrer Berufsarbeit. Gerade das - die nahtlose Verbindung von Beruf und Studium, die Synthese von Theorie und Praxis - führt zu einer akademischen Qualifikation von besonderem Rang. Unsere Absolventen sind erfahrene Praktiker mit vollgültiger akademischer Ausbildung, seltene und gesuchte Leute, geeignet für Positionen mit hoher Verantwortung in der Linie wie im Stab. Der Abschluß kann an einer Universität zum Doktorat ausgebaut werden.

Diplom-Betriebswirt FH

Als Generalisten mit breitem betriebswirtschaftlichem Wissen und praktischer Bewährung sind unsere Diplom-Betriebswirte universell einsetzbar. Studiendauer: 3 Jahre. Voraussetzung: Reifeprüfung (Abitur, Fachhochschulreife, Fachhochschulreifeprüfung), Praxis (eine Reifeprüfung kann durch unser Institut für Reifeprüfungen nachgeholt werden).

Dipl.-Wirtschaftsingenieur FH

Durch ihr akademisches Zusatzstudium erwerben sich unsere Ingenieur-Absolventen das betriebswirtschaftlich-kaufmännische Wissen, das für Managementpositionen besonders in der Industrie notwendig ist. Studiendauer: 2 Jahre. Voraussetzung: Ingenieurschluß (FH, Uni), Praxis mit betriebswirtschaftlichen Bezügen.

Hochschul-Fachzertifikate

Die Zertifikate dokumentieren den Kenntnisstand auf Abschlussniveau im Fachgebiet Ihrer Wahl, z. B. Marketing, Informatik/EDV, Rechnungswesen, Steuerwesen, Personalwesen, Betriebspsychologie. Das im Zertifikatsstudium erworbene Spezialwissen wird bei Aufnahme eines Diplomstudiums angerechnet. Studiendauer: 1½ Jahre bei relativ geringer Belastung. Ohne Voraussetzungen zugänglich.



Die Hochschule für Berufstätige verwendet die AKAD-Methode: Verbund Fernstudium mit mündlichen Seminaren in der arbeitsfreien Zeit. Die Methode ist seit 30 Jahren bewährt: über 10000 Erfolge in staatlich anerkannten Prüfungen, davon inzwischen 500 akademische Diplome (unsere Hochschule erhielt 1980 die staatliche Anerkennung).

Die AKAD-Methode erlaubt ein zugleich zeitsparendes und sicher zum Ziel führendes Studium neben Ihrer Berufsarbeit und praktisch unabhängig von Ihrem Wohnort. Ebenso eine weitgehende Anpassung des Studientempos an Ihre persönlichen Umstände.

Ideale Alternativen:

Für Berufstätige ohne Reifeprüfung gibt es bei AKAD auch Wege, welche den Hochschulabschluß zu ersetzen vermögen: Die Generalistenqualifikation unserer Staatl. gepr. Betriebswirte entspricht den meisten Positionen, die für gewöhnlich mit Akademikern besetzt werden. Und für Berufstätige mit technisch-gewerblich-handwerklichem Werdegang bietet der Techn. Betriebswirt IHK die kaufmännische Zusatzqualifikation, die für die Betriebsführung oder für andere Stellen von Gewicht im kaufmännisch-technischen Zwischenbereich (z. B. Verkauf, Einkauf) notwendig ist.

Staatlich gepr. Betriebswirt

Technischer Betriebswirt IHK

Spezialistenabschlüsse (staatl. anerkannt)

Nicht nur Generalisten sind wichtig in Wirtschaft und Verwaltung, sondern auch Spezialisten. Leute mit hoher Kompetenz in ihrem Fachgebiet, z. B. Bilanzbuchhalter IHK im Rechnungswesen, Fremdsprachenkaufleute IHK im Außenhandel. Anerkannte Spezialistenqualifikation verschaffen Sie sich an unserem Institut für Berufsbildung.

Telefonische und persönliche Auskünfte:

- München: AKAD-Schule, Tal 12, 8000 München 2, Telefon 089/29 86 89
 - Düsseldorf: AKAD-Schule, Steinstraße 34, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/32 79 16
 - Stuttgart: AKAD-Schule, Am Hohengarten 3, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/46 10 17
 - Frankfurt: AKAD-Schule, Gräfstraße 41, 6000 Frankfurt 90, Telefon 069/77 12 63
 - Hamburg: AKAD-Schule, Rödingsmarkt 29, 2000 Hamburg 11, Telefon 040/37 15 94
 - Zürich: AKAD-Schule, Jungholzstraße 43, CH-8050 Zürich, Telefon 00411/302 76 66
- AKAD Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung mbH

Die folgenden Ziele sind durch AKAD nebenberuflich und unabhängig vom Wohnort erreichbar. Alle gleich sicher.

Diplom-Betriebswirt FH

Diplom-Wirtschaftsingenieur FH Hochschul-Fachzertifikate (z. B. Informatik/EDV, Marketing)

Abitur - Fachhochschulreife - Fachhochschulreifeprüfung

Staatlich geprüfter Betriebswirt

Wirtschaftsassistent IHK
Technischer Betriebswirt IHK
Bilanzbuchhalter IHK
Buchwirt IHK (Industrie oder Handel)
Fachkaufmann IHK (EDV, Marketing, Personalwesen, Außenwirtschaft)
Fremdsprachenkaufmann IHK
Geprüfte Sekretärin/Fremdsprachen-sekretärin IHK

Englisch-Diplome (Universität Cambridge, Staatl. geprüfter Übersetzer)

Französisch-Diplome (Alliance Française Paris, Staatl. geprüfter Übersetzer)

Spanisch-Diplome (Universität Barcelona, Staatl. geprüfter Übersetzer)

Italienisch-Diplome (Universität Perugia, Staatl. geprüfter Übersetzer)

Englisch, Französisch, Italienisch, Latein, Spanisch, Deutsch; Mathematik, Natur- und Geisteswissenschaften; Wirtschaftsfächer.

Schriftliche Auskünfte:

Informationscoupon

An die AKAD, Postfach 2845, 7000 Stuttgart 1

Ich interessiere mich für

die Hochschule für Berufstätige,

Ihr Gesamtprogramm (Gewünschtes bitte ankreuzen)

Senden Sie mir bitte Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz./Wohnort: _____

Weltwirtschaftliche Bewährungsproben

von
Edzard Reuter*

Ich möchte mich zunächst herzlich für Ihre Einladung bedanken. Es ist eine hohe Ehre, vor so viel geballtem Sachverstand zur freien Entfaltung eigener Gedanken aufgefordert zu werden. Allerdings erscheint mir auch das Risiko beträchtlich: Einerseits können manche fragen, warum ich dergleichen nicht vor den in solchen wirtschaftlichen Fragen vielleicht eher nachholbedürftigen Kreisen der anderen großen Volkspartei versuche, und andererseits muß ich natürlich befürchten, daß mich die mir angehängte Schnoddrigkeit im Umgang mit Heiligtümern üblichen Denkens wieder einmal anecken lassen könnte. Des Rätsels tröstende Lösung und meine Beruhigung liegt einfach darin, daß der Wirtschaftsrat sich doch wohl gelegentlich als Nicht-Organisation der CDU darstellt und also riskiert, entsprechend beim Wort genommen zu werden.

Nüchterne Temperamente werden sich angesichts unseres heutigen Themas fragen, ob sie wieder einmal erleben sollen, wie ein Zwerg versucht, einen Walfisch zu grillen. Ein naiver Mensch wie ich kann dazu nur anmerken, daß solche Art von Nüchternheit offenbar völlig blind macht für jene wahrhaften wirtschaftspolitischen Giganten unserer Zeit, die bekanntlich mit ihren Theorien längst alle Probleme abschließend gelöst haben.

Daß dabei die Wirklichkeit manches Mal nicht so ganz mitspielen will, es gar Ungläubige gibt, spricht, das ist klar, nur gegen sie selbst, nicht etwa gegen die Schönheit der erdachten Rezepte. Vergleichen allerdings Liliputaner wie ich die Erklärungen und Versprechungen, die besonders in den letzten Jahren in einigen westlichen Industrieländern propagiert wurden, mit den tatsächlichen Resultaten, so steigt mein Mut geradezu ins Unermeßliche, mich gleichfalls an einem solchen Thema zu verheben.

Spaß beiseite: Vielleicht könnte ein ernsthafter Versuch, Anspruch und Wirklichkeit nüchtern zu bilanzieren, tatsächlich den unschätzbaren Vorteil mit sich

* Der vorliegende Aufsatz gibt den Text eines Vortrages wieder, den Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart am 13. März 1987 vor der Stuttgarter Sektion des Wirtschaftsrates der CDU e.V. gehalten hat. Der Verfasser ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; sein Vater, Ernst Reuter war ebenfalls Sozialdemokrat und wirkte während der Nachkriegszeit als Regierender Bürgermeister in Berlin.

bringen, die weit verbreitete und doch so sterile Rechthaberei ebenso wie die ideologisierten Gruppenegoismen endlich einmal aufzubrechen. Denn diese Eigenschaften sind zu einer Seuche in allen Lagern geworden, offenbar um so stärker, je zählebiger unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind.

Immerhin wird es wohl nicht zuletzt von der Unparteilichkeit wissenschaftlich erhärteter Meinungsbildung abhängen, ob die staatlichen Institutionen gegenüber der zentrifugalen Dynamik der gesellschaftlichen Gruppen wieder mehr Autorität erobern können. Ich merke dies deswegen an, weil ich den Eindruck nicht los werde, daß die Erneuerung der politischen Handlungsfähigkeit des Staates inzwischen zu einer entscheidenden strategischen Führungsaufgabe der Politik geworden ist.

Allerdings fürchte ich, daß die Zeit - oder sollte ich sagen: die Verantwortlichen - immer noch nicht reif für das sind, was den *politischen* Teil ihrer Verantwortung ausmacht. Damit meine ich die Aufgabe, von unbewältigten oder nicht schnell genug ausräumbaren wirtschaftlichen Hypothesen nicht noch schwerere politische Vorwürfen ausgehen zu lassen. Natürlich sind das vor allem die selbst im konjunkturellen Aufschwung anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, aber auch Probleme wie die überfälligen Reformen der Steuer- und Sozialversicherungssysteme oder der europäischen Agrarpolitik. Diese Vorwürfe könnten eines Tages noch zu ganz anderen Ergebnissen führen als den Stimmenverschiebungen bei der letzten Bundestagswahl. Und diese erscheinen mir, schaut man genau auf die Einzelheiten, dramatisch genug, um als Zeichen an der Wand, nämlich als Indiz für den möglichen Beginn sehr viel weitergehender Wählerbewegungen, verstanden zu werden.

Mit anderen Worten: Wir sollten aus deutschem Erleiden wissen, daß Handlungsspielräume schneller als gedacht und unwiederbringlich verloren sein können, wenn der wirtschafts- und sozialpolitische Grundkonsens erst einmal verdunstet, gar zerstört ist und uns dann keine gnädigen wirtschaftlichen Zufälle zu Hilfe kommen, um Entlastung zu verschaffen.

Ich will damit keineswegs leugnen, daß amtlich verkündeter Frohsinn oder wichtige Teilerfolge hilfreich sein können. Sie sollten auch nicht zerredet werden. Von dem Hinweis auf die notwendige Anstrengung, Konsens zu erneuern, lasse ich mich dennoch nicht abbringen.

II

Aber zunächst habe ich wohl zu erklären, warum ich bei einem Thema, das weit über den nationalökonomischen Rahmen hinausreicht, mit binnenwirtschaftlichen Bemerkungen angefangen habe.

Manch einer mag meinen, weltwirtschaftliche Bewährungsproben ließen sich nur mit einem weltwirtschaftlichen Instrumentarium bewältigen. Ob das auch theoretisch stimmt, lasse ich an dieser Stelle offen. Politisch trifft es jedenfalls nur zum Teil zu. Denn jede Entscheidung muß national ermöglicht, teilweise auch ausgeführt werden. Vor allem aber muß in der eigenen Innenpolitik der erforder-

liche Freiraum für vernünftige Verabredungen mit anderen Staaten geschaffen werden.

Die jeweils nächste Landtagswahl, die Bundesratsmehrheit, der Wahlerfolg von ungeliebten Außenseitern - das alles kann Opportunismus nicht legitimieren. Es beweist nur, daß Führung gefragt ist. Diese hat, soweit es um Beiträge zur weltwirtschaftlichen Entwicklung geht, sicher nur eine Chance, wenn sie innenpolitisch ein allgemeines Einverständnis über Rangfolge und Berechtigung der erforderlichen Einzelmaßnahmen herbeiführt. Leider kann ich niemanden den Hinweis ersparen, daß genau dies nicht eine Aufgabe der Unternehmer oder der Gewerkschaften, sondern eine Aufgabe der staatlichen Funktionsträger ist und bleibt. Sie sind der Herr der Tagesordnung, auf der über die Ausrichtung der öffentlichen Meinung entschieden wird.

Nehmen Sie etwa die Integration der Europäischen Gemeinschaft zu einem einheitlichen Binnenmarkt. Die Eintrittskarte kann nur mit nationaler Deregulation bezahlt werden. Damit fallen Schutzzäune verschiedenster Art. Entsprechend scharf wird in vielen Einzelfällen der Widerstand betroffener Gruppen sein. Angesichts unserer aller Bereitschaft, vor Druck zurückzuzweichen, erscheint mir übrigens vor diesem Hintergrund die Frage erlaubt, wie lange wohl die Bundesrepublik Deutschland ihr angeblich so ungemein europafreundliches Image noch wird aufrechterhalten können.

Selbstverständlich gehört zu den Argumenten, mit denen geführt werden muß, auch die offene Auseinandersetzung mit den Risiken, die unserem Lande von der weltwirtschaftlichen Flanke drohen. Wir können uns nämlich nicht damit zufrieden geben, daß die Finanzminister und Notenbankpräsidenten alle paar Monate ein diskretes Wochendtreffen vereinbaren, um Heilung zu versuchen, indem sie die währungspolitische Rhetorik an die veränderte Lage anpassen. Solche Übungen beeindrucken vielleicht Teile des heimischen Publikums für ein paar Augenblicke. Abgestimmte Wirtschaftspolitik zwischen den Staaten erfordert aber erheblich mehr als das: Eine ausgeprägte zwischenstaatliche Wirtschaftsdiplomatie mit dem Ziel, eine gemeinsame Gesamtstrategie für die westlichen Industrieländer zu erarbeiten und sie dann im nationalen Kompetenzrahmen auch tatsächlich durchzusetzen.

Die Realität sieht leider deswegen so ganz anders aus, weil innenpolitische Kalküle inzwischen zunehmend die sachlichen Erfordernisse verdrängen. Nicht einmal bei vergleichsweise klaren Aufgaben wie die Durchsetzung des Montanvertrages ist, um die kürzliche Äußerung des Vorstandsvorsitzenden der Hoesch AG zu benutzen, erkennbar, daß die Bonner wissen, wie man die Dinge in den Griff bekommen kann. Und die größere der beiden Oppositionsparteien will anscheinend ihre Chance eher im freien Fall auf grüne Sturzäcker suchen. Mir selbst kommt so etwas übrigens hier und da gerade unappetitlich vor, weil einige der Protagonisten sich daran zu weiden scheinen, jene unbestreitbare Regierungsleistung unter der Führung von Helmut Schmidt, die wegen ihrer starken weltwirtschaftlichen Ausrichtung auf lange Zeit Vorbild bleiben wird, aus Rache für erlittene persönliche Mißachtung noch nachträglich zu denunzieren.

Es kann sicherlich kein Trost sein, darauf verweisen zu müssen, daß - bis auf

ein, zwei Ausnahmen - in den anderen westlichen Industriestaaten wohl ebenso wenig von ernsthafter weltwirtschaftlicher Führung die Rede sein kann. Dabei weiß ich durchaus, daß 'Führung' hierzulande ein zwielichtiger Begriff ist. Wenn wir sie als 'Vorsorge für das öffentliche Gut Verantwortung' (Charles P. Kindleberger) auch in ihren grenzüberschreitenden Bezügen verstehen, sollten aber Mißverständnisse vermeidbar sein.

Mancher wird an dieser Stelle einwenden, diese Art von Führung sei doch gerade jüngst auf dem Pariser Währungsgipfel sichtbar geworden.

Natürlich ist es gut, daß die bisher sehr einseitige angebotstheoretische Doktrin unserer Konjunkturpolitik offensichtlich nicht mehr daran hindert, nun gemeinsam mit anderen westlichen Industrieländern aus der wirtschaftlichen Entwicklung den richtigen Schluß zu ziehen und die Nachfragekräfte über eine erweiterte Steuersenkung zu beleben. Aber woher nehmen unsere Auguren eigentlich die Weitsicht, daß ein Inkrafttreten der Steuersenkung zum Jahresbeginn 1990 den richtigen antizyklischen Zeitpunkt treffen wird? Oder wurde mit der Distanzierung von konjunktureller Feinsteuerung zugleich jeder antizyklische Ehrgeiz aufgegeben? Vielleicht ist die Erklärung einfach die, daß Steuersenkungen einzig mit Blick auf Wahljahre für sinnvoll erachtet werden. Die erfreuliche List der Vernunft bestünde dann darin, daß wir uns in einer Welt, die alles in allem auf steuerliche Entlastungen eingestellt ist, wenigstens insoweit nicht abseits stellen.

Sollen daraus allerdings keine neuen strukturellen Haushaltsdefizite entstehen, so muß wohl oder übel über die konjunkturgerechte Finanzierung von Steuersenkungen entschieden werden. Gerade die Wachstumseffekte eines antizyklischen Einsatzes der Steuersenkung könnten den Gedanken nahelegen, einen gewissen Anteil durch Ausweitung der Netto-Kreditaufnahme zu finanzieren. Diese Absicht scheint die Koalition auch zu haben - aber kann sie solche Kalküle eigentlich sinnvoll in die Tat umsetzen, wenn der geplante Termin des Inkrafttretens ohne Bezug zur konjunkturellen Entwicklung festgelegt wird?

Was den anderen Teil des Finanzierungsbeitrages angeht, reicht es nach Lage der Dinge nicht, einen nennenswerten Subventionsabbau, wiederum mit Schielblick auf Wahlkämpfe, für unmöglich zu erklären. Subventionen, das sind doch neben den direkten Finanzhilfen die offenen oder verdeckten Steuerbefreiungen, die sich aus tausenden von Detailregelungen zusammensetzen und erst in der Summe bei den einzelnen Einkunftsarten zum Teil sehr hohe Entlastungen mit sich bringen. Eine neuere Untersuchung ist mir leider nicht bekannt - aber vor dreizehn Jahren hätte sich der Einkommenssteuertarif bei weitgehendem Verzicht auf Steuerbefreiungen ohne eine Minderung des Steueraufkommens etwa halbieren lassen. Ich nehme an, daß diese Relation inzwischen noch eindrucksvoller geworden ist. Nun ist ja inzwischen angekündigt worden, daß der Zug auf diesem Gebiet grundsätzlich in die richtige Richtung abfahren soll. Aber auf den Beweis darf man gespannt bleiben, solange die Ankündigung, es könne auch eine Erhöhung von Verbrauchssteuern geben, Zweifel am strategischen Wert der gesamten Veranstaltung erlaubt.

Besser wäre es gewesen, sich einer amerikanischen Erfahrung zu erinnern. Dort

wurde die Steuerreform erst mehrheitsfähig, als die Schlupflöcher und Sonder Vorteile aller Gruppen ausreichend stark getroffen waren. Erst dann nämlich versagte der Mechanismus, mit Hinweis auf die weiter bestehende Bevorteilung anderer erfolgreich für den eigenen Vorteil eintreten zu können. Die übliche Logik kehrte sich um. Unbeliebt machte sich, wer für die Erhaltung einzelner Sonder Vorteile eintrat, weil er damit vorschlug, alle anderen relativ schlechter zu stellen.

Die Zahl der Beispiele dafür, daß weltwirtschaftliche Bewährungsproben, die außerhalb unserer Grenzen bestanden werden müssen, zunächst Hausaufgaben stellen, ließe sich noch lange fortsetzen. Es geht immer darum, ob wir bei uns zu Hause zur Führung fähig sind und uns, wo es daran fehlt, die Voraussetzungen dafür schaffen. Dabei gebietet es die Fairneß, die Widersprüche der Expertenmeinungen nicht den politisch Verantwortlichen anzulasten - mit einer Einschränkung: es gibt keine Rechtfertigung für die weitverbreitete Praxis, wissenschaftliche Expertisen zur Bestätigung des eigenen Vorteils oder Interesses zu mißbrauchen. Solche Methoden beleidigen jede sachliche Verständigungsbereitschaft und korrumpieren die Suche nach tragfähigen Kompromissen.

III

Was im nationalen Bereich gilt, gilt nicht anders im internationalen. Wenn eine Lehre aus der großen Weltwirtschaftskrise unverändert bestätigt wurde, dann diese, daß - bei aller Kooperationsbereitschaft zwischen den Nationen - zumindest in den die Währung betreffenden Fragen auf Führerschaft nicht verzichtet werden kann. Führung kann aber auch auf diesem Feld nur stabil sein, wenn sie von einem Akteur wahrgenommen wird.

1929 mißlang die Stabilisierung, weil Großbritannien diese Führungsrolle nicht mehr ausfüllen konnte und die Vereinigten Staaten dazu noch nicht bereit waren. Heutzutage erscheint mir die Frage nicht mehr ganz aus der Welt, ob die dortige innenpolitische Situation bereits dazu geführt haben könnte, daß den USA die Fähigkeit der Führung zu entgleiten droht.

Seit dem Winter 1985 sind die Vereinigten Staaten der größte Netto-Schuldner der Welt. Eine wirkliche Abkehr von der fiskalischen und außenwirtschaftlichen Schuldenmacherei ist nicht erkennbar. Auch den anderen Weg, diese Defizite aus eigenen Quellen zu finanzieren, indem das Sparen steuerlich begünstigt oder gar Steuern erhöht werden, will man offenbar nicht gehen. Vielmehr muß man es wohl eher schon als fraglich ansehen, ob die Dynamik dieses Pseudo-Keynesianismus wenigstens aufgehalten werden kann.

Hochrechnungen für 1990 lauten auf eine kumulierte Auslandsverschuldung der USA von 1 Billion, sprich tausend Milliarden Dollar. Die Verschuldung, das Kapital der Welt aufzusagen ohne Rücksicht auf Zinsniveau und Weltkonjunktur, dazu noch unter Verbleib des Wechselkursrisikos beim Gläubiger, hat wohl eine fast unüberwindbare innenpolitische Basis. Zum einen muß nämlich die Gewöhnung an die Droge ungedeckter Kapital- und Güterimporte mächtigen Widerstand gegen jede Austerity-Politik hervorrufen. Und für eine nennenswerte Steigerung der Exporte aus den USA spricht zum anderen weder die Entwicklung während

des Dollar-Abfalls in den letzten zwei Jahren noch - das sollte man unseren amerikanischen Freunden auch im politischen Bereich hie und da im Klartext sagen - das Qualitätsniveau zahlreicher dort hergestellter Güter. Leider kann ich darum die Frage fast nicht mehr für spannend halten, ob den USA in überschaubarer Zukunft eine Wiederbesinnung auf ihre weltwirtschaftliche Verantwortung gelingen kann. Es müßte schon ein mittleres Wunder geschehen: nämlich die Wahl eines Nachfolgers für den jetzigen Präsidenten, der über Charisma und Kenntnisse verfügt, um die breite amerikanische Öffentlichkeit auf einen solchen dornigen und möglicherweise dem Selbstwertgefühl nicht immer zuträglichen Weg führen zu können.

Für uns in Europa erscheint mir die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems um so wichtiger. Es hat die Tür zu einem einheitlichen Währungsraum Westeuropa zumindest einen Spalt breit geöffnet. Die Vorstellung von drei Welt-Währungsregionen mit jeweiliger Leitfunktion - eines kontinental-amerikanischen Dollar-Raums, einer pazifisch-asiatischen Yen-Region, einer europäisch-afrikanischen ECU-Zone - ist aus heutiger Sicht eine ferne, gleichwohl aber notwendige Utopie. Ich kann nur hoffen, daß für die erforderlichen Zwischenschritte rechtzeitige Einsicht geschaffen werden kann.

Jedenfalls - so meine ich - dürfen wir es uns in keinem Fall politisch leisten, auf die heilende Kraft dramatischer weltwirtschaftlicher Zusammenbrüche zu setzen, aus der dann vielleicht eine Nachfolgelösung zu Bretton Woods entstehen könnte. Es bleibt uns ganz einfach nichts anderes als die Chance, für die Weltwährungsprobleme, vor allem für die Verschuldung der Dritten Welt und der USA, nach intelligenten Zwischenlösungen zu suchen, um Zeit zu gewinnen.

Wer dabei glaubt, ein passabler Ausweg könne im Heilmittel einer neuen Inflationswelle liegen, verkennt die Realitäten. Die außerhalb der Kontrolle von Notenbanken befindlichen sogenannten Euro-Gelder wachsen - wie Sie wissen - seit Jahren ständig an und liegen der Größenordnung nach jetzt wohl schon bei 1,7 Billionen US-Dollar. Man muß nun sehen, daß sich in solchen Summen wahrscheinlich in starkem Maße die vermutlich hochinflationären Finanzierungsmethoden der weltweiten Verschuldungspyramide niederschlagen.

Zwar ist mir insofern keine beweisfähige Statistik bekannt. Aber für mich spricht vieles dafür, daß Jahr für Jahr erhebliche Beträge über die Notenpressen in den monetären Kreislauf gepreßt werden, ohne daß dem eine reale wirtschaftliche Leistung gegenübersteht. Ein solches Inflationspotential läßt sich nicht dadurch vernichten, daß man der Inflation um so schärfer die Sporen gibt.

Nein, hier hilft nur, auf weiteren Erfolg im Umschuldungsmanagement der Banken zu setzen, damit einhergehend auf ihre weitere bilanzielle Risikovorsorge, und darauf, daß die Vereinigten Staaten allmählich erkennen, wie wenig sie ihren eigenen Interessen dienen, wenn sie weiter auf Kosten der Welt über ihre Verhältnisse leben.

Auch der andere Ausweg, nämlich Protektionismus, ist kein Mittel, um durch gesteigerte eigene Exporterlöse zu weltwirtschaftlicher Stabilität beizutragen. Ich könnte mich dabei mit dem Hinweis begnügen, daß eine solche Politik nur dann zumindest vorübergehende Erfolge zeitigen kann, wenn nur einzelne Länder sie

betreiben und ihre Handelspartner ein solches Verhalten tolerieren. Sie wissen wie ich, daß dies schiere Theorie wäre. Trotzdem darf ich vielleicht noch auf einen anderen Zusammenhang hinweisen, der wiederum auf die weltwirtschaftlichen Führungsaufgaben zielt. Grundlage des Abkommens von Bretton Woods bildete seinerzeit die Auffassung, durch freien Handel werde eine weltweit optimale Allokation erreicht, sofern dieser Austausch nach den gleichen Regeln ablaufe wie innerhalb von Staaten. Zu diesen gleichen Regeln gehörten zwangsläufig feste Wechselkurse. Heutzutage haben wir nicht einfach nur das Gegenteil, sondern darüber hinaus wild schwankende Paritäten. Die Folge ist, daß die Handelsströme verzerrt und falsche mikroökonomische Anpassungssignale gegeben werden. Die davon ausgehenden realwirtschaftlichen Störungen sind durch nichts kompensierbar, aber die provozieren eine endlose Kette von Wehr und Gegenwehr. Genau das, und nicht in erster Linie weltweite Rezessionsphasen, ist es jedoch, was zur Ausweitung der ohnehin schon verbreiteten Seuche des Protektionismus drängt.

Nun weiß ich wohl, daß unter den herrschenden Bedingungen, also ohne eine ausreichende kompetente Welt-Notenbank, ein Plädoyer für die Rückkehr zu festen Wechselkursen unsinnig wäre. Aber gelegentlich hat man den Eindruck, es herrsche allenthalben die Überzeugung vor, wonach die Übertreibungen an den Devisenbörsen zwar unerfreulich seien, doch bei den flexiblen Wechselkur-

Edzard Reuter ist vor kurzem zum Vorsitzenden des Vorstandes der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Untertürkheim berufen worden; zuvor wirkte er als Stellvertretender Vorstandsvorsitzender desselben Unternehmens und betreute dort das Ressort Finanz- und Betriebswirtschaft. Er war unterdessen maßgeblich an dem Ausbau von Daimler-Benz zu einem internationalen, in mehreren Bereichen der Hochtechnologie agierenden Konzern beteiligt. Seine Vorträge und Veröffentlichungen über die Wertaspekte und über die Sinnproblematik unternehmerischer Entscheidungen, über die Zukunftschancen der industriellen Produktion und über eine vernünftige Weltwirtschaftsordnung fanden immer schon eine ungewöhnliche öffentliche Aufmerksamkeit.



sen handle es sich eben um eine marktwirtschaftliche Einrichtung. In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt: flexible Wechselkurse sind in einem marktwirtschaftlichen Welthandelssystem so systemwidrig wie die Vorstellung, zwischen dem prosperierenden Mittleren Neckar-Raum und dem strukturschwachen Ostfriesland müßte durch unterschiedliche DM-Bewertungen Ausgleich herbeigeführt werden. Nur wenn die monetären Bedingungen gleich sind, kann allmählicher Strukturwandel eine gegebene Allokation optimieren. Ein flexibler Wechselkurs '(zerstört) gerade die Allokationsergebnisse mikroökonomisch gefundener Preise' (Heiner Flaßbeck).

In der Konsequenz heißt dies, daß das System von Bretton Woods verhältnismäßig wenig politische Kraft erforderte, um Märkte zu öffnen oder offen zu halten. Heute dagegen sind wir gezwungen, gemäß der anti-marktwirtschaftlichen Maxime zu handeln, daß unterschiedlich weit entwickelte Länder ohne regulierende Eingriffe keinen Handel treiben können, der beiden Seiten in gleicher Weise nutzt. Politische Führungsleistung gebietet, dies deutlich auszusprechen. Denn ohne ein Beharren auf ökonomischer Wahrheit kann für eine vernünftige wirtschaftliche Perspektive nicht gewonnen werden. Die Gefahr, daß wir in eine dirigistische Welt des Neo-Merkantilismus abdriften, ist offenkundig. Wenn wir uns nicht, wider allen scheinbaren Realismus, gegen diesen mächtigen Trend einsetzen, wird der notwendige gemeinsame Weg der weltwirtschaftlichen Besserung nicht gefunden werden können.

Ich sage dies gerade deshalb, weil ich wirklich Struktur Anpassung durch Industriepolitik meine und nicht merkantilistisch drapierte Protektion. Darum empfinde ich es als schweren Mangel, daß das dafür wirksamste Marktsignal, nämlich internationale und intertemporale Vergleichbarkeit der Preise für einzelne Güter und Dienstleistungen, außer Kraft gesetzt ist.

Manche werden einwenden, bestenfalls seien doch, wie im Europäischen Währungssystem, statt fester nur sprungfixe Wechselkurse erreichbar, und die erfüllten die geschilderte Bedingung auch nicht. Das ist nur richtig, wenn man politische Wirkungsmechanismen vernachlässigt. Jedes Begehren um eine Anpassung des eigenen Wechselkurses setzt nämlich die Regierung des betreffenden Landes unter unangenehme Begründungszwänge gegenüber denen, die einer solchen Anpassung zustimmen haben. Wir kennen diese Unbequemlichkeit doch alle: jede europäische Regierung überlegt sich solche Ansinnen sehr genau, sobald erkannt ist, wie bohrend die Fragen der Partner werden können, ob man denn binnenwirtschaftlich seine Hausaufgaben gemacht habe.

Am Beispiel Japans kann man sich leicht ausmalen, in welcher Lage sich die dortige Regierung befände, wenn sie, bedrängt durch Stagnation bei Exporten und Binnenmarkt, im Rahmen eines Währungsverbundes bei den Partnern um eine Abwertung des Yen nachsuchen müßte. Wechselkursanpassungen, die der überzeugenden Argumentation gegenüber unabhängigen Partnern bedürfen, um tatsächlich durchgeführt werden zu können, eignen sich nun einmal kaum als handelspolitisches Instrument zum eigenen Vorteil. Mit anderen Worten: eine solche Konstellation würde sich von den handelspolitischen Fingerhakeleien und den mühsamen Debatten über die Öffnung des japanischen Binnenmarktes um Welten unterscheiden.

Ich mache diese Bemerkung nicht unbedacht, denn - bei allem Respekt vor der bewundernswerten Leistungsfähigkeit - ich habe manchmal den sehr deutlichen Eindruck, daß auch in Japan die Bäume nicht mehr sozusagen von selbst in den Himmel wachsen. Was aus japanischer Sicht jahrelang ein segensreicher Yen-Kurs schien, könnte nämlich jetzt den Fluch einer jahrelangen Täuschung über die tatsächlichen ökonomischen Leistungsrelationen offenbaren.

Vom jugendlichen Bonus einer Industriegesellschaft im Aufbau kann vielleicht niemand endlos zehren. Damit stellen sich dann viele Fragen: nach der Haltbarkeit lebenslanger Arbeitsplatzsicherheit, nach der Belastbarkeit von Unternehmen, bei denen ausreichende bilanzielle Vorsorge und krisenfeste Kapitalbasis zumindest kaum erkennbar waren, nach der Reaktion einer wachstumsorientierten Gesellschaft auf Arbeitslosigkeit, depressive Struktureinbrüche ganzer Branchen und Regionen sowie tendenzielle Überalterung, nach der Reagibilität von Politik und Binnenmarkt auf eine konjunktur stabilisierende Umlenkung des Produktionspotentials nach innen.

Solche Fragen für eine Nation strategisch richtig zu beantworten, dürfte nicht leicht fallen. Schadenfreude oder handelspolitische Rachegefühle wären demgegenüber allemal ein zweifelhaftes Vergnügen. Deshalb lohnt es sich immer wieder, einen - wie ich meine - fundamental wichtigen Sachverhalt ins eigene Bewußtsein zu heben.

Wir verstehen Weltwirtschaftspolitik aus purer Gewöhnung als etwas Exzeptionelles, gar Exotisches, während die Kategorien der Nationalökonomie als alltägliche Normalität hingenommen werden. Und doch ist es so, daß wenigstens im ökonomischen Bereich längst eine 'Weltinnenpolitik' (Carl Friedrich von Weizsäcker) zwingend notwendig geworden ist. Die Marktillusion der flexiblen Wechselkurse darf uns ganz einfach darüber nicht hinwegtäuschen.

Das mag Utopiegier eines theoretischen Puristen nennen, wer will - aber gerade in einer Welt permanent drohender Handelskriege, umherkreisender off-shore-Billionen und teilweise bedenkenloser Politik auf Kosten Dritter kommt es entscheidend darauf an, bei dem wenigen, was jeweils getan werden kann, die Richtung zu wissen, in die man gehen will.

IV

Zweifellos ist es verständlich, wenn selbst kundige Wirtschaftspolitiker am liebsten solche steinigten Felder fliehen, die beackert sein wollen, wenn man sich dem Ziel der Vollbeschäftigung wenigstens wieder nähern will. Als Ausweg bieten sich flinke Antworten auf eine der scheinbar einfachsten wirtschaftlichen Fragen, der Frage nach den Bedingungen nämlich, die erfüllt sein müssen, damit auf möglichst breiter Front neue Unternehmen gegründet und zum Erfolg geführt werden können.

Wir kennen diese Antworten: erleichterter Zugang zum Kapitalmarkt, steuerliche Förderung, Gründungshilfe, Venture Capital, Technologietransfer, Sicherung von offenen Wettbewerbsbedingungen, vielleicht noch ein qualifiziertes Angebot an Arbeitskräften. Aber wenn es wirklich nur entscheidend wäre, daß die Kosten niedrig genug sind oder daß ausreichende Informationen über technische

Neuerungen zur Verfügung stehen, müßte die westliche Welt nicht dann längst in einer Flut von Neugründungen zu ertrinken drohen? Müßte die Geißel der Arbeitslosigkeit dann nicht längst vergessen sein?

Vielleicht könnte es sich lohnen, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht jenseits des harten wirtschaftlichen Datenkranzes bestimmte, ganz andere Bedingungen gibt, die erfüllt sein müssen, damit auf breiter Front neue Unternehmungen und mit ihnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen können.

Die klassische soziologische Forschung schreibt bekanntlich der protestantischen Entsagungs-, Arbeits- und Sparsamkeitsethik jene Antriebskraft zu, die zur Entfaltung der europäischen Industriezivilisation geführt hat. Heute, da um den Pazifik herum zahlreiche junge Industriestaaten mit shintuistischem oder buddhistischem Glaubenshintergrund erblühen, kann man wohl diese auf Max Weber zurückgehende Theorie kaum noch als allgemeingültig unterstellen. Zumindest wüßte ich heute nicht zu sagen, ob fernöstliche Religionen tatsächlich vergleichbare Impulse ausstrahlen oder ob die eurozentristische These zutrifft, die Attraktivität westlichen Wohlstands habe die ganze Welt zum Versuch der Nachahmung verlockt. Wichtiger erscheint mir auch eher, daß wirtschaftliche Entwicklung wohl sinnvoll nur als Teil einer Gesamtkultur erklärt werden kann.

Mit anderen Worten: industrielle Entwicklung erfordert eine Verbindung von Wissenschaft und Kultur, wie sie geschichtlich zuerst in Europa gelang. In der Konsequenz dürfen wir nicht mehr ausschließlich auf rationale Datenkränze schauen, so wichtig diese bleiben. Ich jedenfalls bin davon überzeugt, daß wir im heutigen kulturellen Umfeld nach jenen Faktoren suchen müssen, die möglicherweise bisher gehindert haben, im weltweiten Wettbewerb die Chancen der neuen Basistechniken systematisch wahrzunehmen.

Was ich damit meine, ist wiederum an einem bekannten Beispiel am leichtesten zu erläutern.

In Württemberg kommt einem sozusagen an jeder Straßenecke immer wieder die Leistung eines Ferdinand von Steinbeis ins Gedächtnis. Knüpfen wir an seinen Grundgedanken an, daß Wissen und Fähigkeiten der Menschen die entscheidende Voraussetzung wirtschaftlicher Aufbauleistungen sind, so sind wir sehr schnell bei der heutigen technischen Entwicklung. Wir erleben den Übergang in eine industrielle Ära, in der unsere technischen Fähigkeiten nach Stahl und Elektrizität nun die Information zur Schlüsselressource wirtschaftlichen Fortschritts machen. Um damit umgehen zu können, reicht das Grundmuster traditioneller Befähigung, nämlich erlerntes Wissen, nicht mehr aus. Ein Denken in Systemzusammenhängen, das herkömmliche Fachgrenzen nicht mehr kennt und es vor allem versteht, das benötigte Faktenmaterial tatsächlich aufzufinden, ist wohl die grundlegende Qualifikation, die wir uns jetzt aneignen müssen.

Das gesellschaftspolitische Programm, das damit abgearbeitet werden muß, kennen wir noch kaum. Doch die Richtung scheint mir klar. Die Paukschule kann nämlich nicht mehr das Leitbild unserer Bildungspädagogik sein. Der immer noch nahezu vollständige Mangel an wirklicher interdisziplinärer Arbeit in Forschung und Lehre der Universitäten erweist sich zunehmend als ein ebenso anachronistisches wie bizarres Ärgernis. Diese Methodik zu denken und zu arbeiten wird zu einer immer radikaleren Gegenwelt zu den Unternehmen, in denen schon

simpelste Aufgaben die gemeinsame Anstrengung unterschiedlichster Fachleute erfordern. Welche Schwierigkeiten dabei die wechselseitige Verständigung der verschiedenen Experten macht, kann bei der Denkschulung, die wir alle durchlaufen haben, eigentlich nicht überraschen.

Sollte diese Beschreibung zutreffen, so wären damit Fragen aufgeworfen, die letztlich die gesamte Struktur unseres kulturellen Umfelds zur Disposition stellen könnten, also nicht nur einige bildungspolitische Institutionen betreffen. Lassen Sie mich die denkbaren praktischen Konsequenzen an einigen Hinweisen verdeutlichen, die Sie vielleicht überraschen mögen.

Erstes Beispiel: Warum haben sich die Konzepte einer seit einigen Jahren zunehmenden Zahl von Ausstellungen und Museen dahingehend gewandelt, daß die gängige Form, nämlich einzelne Exponate darzubieten, durch ein ganzes Netzwerk ersetzt wird, das das Thema von vielen Gesichtswinkeln her erkennbar macht? Warum der Einsatz verschiedenster Medien, warum das Aufzeigen von Wechselwirkungen etwa zwischen bildender Kunst und Musik oder zwischen technischen Möglichkeiten und künstlerischem Ausdruck, warum Ausstellungenskonzepte, die etwa dem Mythos einer Epoche an ihren verschiedenen kulturellen Produkten, von Erzeugnissen der Alltagskultur bis zu den künstlerischen Spitzenleistungen, erkennbar machen? Erleben wir an diesen Veränderungen wieder einmal im kulturellen Bereich eine Vorahnung des Kommenden? Sind das nicht Vorboten anderen, nämlich vernetzten Denkens?

Zweites Beispiel: Beeindrucken Pionieragglomerationen wie im Silicon Valley oder an der Bostoner Route 128 wirklich nur wegen ihrer ungewöhnlichen Wachstumserfolge, die sie mit neuen Produkten erzielt haben? Oder könnte es sein, daß die eigentliche Faszination in etwas anderem liegt, nämlich der Verblüffung, wie erfolgreich bisher unübliche Kombinationen von Produktionsfaktoren sein können?

Sollte dies so sein, würde allerdings der Blick auf diese Beispiele nur die pure Basistechnik erfassen. Tatsächlich haben wir jedoch - *drittes Beispiel* - eine ganze Reihe weiterer Inseln neuen Wachstums in der Welt, die lange weit weniger exotisch erschienen, als das mitten in der Wüste erblühte kalifornische Chip-Dorado. Dort waren nämlich die neuen Basistechniken, also vor allem Datenspeicher und Halbleiter, aber auch neue Werkstofftechniken, in 'alte', angeblich längst völlig bekannte Produkte und Verfahren integriert.

Der Wirtschaftsraum Mittlerer Neckar erscheint mir dafür als hervorragendes Beispiel. Oder nehmen Sie die Zentren von Luft- und Raumfahrt in Toulouse und Südbayern: Immer findet sich eine Gemeinsamkeit, nämlich die Bändigung einer Riesensmenge an Informationen zur Steuerung komplexer Vorgänge. Nur dadurch gelingen so einfach erscheinende mechanische Leistungen wie das Fliegen eines Flugzeugs, das Fixieren einer Weltraumplattform an einem festen Punkt im Orbit, das Nicht-Blockieren der Räder eines bremsenden Kraftfahrzeugs, die katalysatorgerechte Regelung der Luft-Kraftstoff-Zufuhr zum Ottomotor, die exakte Zuführung einer Unmenge von Teilen und Ausstattungsvarianten an ein Montageband ohne ausufernde Lagerhaltung.

Und ein *viertes Beispiel* liegt nun wirklich auf der Hand: die Umstellung unserer

Wirtschaftsweise auf zunehmende Umweltverträglichkeit. Ein nicht kleiner Teil dieser Generationsaufgabe wird erst die konzeptionelle und dann die technische Verarbeitung riesiger Informationsmengen erforderlich machen - nicht etwa nur für statistische Zwecke, sondern für steuerungs-, regelungs- und meßtechnische Verfahren. Denn es geht ja nicht um Abschaffung, sondern um Modernisierung von Technik.

In keinem dieser Beispiele finden Sie herkömmliche Einteilungen von Arbeit oder Fachwissen, vielfach aber ein bisher unbekanntes Zusammenwirken von Geistes- und Naturwissenschaften, von traditionell industrienahen und anderen Ingenieurberufen. Wenn die klassische Erfahrung des Industriezeitalters, daß die Arbeit gesellschaftliche Strukturen und menschliche Verhaltensweisen prägt, noch zutrifft (und was spricht eigentlich dagegen?), folgt - wie ich denke - daraus sehr deutlich eines: daß wir alle postindustriellen und postmodernen Modesprüche allenfalls als Gärungsvorgänge verstehen können. An der Front des Fortschritts werden dann die Regionen und Staaten sein, die geeignete Bedingungen zu schaffen verstehen, unter denen das Denken und Arbeiten in den neuen Systemzusammenhängen erleichtert und gefördert, wenigstens aber nicht behindert wird.

Auch hier stellt sich eine Führungsaufgabe, die wiederum eng mit dem unentwirrbaren psychologischen oder klimatischen Anteil von Wirtschaftspolitik zusammenhängt. Wer es versteht, die allgemeine Öffentlichkeit von den Schlachten der Vergangenheit zu einem Diskurs zu führen, bei dem die Herausforderungen unserer Zeit mit den technischen Möglichkeiten konfrontiert werden, der wird auf die Dauer mehr erreichen als mit irgendwelchen Subventionen.

Daß auch damit eine Teilverantwortung auf die Frage nach unserem Beitrag zur weltwirtschaftlichen Verantwortung angedeutet ist, scheint mir klar. Nur fortgeschrittenes Wissen und Nutzung dieses Wissens in funktionsgerechten Strukturen können uns die Produkte und Verfahren von morgen, die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Nur dadurch werden wir unabhängiger von Arbeitsplätzen in sterbenden Industrien, können wir Importschranken gegen einfachere und billige Massenprodukte aus Entwicklungsländern senken, können wir unsere Umwelt gesund halten. Wofür ich heute vor Ihnen plädieren wollte, war also eine im Grund genommen ganz einfache Einsicht, die im Prinzip längst anerkannt und doch noch längst nicht befriedigend eingelöst ist: Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal, und zwar so radikal (also im Wortsinne: an die Wurzel gehend), daß jede allein innenpolitisch oder binnenwirtschaftlich kalkulierte Maßnahme von Grund auf falsch sein kann.

Dies nicht nur zu wissen, sondern danach zu handeln, ist eine Führungsaufgabe, die den politisch Verantwortlichen niemand abnehmen kann. Lassen Sie uns hoffen, daß es solche Art Verantwortlichkeit hierzulande ausreichend gibt.

Gesamtwirtschaftliche Lohn- und Vollbeschäftigungspolitik:

Zu Hanns-Joachim Rüstow's Differentialgewinntheorie

von

Dipl. rer. pol. Willi F. J. Weber*

Das Grundproblem der Beschäftigungspolitik stellt sich anders als es zum Einen von den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen¹ seither für die Wirtschaftspolitik transparent gemacht werden konnte, zum Anderen von den Befürwortern sowohl quasi dirigistisch-tarifautonomer als auch sozialpolitisch-gesetzlicher Eingriffe in den Arbeitsmarkt praktisch bewertet wird. Auch kurzfristige Konjunkturprogramme im Sinne sogenannter (und jedenfalls kurzfristiger) Strohoferprogramme konnten und können dieses Problem erst recht keiner Klärung näherbringen. Jede Theorie und manches Modell zeigten wohl Möglichkeiten partieller Lösungen bezüglich dieses Problems auf, einen Ansatz zur ganzheitlichen Lösung desselben Problems legte jedoch bis heute nur Professor Dr. Hanns-Joachim Rüstow vor.

Er hat bereits seit 1926 in seinen wissenschaftlichen Analysen² auf eine Argumentation mit einer Art "eherner Naturgesetzmäßigkeit" in Wirtschaft und besonders auf dem Arbeitsmarkt hingearbeitet und seine Erkenntnisse von damals bis heute immer weiter differenziert und vervollkommenet.³ Rüstow spart jedoch nicht mit Kritik, wenn er meint, daß weltweite Beschäftigungsprobleme der Industrialisierung sowie Wirtschaftskrisen nicht zwangsläufig oder durch Versagen der Wirtschaftspolitik entstanden seien, sondern letztendlich auch "einer irreführenden ökonomischen Theorie zuzuschreiben"⁴ wären. So begegnet Rüstow - * Lehrbeauftragter für Betriebs- und Volkswirtschaftslehre (bes. Statistik/Finanzmathematik; Personalwesen/Betriebspsychologie/Unternehmensführung) an der Hochschule für Berufstätige, staatlich anerkannte Fachhochschule der Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung mbH, Stuttgart-Zürich (AKAD); Direktor der AKAD-Schule in Stuttgart und des Instituts für Berufsfortbildung (IHK-Prüfungen) der AKAD; Aufsichtsratsvorsitzender der Ehninger Bank e.G. und Sprecher der Aktionsgemeinschaft freier Volks- und Kleinaktionäre (AVKA) GbR.

1 Vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 47/1983, S. 68ff, ebenso: Wirtschaftswoche Nr. 45, 48/1984 sowie Nr. 40/1985, S. 150ff

2 Siehe H.-J. Rüstow: Akkumulation und Krisen. Ein Beitrag zur Konjunkturtheorie. Diss., Univ. Heidelberg 1926

3 Vgl. H.-J. Rüstow: Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft, Tübingen 1951; siehe hierzu auch W. Krelle: Zur Vermögensbildung und -verteilung in der Bundesrepublik, in: Finanzarchiv, hrsg. E. Neumark, N.F. Bd. 24 (1965), S. 273

4 H.-J. Rüstow: Neue Wege zur Vollbeschäftigung. Das Versagen der ökonomischen Theorie, Berlin 1984, S. 13

schon immer ein leidenschaftlicher Anhänger und Verfechter der freien Marktwirtschaft⁵ – einem rein preismechanistischen Denken kritisch und geht sogar soweit, Gefährdungen unserer sozialen Marktwirtschaft sowie Gesellschaftsordnung aus einer mangelnden Einsicht in unser recht kompliziertes, kapitalistisches Wirtschaftssystem abzuleiten.

Diese einleuchtende Ansicht findet sich auch bei dem ehrenwerten Post-Keynesianer der weltberühmten Cambridge-Schule, bei dem Wirtschaftsprofessor Lord Nicholas Kaldor wieder, der sie so ausdrückt: "Hier ist ganz allgemein immer noch das Ausmaß unserer Unkenntnis für die Funktionsweise kapitalistischer Marktwirtschaft zu unterstreichen. Trotz der in den letzten Jahren erreichten großen Fortschritte im theoretischen Verständnis und bei empirischen Untersuchungen ist unser Wissen noch immer mangelhaft."⁶

Auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet das zwischen den Sozialpartnern ausgehandelte Lohnniveau weder Vollbeschäftigung noch Preisstabilität. Erhöhungen der nominellen Lohnsätze (Tariflöhne) können eine Einkommensverteilung nicht bewirken. Eine hierauf abzielende Lohnpolitik der Gewerkschaften ist anachronistisch. Makroökonomisch ist der Reallohn und nicht der Unternehmerrgewinn eine Residualgröße; der Reallohn kann über die Produktivitätssteigerung hinaus im wesentlichen nur durch die Einschränkung unnötiger Investitionen erhöht werden. Das hieße völlig wertneutral betrachtet, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Steigerung des Reallohns ohne die Beschäftigung von Gastarbeitern⁷ und ohne inflationäre Preissteigerungen möglich wäre. Deshalb ist es heute ein Gebot der Stunde, die weltweit schwelende und ungelöste Vollbeschäftigungsproblematik wirtschaftswissenschaftlich anzupacken.

Rüstow kann dabei ein Wegbereiter sein. Insbesondere seine Differentialgewinntheorie könnte einen realistischen Orientierungsrahmen für Wirtschaftspolitiker abgeben. Letztere müsse sich jedoch der sich daraus ergebenden Konsequenzen bewußt sein: Die früheren, gegenwärtigen und künftig auf uns zukommenden beschäftigungspolitischen Probleme, die auf der Grundlage der Keynesianischen Theorie zum Teil gar nicht gelöst werden können, erfordern die Preisgabe man-

⁵ Vgl. A. Rüstow: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Bad Godesberg 1950, 2. Aufl.

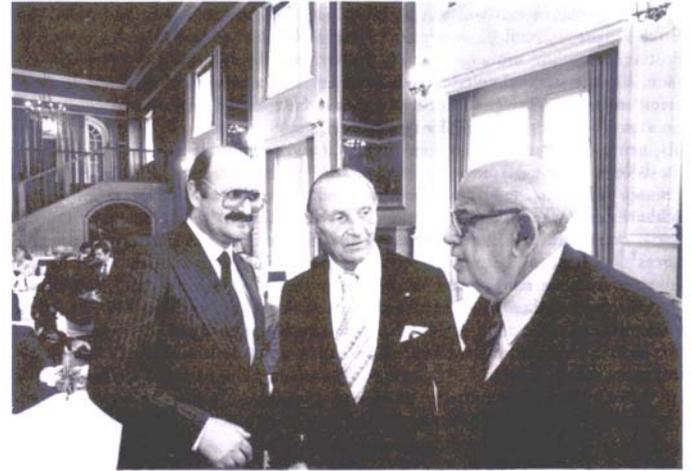
⁶ N. Kaldor: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Theorien von Keynes, Kalecki und Rüstow, in: Ifo-Studien. Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung, Jhrg. 29 (1983), Heft 1, S. 7. Siehe hierzu außerdem: N. Kaldor: Alternative Theories of Distribution, in: Review of Economic Studies, Vol. 23 (1955/56); ders.: Economic Growth and Cyclical Fluctuations, in: Economic Journal, March 1954; ders.: A Model of Economic Growth, in: Economic Journal, December 1957; ders.: An Expenditure Tax, London 1960; ders.: Essays on Economic Stability and Growth, London 1962; ders.: Essays on Value and Distribution, London 1962; N. Kaldor-I. A. Mirrless: A New Model of Economic Growth, in: Review of Economic Studies, Vol. 29 (1962); N. Kaldor: Some Fallacies in the Interpretation of Kaldor, in: Review of Economic Studies, Vol. 37 (1970); M. Kalecki: Essays in the Theory of Employment, London 1933; ders.: Essays in the Theory of Economic Fluctuations, London 1939; ders.: Theory of Economic Dynamics, London 1954; ders.: Studies in the Theory of Business Cycles, London 1966. Methodologisch aufschlußreich sind dabei: P. Samuelson: Foundations of Economic Analysis, Cambridge, Mass. 1947 und A. F. v. Hayek: The Constitution of Liberty, Chicago-London 1955. Zu den Quellen des Keynesianismus siehe J. M. Keynes: Treatise on Money, London 1930 sowie ders.: The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1935

⁷ Vgl. H.-J. Rüstow: Gastarbeiter – ein Gewinn oder eine Belastung für unsere Volkswirtschaft? Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik, in: Beihefte zur Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Heft 13 (1966)

cher wirtschaftswissenschaftlicher Tabus. Eine grundlegende Forschungserkenntnis Rüstows mündet dementsprechend in die Antwort: "Seit dem 18. Jahrhundert, in dem Adam Smith die klassische Schule der Nationalökonomie gründete, hat unsere Wirtschaft durch die fortschreitende Industrialisierung eine tiefgreifende strukturelle Veränderung erfahren. In einer entwickelten Industrielandschaft kann der Preismechanismus auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, und d.h. für die Beschäftigung aller Arbeitssuchenden sorgen. Aus dieser für das Funktionieren der Marktwirtschaft entscheidenden Tatsache ergeben sich grundlegende modelltheoretische Konsequenzen. Die herrschende Wissenschaft war nicht in der Lage, dies rechtzeitig zu erkennen."⁸

Den eher originär mikroökonomischen Kerngedanken einer differenzierten betrieblichen Kostenstruktur der Wirtschaft entwickelte Rüstow bereits in den 30er Jahren für seine später explizit formulierte Differentialgewinntheorie. Er erklärt diesen qualitativen Aspekt für die ökonomische Theorie wie folgt: "Im Verlauf der industriellen Entwicklung hatte der technische Fortschritt zur Folge, daß neue maschinelle Produktionsanlagen in der Regel leistungsfähiger waren als alte Anlagen. Daher entstanden neben den alten immer mehr neue Betriebe, die mit größerer Arbeitsproduktivität und mit geringeren Stückkosten produzierten. Da die Größe der Betriebe ständig zunahm, konnten die Inhaber neuer Unternehmen sehr bald nicht mehr das verbrauchen, was in ihren Betrieben je Kopf der

8 H.-J. Rüstow, Neue Wege zur Vollbeschäftigung, a.a.O. S. 13



Der Autor im Gespräch mit den Professoren Hans Joachim Rüstow und Nicholas Lord Kaldor (v.l.n.r.) 1980 in Starnberg

beschäftigten Arbeiter mehr produziert wurde als in den alten Unternehmen. Die Überschußproduktion mußte also – wenigstens zum größten Teil – an die Arbeiterschaft verkauft werden. Die Arbeiter erhalten aber einen Lohn, dessen Höhe sich nicht nach der verschiedenen Produktionsleistung in den einzelnen Betrieben richtet. Schon vor einer tariflichen Festsetzung erhielten die Arbeiter in der Konkurrenzwirtschaft einen einheitlichen Stundenlohn oder eine Entlohnung ihrer persönlichen Leistung – unabhängig von der Leistung der Maschinen, an denen sie beschäftigt waren. Die höhere Leistung besserer Produktionsmittel je Arbeitsstunde wurde also nicht durch entsprechend höhere Stundenlöhne ausgeglichen. Die Stückkosten waren und blieben bei den einzelnen Betrieben unterschiedlich.⁹

Dieser später, nämlich erst Anfang der 60er Jahre von angelsächsischen Wachstumstheoretikern (Johansen, Kaldor, Mirrless, Solow) explizit formulierte "vintage approach" ist demnach in der Rüstowschen Differentialgewinnargumentation fest verankert. Man erkannte nämlich, daß infolge des technischen Fortschritts in jedem der aufeinanderfolgenden Jahre immer leistungsfähigere (modernere) Maschinen bzw. Betriebsanlagen produziert wurden und auf Arbeitsplätze nachrückten. Diese Produktionsanlagen unterscheiden sich daher qualitativ, etwa vergleichbar den Jahrgängen des Weines (daher der Ausdruck "vintage"). Kein geringerer als Lord Kaldor lieferte 1967 eine authentische Bestätigung für Rüstows Theorie und wiederholte diese öffentlich in seinem Festvortrag am 16. 10. 1980 in Starnberg anlässlich einer Feier zum 80. Geburtstag von Professor Rüstow. Obwohl die kurz geschilderten mikroökonomischen Implikationen die makroökonomische Analytik des Wirtschaftskreislaufs bei Rüstow durchdringen, kommt er in seiner realitätsnahen Beschreibung der Aggregationsproblematik ohne umfangreiche mathematische Analysen aus: ja er tadelt vor allem die oft Wirklichkeitsferne und oft zu stark abstrahierende "Modellschreinererei" mancher Wirtschaftstheoretiker und faßt diese Vorgehensweise eher als ein "mathematisches Glasperlenspiel"¹⁰ auf.

Bis heute führten die gängigen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen (Post-Keynesianer, Neoklassiker, Monetaristen) nicht zur Auffindung des "Steines der Weisen"; allzuoft wurden nur leicht modifizierte Interpretationen und Schlußfolgerungen bezüglich des gleichen Theoriegehaltes präsentiert. Ob die "new economics" des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Robert E. Lucas¹¹ – eines Predigers der von Keynes weggeführten "pure laissez faire theory" – mittels einer "Schule der rationalen Erwartungen" Erfolg haben wird, ist noch höchst fraglich, denn eine Bewährung dieser Theorie in der Praxis steht noch aus. Die längst fällige Akzeptanz der Rüstowschen Differentialgewinntheorie hat dagegen den Vorteil, sowohl mit der Keynesianischen Theorie gemeinsame als auch über die Theorie von Keynes hinausgehende Ideen entwickelt zu haben. Lord Kaldor stellte in seiner erwähnten Würdigung zu recht fest: "Meines Erachtens aber ist Hanns-Joachim Rüstow einer der wahrhaft wichtigen

9 Ebda, S. 13-14

10 Ebda, S. 104 f

11 Vgl. E. F. Enzelsberger: Die neue klassische Nationalökonomie, in: LIBERTAS, 3/1985, S. 39ff

Nationalökonomien unserer Zeit. Zusammen mit John Keynes und Michael Kalecki sollte er als einer der drei Gründer der modernen makroökonomischen Theorie genannt werden, die für mich der wichtigste Beitrag ist, den unser Jahrhundert dem bestehenden Wissen über sozioökonomische Prozesse hinzugefügt hat."¹²

Über Keynes hinaus

Eine Revision der herkömmlichen Wirtschaftstheorie tut zweifellos not.¹³ Soweit sie den Keynesianismus angehen sollte, ließe sich ihre Stoßrichtung wie folgt umschreiben: Zurück zum Keynes des "Treatise on Money" – in dem der gesamtwirtschaftliche Unternehmensgewinn, wie bei Rüstow, als Kategorie sui generis behandelt wird und dadurch gewinnbildende Wirkung auf Investitionen hat. Demzufolge gilt es auch, über Rüstows Ideen über die "General Theory of Employment, Interest and Money" von Keynes aus dem Jahre 1935 hinauszugehen. Angesichts des allen Keynesianern gemeinsamen Prinzips der effektiven Nachfrage stellt Lord Kaldor¹⁴ fest: "Dagegen haben Keynes und – noch vor ihm – Rüstow behauptet, daß in einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen bestimmt wird durch eine exogene zusätzliche Nachfrage, die nicht aus dem gleichen Produktionsprozeß stammt."

Beide heben die Passivität des Sparens hervor, die darin besteht, daß es nämlich keine Investition induziere. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Keynes und Rüstow besteht hinsichtlich der These, wonach sinkende Nominallohnsätze auch zu einem sinkenden Arbeitseinkommen und damit zu geringeren Konsumausgaben führen; die Brüningische deflatorische Lohnpolitik bedachte nicht die sich daraus ergebenden kreislauftheoretischen Folgen, – trotz Rüstows Rat.

Anders als beim Lohnsatz wirkt der Zinssatz eher als ein Regulativ für den Arbeitsmarkt als ein Regulativ für den Kapitalmarkt, d.h. der Zinssatz ist ein Steuerungsinstrument der Investitionsgüternachfrage und trägt zur Schaffung einer effektiven Gesamtnachfrage bei.

Kaldor stellt ausdrücklich die Überlegenheit der Theorie Rüstows gegenüber der von Keynes insofern fest, als der Unternehmergewinn bei Rüstow eine spezielle Einkommenskategorie darstellt und nicht mit den aus den Produktionskosten entstehenden Kosteneinkommen (Arbeits- und Kapitaleinkommen, incl. Unternehmerlohn) zu einem Aggregat zusammengefaßt werden darf, wie das in der "General Theory of Employment, Interest and Money" von Keynes geschieht. Der makroökonomische Unternehmergewinn entsteht nämlich nach Rüstow durch – mittels Kreditschöpfung finanzierte -- Investitionen. Diametral entgegengesetzt dazu meinen Keynes und Kalecki, eine sinkende Profitquote ließe die effektive Nachfrage steigen und ermögliche damit eine Vollbeschäftigung. Kal-

12 N. Kaldor, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Theorien von Keynes, Kalecki und Rüstow, a.a.O., S. 1

13 Vgl. Über Keynes hinaus, Zum 70. Geburtstag Professor Rüstows, in: Handelsblatt, Oktober 1970

14 N. Kaldor: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Theorien von Keynes, Kalecki und Rüstow, a.a.O., S. 3

dor¹⁵ stellt nun dazu fest: "Dagegen zeigt Rüstow, daß ein Rückgang des Anteils der Profite am Gesamterlös der Unternehmer mehr und nicht weniger Arbeitslosigkeit bedeutet; Vollbeschäftigung ist nur möglich, wenn eben dieser Anteil eine bestimmte Grenze nicht unterschreitet" und er führt zwei Gründe dafür an: das eine Mal die zumindest zu erzielende Kostendeckung für eine Unternehmung und das andere Mal die innerhalb einer Volkswirtschaft, eines Wirtschaftszweiges und sogar innerhalb eines Unternehmens gestaffelten Kosten je Produkteinheit, d.h. eine Produktivitätshierarchie von Arbeitsplätzen, Betrieben und Unternehmen, die ihrer wertschöpfenden Leistungsfähigkeit entsprechend gestaffelt sind, wobei sich diese Leistungsfähigkeit an den Lohnkosten je Produkteinheit oder je Stück (=Lohnstückkosten) messen läßt. Letztere geben bekanntlich eine typische Kennzahl im arbeitsplatzmäßigen, betriebsindividuellen und internationalen Vergleich von Arbeitskosten ab. So konnte empirisch ermittelt werden¹⁶, daß in der Bundesrepublik Deutschland 1973 die Lohnstückkosten an den modernsten Produktionsanlagen ca. 37% der Stückkosten an den leistungsschwächsten Anlagen ausmachten, d.h. die Arbeitsproduktivität war infolge technisch fortschrittlicherer, neuerer Produktionsanlagen etwa dreimal so hoch wie bei den leistungsschwächsten alten Produktionsanlagen bzw. Arbeitsplätzen. Man kann hierzu Rüstows Stufendiagramm¹⁷ der Lohnkosten bzw. des Differentialgewinns anführen (Abb. 1), das in der Fachliteratur z.B. von W. Schreiber (dem "Vater" der Rentendynamisierung) sowie von C. Föhl zu Zwecken theoretischer Argumentationen in der Lohntheorie und -politik herangezogen wurde und sich in den sogenannten Erlös-Kosten-Diagrammen wiederfindet. Darüber hinaus ist eine formale Ähnlichkeit, jedoch nur eine partielle prinzipielle und inhaltliche Übereinstimmung des Rüstowschen Diagramms mit Marshalls "particular expensives curve" und Barones "unechter Angebotskurve" festzustellen. In diesem Zusammenhang unterstreicht Lord Kaldor¹⁸ die "solide empirische Grundlage" der Rüstowschen Theorie des Differentialgewinns; gerade dieser Bau-

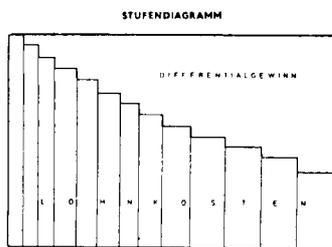


Abbildung 1

15 Ebda, S. 5

16 Vgl. K.W. Schüler: Die Problematik der Vollbeschäftigungsgarantie. Modellanalyse und Simulationsergebnisse. Gutachten im Auftrag der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, hrsg. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1975

17 H.-J. Rüstow, Neue Wege zur Vollbeschäftigung, a.a.O. S. 31, Abb. 2

18 N. Kaldor, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Theorien von Keynes, Kalecki und Rüstow, a.a.O. S. 6

stein fehle aber in der kurzfristigen, Keynesianischen Theorie der Beschäftigung und des Gleichgewichts. Außerdem verweist er auf statistische Erhebungen über die stark streuende Arbeitsproduktivität der Betriebe in Großbritannien und den USA. Deshalb kommt Kaldor auch zu dem Schluß, daß Rüstows Differentialgewinntheorie auch eine Theorie des Wachstums¹⁹ sei, die mit den Post-Keynesianischen dynamischen Theorien der Cambridge-Schule in engster Verwandtschaft stehe.

Der zentrale Differentialgewinn – eine kreislaufanalytische Notwendigkeit für Vollbeschäftigungsgleichgewicht

Geht man von einer einzelwirtschaftlichen, eher mikroökonomischen Tatsache aus, die darin besteht, daß die Unterschiede zwischen den Stückkosten der einzelnen Betriebe, der einzelnen Produktionsanlagen, der einzelnen Maschinen und der einzelnen Arbeitsplätze vor allem im technischen Fortschritt begründet liegen, so drängen sich einem noch weitere Gründe dafür auf, daß man grundsätzlich keine nivellierte Kostenstruktur annimmt: so die Qualifikation des Personals, die dispositive Effizienz des Managements, der Standort des Unternehmens, seine Marktstellung usw. So betrachtet, kann das einzelne Unternehmen einen Mehrertrag gegenüber den betriebsindividuellen Kosten erzielen, – eben eine Art Differenzgewinn (Unternehmensgewinn). Letzterer kann bei den einzelnen Betrieben umso größer sein, je größer die Differenz zwischen ihren Stückkosten und den Stückkosten des leistungsschwächsten Betriebes ist (siehe Stufendiagramm).

Rüstow nimmt²⁰ deshalb auch die Existenz eines differentiellen, gesamtwirtschaftlichen Gewinns in der Summe aller Unternehmungen an. Er bezeichnet ihn 1951 in seinem Buch "Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft" erstmals als Differentialgewinn; später spricht etwa Krelle sogar von einer "Rüstowschen Differentialgewinntheorie". Bezogen auf den Sachverhalt eines volkswirtschaftlichen Kreislaufs muß es – unter Einbeziehung differenzierter Kostenstrukturen in der Wirtschaft – in Wirklichkeit einen erheblichen gesamtwirtschaftlichen Unternehmensgewinn geben, dessen Finanzierung zum Großteil mittels Kreditschöpfung erfolgt. Dieser Differentialgewinn ist existenznotwendig, d.h. unerlässlich für eine dynamisch wachsende Wirtschaft. (Keynes ging in seiner "General Theory of Employment, Interest and Money" trotz alledem von einer nivellierten Kostenstruktur in der Volkswirtschaft aus.)

Durch eine hohe, weitgehend mit Hilfe der Kreditschöpfung der Banken finanzierte Investitionsquote wird nicht nur das Preisniveau über die durchschnittlichen Stückkosten angehoben, sodaß auch Betriebe mit überdurchschnittlichen Stückkosten diese decken, d.h. rentabel verkraften können und nicht zur Stilllegung gezwungen werden. Vielmehr werden bei einer hohen Investitionsquote

19 Auf die Theorie des Wirtschaftswachstums kann hier nicht näher eingegangen werden; grundlegende Informationen liefern zu diesem Themenkreis vor allem die Arbeiten Lord Kaldors und Kaleckis, die in der Fußnote 6 angeführt wurden.

20 H.-J. Rüstow, Neue Wege zur Vollbeschäftigung, a.a.O. S. 22ff

auch viele neue Produktionsanlagen, Betriebe und Arbeitsplätze geschaffen. Infolgedessen stehen um so mehr rentable Arbeitsplätze zur Beschäftigung von Arbeitskräften zur Verfügung, je höher die Investitionsquote und schließlich der gesamtwirtschaftliche Gewinn sind. Jedoch bedarf das marktwirtschaftliche System einer zusätzlichen, behutsamen zinspolitischen Steuerung, die dafür sorgt, daß die Unternehmer von der Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken zur Finanzierung ihrer Investitionen in einem für die Vollbeschäftigung hinreichenden Ausmaß Gebrauch machen können. Durch eine zu geringe Investitionsquote muß zwangsläufig Arbeitslosigkeit entstehen. Vollbeschäftigung setzt in einer Marktwirtschaft voraus, daß bei den Betrieben, durch deren Stilllegung Arbeitslosigkeit entstehen würde, die Stückkosten vom Produktionserlös gedeckt werden können. Wo der Produktionserlös gerade noch die Stückkosten deckt, spricht man von "Grenzbetrieben" bzw. "Grenzarbeitsplätzen". Da ein Zustand der Vollbeschäftigung erfordert, daß die Produktionskosten der Grenzarbeitsplätze, deren Stilllegung Arbeitslosigkeit mit sich bringen würde, vom Produktionserlös gedeckt werden, muß der Erlös der verkauften Konsumgüter größer sein als ihre Kosten. Man darf allerdings dabei nicht die Investitionsgüterproduktion übersehen, denn die Mehrproduktion (bezogen auf die Gesamtproduktion in einer Volkswirtschaft) stellt eine Nettoinvestition dar, und nur in Höhe dieser Nettoinvestition kann für die verkauften Konsumgüter ein Gelderlös erzielt werden, der größer ist als ihre Produktionskosten. Je größer aber der Überschuß der Nettoinvestition über die Ersparnis aus Kosteneinkommen (z.B. Lohneinkommen) ist, desto höher wird das Preisniveau (also der Durchschnittspreis der Konsumgüter) über das Niveau der Stückkosten angehoben; desto größer ist der Überschuß des Produktionserlöses über die Produktionskosten der abgesetzten Konsumgüter und demzufolge der gesamtwirtschaftliche Differentialgewinn – ein ex post-Substanzgewinn.

Der volkswirtschaftliche Gewinnbildungs- und Wachstumsprozeß läßt sich am besten durch folgende Graphik veranschaulichen:

Das Stufendiagramm wird natürlich für eine Volkswirtschaft, in der es um viele Milliarden solcher Produkteinheiten geht, eher einen stetigen Kurvenverlauf annehmen. Hervorragend eignet sich dann dieses Rüstowsche Differentialgewinn-Diagramm²¹ (siehe Abbildung 2) insbesondere zur Argumentation mit, und zur Beschreibung von Tatbeständen (Vorgängen) im Bereich der Vollbeschäftigung, der Investitionsquote, der Gewinnquote, der Lohnpolitik usw. Obwohl diese Graphik für sich selbst spricht, könnten einige ergänzenden Erläuterungen und Erklärungen noch zweckmäßig sein.

Die Fläche ABCD enthält den Gesamtwert aller in einem Geschäftsjahr produzierten Gütereinheiten. Bei den Produktionskosten (schraffierter Teil ADBE) handelt es sich um die deckungsnotwendigen Kosten und beim Differentialgewinn ECD um den Überschuß des Produktionserlöses über diese Kosten; so bestehen z.B. die deckungsnotwendigen Kosten in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat nur aus Löhnen; denn von den Kosten der einzelnen Produkt-

21 Ebda, S. 32, Abb. 1

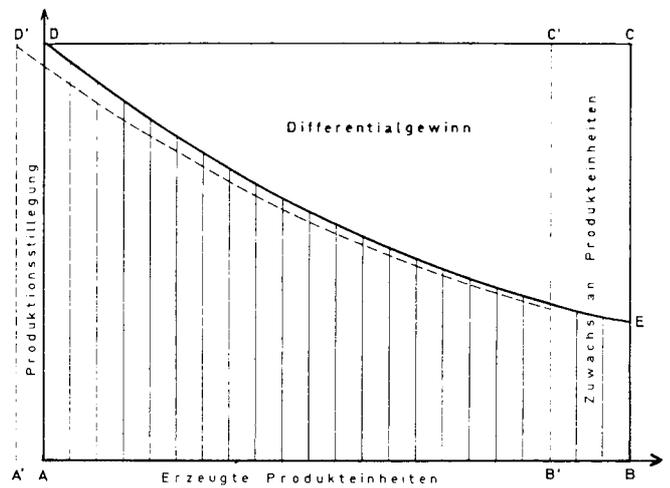


Abbildung 2

einheiten wurden die Kosten für die verarbeitenden bzw. zur Produktion verwendeten Vorprodukte abgezogen. Die "schraffierten" Lohnkosten der Produkteinheiten sind demnach Nettokosten, nämlich die Kosten der Wertschöpfung aller an der Produktion beteiligten Betriebe. Analog stellt die Linie C-D die Nettoerlöse dar. Die Produkteinheiten auf der Horizontalen A-B sind ihrer relativen Kostenhöhe nach angeordnet (Erlös-Kosten-Relation). Bei den Produkteinheiten im Rechteck ABCD werden die Kosten der Produkteinheiten mit der ungünstigsten Erlös-Kosten-Relation gerade noch gedeckt. Demgemäß wird bei Produkteinheiten, die auf Arbeitsplätzen mit geringeren spezifischen Kosten erzeugt wurden, ein Gewinn erzielt. Der Unterschied des Gewinnes bei den einzelnen Produkteinheiten entspricht der Differenz ihrer spezifischen Kosten; die Gewinnsumme wird durch die Differentialgewinnfläche ECD dargestellt. Die Produkteinheiten des Rechtecks ABCD verkörpern praktisch (wenngleich stark abstrahiert) das in einem bestimmten Zeitraum (Geschäftsjahr, Produktionsperiode usw.) erwirtschaftete Sozialprodukt. Dies ergibt sich vorerst infolge einer statischen Betrachtung. Jedoch läßt sich auch der dynamische Wachstumsprozeß auf diesem Wege charakterisieren, nämlich mit Hilfe der Produktionsstilllegung A'ADD' links im Bilde, die in der gleichen Periode durch die Stilllegung von Arbeitsplätzen erfolgte, und zugleich mit Hilfe des gleichzeitigen Zuwachses von auf modernen Anlagen hergestellten Produkteinheiten B'BCC' rechts. Diese Produkteinheiten konnten in Verbindung mit geringeren Stückkosten auf Arbeitsplätzen erbracht werden, die im unterstellten Zeitraum neu geschaffen wurden, während die Produktionsstilllegung auf alten, unrentableren Arbeitsplätzen erfolgte, bei denen die

Produktionskosten nicht mehr vom Produktionserlös gedeckt wurden. Daraus ergeben sich gewisse kreislaufanalytische Schlußfolgerungen: je höher die Investitionsquote ausfällt, desto geringer ist die Produktionsstilllegung und desto größer ist der Zuwachs von Arbeitsplätzen und Produkteinheiten. Der Erlösüberschuß über die Kosten, nämlich unser gesamtwirtschaftlicher Differentialgewinn, wächst nun der Investitionsquote sowie der Vermehrung von Arbeitsplätzen entsprechend, und die Gewinnquote muß sich analog verhalten. Die Kostenlinie D-E wird somit eine ständige Verschiebung nach oben erfahren, denn Tariflohn erhöhungen, die sich durchschnittlichen Arbeitsproduktivitätssteigerungen anpassen, bringen nicht die Senkung des Preisniveaus mit sich, sondern sie führen eher zu einer Steigerung des Kostenniveaus. Auch können die Lohnsatzsteigerungen sogar über die gesamtwirtschaftliche Produktivität hinausgehen, weshalb der Wachstumsprozeß in der Regel mit einer inflationären Steigerung des Preisniveaus verbunden ist. Hierbei verschiebt sich die Kostenlinie D-E stärker nach oben als die Erlöskurve D-C, da das Preisniveau um den Betrag der Produktivitätszunahme weniger steigt als die Lohnsätze. Graphisch ist noch folgender interessanter Aspekt ableitbar: das Rechteck ABCD ist größer als das Rechteck A'B'C'D', d.h. die Zahl der neu hinzukommenden Arbeitsplätze ist größer als die der gleichzeitig stillgelegten. Damit hätten wir einen relativ größeren Wachstumsspielraum von Arbeitsplätzen für zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Dieser dynamischen Wachstumstheorie ist eine Grundregel immanent, wonach der wirkliche gesamtwirtschaftliche Gewinn aller Unternehmungen ex post nicht geringer sein darf als der ex ante, strukturell vorgeprägte Differentialgewinn, wenn das Vollbeschäftigungsgleichgewicht erhalten werden soll. Dieser Sachverhalt ist etwa mit einem anschaulichen Erklärungsmodell aus den Naturwissenschaften vergleichbar, nämlich mit dem "Effekt der kommunizierenden Röhren".²²

Durch neue Lohnpolitik zur Vollbeschäftigung

Festzustellen ist bei alledem: je höher die Investitionsquote ist, desto größer wird – ceteris paribus – der Saldo der rentablen Arbeitsplätze sein, desto höher wird der Beschäftigungsgrad sein, und desto größer fällt die gesamtwirtschaftliche Produktion aus. Wirtschaftliches Wachstum ist in erster Linie beschäftigungsinduziert, d.h. es hängt von der Zahl der Beschäftigten und ihrer Arbeitszeit ab und nicht etwa die Beschäftigung hängt vom Wachstum ab.

Vollbeschäftigung setzt eine entsprechend hohe Investitions- und Gewinnquote voraus; deren Ausmaß kann nur über eine zinspolitische Feinsteuerung erfolgen und ist von der Relation zwischen der Zinshöhe und den Ertragserwartungen abhängig. Eine reine Geldmengenpolitik der Bundesbank ist dazu wenig tauglich.

Eine neue Lohnpolitik²³, bei der die Lohnsatzsteigerungen der jeweiligen Vermehrung der für den privaten Konsum verfügbaren Güter angepaßt werden, ist

22 Vgl. W. Weber: Die H.-J. Rüstow'sche Differentialgewinntheorie. Darstellung und Kritik. Diplomarbeit Univ. Tübingen 1969, S. 62

23 Vgl. auch H.-J. Rüstow: Der Lohn im Jahre 2000. Gibt es einen gerechten Lohn? Sammlung res novae, Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte, Bd.44, Frankfurt a. M. 1965, S. 81ff

eine weitere notwendige Voraussetzung für die Erzielung einer dauerhaften Vollbeschäftigung. Eine solche Lohnpolitik ist erst realisierbar, wenn sich im Allgemeinen und speziell in den Wirtschaftswissenschaften die Erkenntnis durchsetzt, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer nur durch eine Vermehrung der für den privaten Verbrauch verfügbaren Güter gesteigert werden könne; nominelle Geldlohn erhöhungen ohne reale Konsumgütervermehrung wirkten nur preisinflationär. Ständige Vollbeschäftigung könne jedoch nur durch das harmonische Zusammenwirken von Zins-, Fiskal- und Lohnpolitik erreicht werden. Da dies bis heute in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall ist, tadelt Rüstow²⁴ auch die Bundesbank: "Bei der heutigen Lohnpolitik sieht sich die Zentralbank sehr oft veranlaßt, während eines Konjunkturaufschwungs die Leitzinsen zu früh, vor Erreichen der Vollbeschäftigung heraufzusetzen. Denn die Gewerkschaften nehmen bei den Lohnverhandlungen im Konjunkturaufschwung keineswegs darauf Rücksicht, daß die Vergrößerung der Investitionsquote mit einer relativen Verknappung der Produktion und des Angebots von Konsumgütern verbunden ist. Die Lohnsätze pflegen sogar mit zunehmender Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besonders stark erhöht zu werden. Daher wird ein Konjunkturaufschwung in der Regel mit stärkeren Preissteigerungen verbunden sein, die die Zentralbank zu einer Heraufsetzung der Leitzinsen veranlaßt – auch dann, wenn die Preissteigerung nicht mit einer verstärkten Nachfrage nach Devisen und Verschlechterung des Wechselkurses verbunden ist. Hierdurch wird eine weitere Steigerung der Investitionsquote, die Vollbeschäftigung bewirken sollte, verhindert oder sogar ihre Reduzierung erzwungen. Allzu oft wird auf diese Weise ein Konjunkturumbruch vor Erreichen der Vollbeschäftigung verursacht. Halten zu starke Lohnsteigerungen und zu hohe Zinssätze längere Zeit an, ergibt sich hieraus ... eine Stagflation."

Gewisse Preiserhöhungen sind bei der heutigen Lohnpolitik manchmal unvermeidbar, aber im Prinzip nicht gefährlich; schlimmer ist ein Abwürgen der Konjunktur durch eine übervorsichtige Diskont- und Lombardsatzpolitik der Bundesbank. Rüstow untermauert dies durch folgende empirische Feststellung: "Die Investitionszulagen, die Senkung der Leitzinsen und die Förderung des Wohnungsbaues bewirken schon im Jahr 1983 eine – wenn auch nur geringfügige – Steigerung der Investitionsquote und mit ihr der Beschäftigung. ... Bei einer Herabsetzung des Diskontsatzes auf 2,5% oder wenigstens 3% hätte man mit einem steilen, sich ständig beschleunigenden Konjunkturaufschwung, mit einer relativ schnellen Aufsaugung von Arbeitslosen und Erzielung von Vollbeschäftigung rechnen können."

Professor Rüstow kann eine sich über 65 Jahre erstreckende, bewußte Erfahrung-ökonomischer Entwicklungen und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsarbeit nachweisen. Eine empirisch vielfach bestätigte, wohl optimale Beschreibung der ökonomischen Realität ist Rüstow mit seiner Differentialgewinntheorie auf alle Fälle gelungen. Erfreulich ist, vor allem die Tatsache, daß sich ein kleinerer, wenngleich prominenter Kreis von Befürwortern und Anhängern seiner Lehre herausbildete: Schreiber, Krelle, Föhl, Helmstädter und Lord Kaldor, um nur die herausragenden unter ihnen zu nennen.

24 H.-J. Rüstow, Neue Wege zur Vollbeschäftigung, a.a.O. S. 57f
25 Ebda. S. 9, Fn. 11

Streift Polen das marxistische Korsett ab?

von

Prof.Dr.Wilhelm Hahn MdEP

Vom 24. bis 30.6.1987 habe ich mit dreizehn anderen deutschen Abgeordneten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament die heutige Volksrepublik Polen besucht. Die Reise führte uns durch die ehemaligen deutschen Ostprovinzen von Stettin über Hinterpommern nach Danzig, wo es zu einem ausführlichen Gespräch mit Lech Walesa und Pater Jankowski kam. Der weitere Weg führte über die großartig wiederhergestellte Marienburg und Masuren zur Wolfsschanze, nämlich dem deutschen Führerhauptquartier während des Zweiten Weltkriegs. Daß der Abgeordnete Karl Ludwig Graf Schenk von Stauffenberg mit seiner Frau zu unserer Gruppe zählte, und dieser der erste Besuch an dem Ort war, an dem sein Vater das Attentat auf Hitler verübte, gab dem Besuch seine besondere Note. In Warschau kam es zu Gesprächen mit dem heutigen Vizepräsidenten des Sejm (Parlament) Rakowski, der als stellvertretender Ministerpräsident in den ersten Jahren der Aktivitäten der Solidarität 'eine Schlüsselrolle spielte, mit dem Außenhandelsminister und anderen Politikern und vor allem auch mit dem Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dabrowski. Das Besuchsangebot von Kardinal Glemp konnten wir nicht annehmen, da die Zeit zu einem Abstecher nach Gnesen nicht ausreichte.

1.

Schon bei der Durchfahrt durch Polen fiel uns auf, was sich auf der ganzen Reise, ja selbst in Warschau, bestätigte: Wir haben nur ein einziges Mal ein kommunistisches Emblem oder ein Spruchband der Partei gesehen. Statt dessen war in jedem Dorf ein liebevoll geschmücktes Kreuz aufgerichtet. Die Fahnen von Polen und der Kirche grüßten uns auf allen Straßen. Polen ist heute das Land, das wie wohl kein anderes katholisch ist, und das wird heute auch von der Regierung respektiert.

2.

Die Überzeugung, daß die bisherige Regierung und die Ideologie des Marxismus in Polen versagt haben und deshalb eine grundlegende Reform unaufschiebbar ist, (soll es nicht zu einem Zusammenbruch kommen), wird von allen Gesprächspartnern, ob aus der Regierung oder aus der Kirche, ja auch von Taxifahrern und privaten Personen in unterschiedlichem Maß zum Ausdruck gebracht. Dabei ist der äußere Eindruck, den das Land macht, durchaus nicht schlecht. In

Danzig, aber auch in Warschau haben wir hervorragend ausgeführte denkmal-schützerische Restaurationsleistungen feststellen können. Der 'Lange Markt' in Danzig, - im Kriege völlig zerstört -, ist z.B. nun in der Form des 18. Jahrhunderts bewundernswürdig wiederaufgebaut und gehört wieder in die Reihe der großen Plätze der Welt. Die herrlichen, in Backsteingotik erbauten Kirchen, einst protestantisch, heute von der katholischen Bevölkerung genutzt, waren auch Wochentags bei Gottesdiensten überfüllt. Daß sie alle in großzügiger Weise wiederhergestellt sind, überrascht in einem kommunistischen Staat. Die evangelische Trinitatis-Kirche in Warschau, 1945 in ein Konzerthaus umgewandelt, wurde 1956 nach dem Ersten Polnischen Aufstand vom Regime zurückgegeben.

Parallel dazu gibt es aber Fakta, die die Menschen ganz unmittelbar betreffen und gewiß den Unmut schüren: ein junges Ehepaar muß jahrelang auf die Zuteilung einer Wohnung warten. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt bei 25000 bis 28000 Zloty, was umgerechnet DM 140 ausmacht. Natürlich ist eine solche Berechnung unzulässig, da die Grundnahrungsmittel und Mieten gering sind. So beträgt die Monatsmiete für eine Wohnung von 50 qm etwa 2000 - 3000 Zloty. Es gibt aber auch sehr große Einkommensunterschiede, die fast die gleiche Schere aufweisen wie in westlichen Ländern. Dabei verdient ein Grubenarbeiter doppelt so viel wie ein Arzt. Aber im Handel und im Schwarzmarkt lassen sich große Gewinne erzielen. Zeitungen dürfen in diesem walddreichen Land wegen Papiermangel nur in geringen Auflagen erscheinen und bei populären Blättern muß man sich früh anstellen um sie zu ergattern. Kohle ist zu privaten Heizzwecken nur in so kleinen Zuteilungen erhältlich, daß es in kalten Wintern nicht ausreicht. Fleisch und Milch gibt es in diesem Agrarland nur auf Karten, und man muß dazu lange anstehen. Die Benzinzuteilung beträgt monatlich 36 Liter.

Dies alles überrascht umso mehr, als 75 % der Landwirtschaft noch in der Hand von Kleinbauern und damit in Privatbesitz ist und auch die Handwerksbetriebe weitgehend nicht verstaatlicht sind. Aber die Bauern sitzen auf viel zu kleinen Höfen ohne moderne landwirtschaftliche Instrumentarien und verwenden überholte Anbaumethoden. Überall fehlt das Vertrauen zur Regierung und man blickt resigniert in die Zukunft. Das Ergebnis ist: Polen befindet sich in einer tiefen Vertrauenskrise zwischen der Bevölkerung und seiner Regierung besteht gegenseitiges Mißtrauen. Dieser Sachverhalt bezieht sich weniger auf die Person des Staatschefs Jaruzelski als vielmehr auf das kommunistische Herrschaftssystem.

Lech Walesa erweist sich als eine dynamische und charismatische Persönlichkeit, die eine große Überzeugungskraft ausstrahlt. An seiner Seite steht der aufgrund rationaler Überlegungen kompromißlose Pfarrer Jankowski von der Brigittenkirche in Danzig. Walesas A und O lautet: das System ist unverbesserbar, es dient nicht dem Menschen und es kann auch nicht durch Schönheitsreparaturen zur Effektivität gebracht werden. Andererseits lehnt er jede Revolution ab und möchte nur den evolutionären Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft gehen, wohl wissend, daß alles andere in viel größerer Unterdrückung endet. Das Maß an Meinungsfreiheit ist auch wohl gerade infolge der Spannungen zwischen Volk und Regierung beachtlich. Man fürchtet sich nicht, in aller Offenheit seine kriti-

sche Meinung zu sagen.

Ein westlicher Korrespondent, der schon lange in Polen akkreditiert ist, erklärte auf die Frage, war er von den eingeleiteten Reformen halte: 'Ich habe noch keine gesehen, und das Volk glaubt nicht an sie'.

4.

Demgegenüber versucht die Regierung, Optimismus zu verbreiten und auch beim Westen, besonders bei der EG, Vertrauen aufzubauen. Man will in der EG ausge-rechnet agrarische Produkte absetzen, um so Devisen zu bekommen, obgleich die Bevölkerung gerade für diese in Schlangen ansteht. Joint ventures mit dem Westen, etwa im Maschinenbau, sollen der Wirtschaft Auftrieb geben. Aber die bisher gebildeten sind von den westlichen Firmen gekündigt worden, weil die Produktqualität nicht dem Standard unserer Anforderungen entsprach. Über die Arbeitsmoral, die das Ergebnis eines nun seit zwei Generationen praktizierten Sozialismus ist, wird überall im Volk gewitzelt. In einer Hilfe aus dem Westen, die durch Investitionen gewährt werden könnte, sieht selbst die katholische Kirche die einzige Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren.

Sehr charakteristisch ist, was ein hoher Funktionär aussprach: 'Die angekündigten Reformen erschrecken sogar eher den größeren Teil der Bevölkerung. 40 Jahre Sozialismus haben ihm an der unteren Grenze der Lebensqualität Existenzsicherung ohne Leistungsanstrengung vermittelt, an die man sich gewöhnt hat. Nun kommen Gorbatschow und Jaruzelski daher und wollen plötzlich Leistungsgesellschaft, in der Tüchtigkeit entscheidet und Schlendrian zum Abstieg führt'. Zudem gebrauchte er zwei aufschlußreiche Vergleiche: 'Unsere Wirtschaftspolitik ist in Schlangenlinien geführt worden. Was heute gilt, kann morgen verboten sein. Wie soll man da mutig in die Zukunft planen?' und: 'Bei uns fahren 80% der Menschen immer noch nach dem alten System sozusagen auf der rechten Fahrbahn der Straße, und nun wollen wir 20% trotz Gegenverkehr auf der Linken überholen lassen. Das muß zur Karambolage führen'.

Andere Beobachter sind der Meinung, Jaruzelski, der ein sehr gutes Verhältnis zu Gorbatschow hat, habe seit dem zehnten Parteitag 1986 seine Stellung so ausgebaut, und selbst in den Augen seiner Kritiker Punkte gemacht, so daß eine Stabilisierung sich abzeichnet. Dazu gehört auch sein Besuch beim Papst in Rom 1986.

5.

Der Besuch des Papstes, der nur zwei Wochen zurücklag, wurde von der Kirche sehr positiv beurteilt. Er sei der beste der bisherigen drei Besuche gewesen. Der erste habe 'Ermutigung' gebracht, der zweite sei 'ein Credo' gewesen, der dritte aber die 'Firmung', und zwar des ganzen polnischen Volkes. Denn 90% der Polen haben direkt oder am Bildschirm den Papst erlebt. So werde der Besuch noch große Auswirkungen haben. Dem gegenüber war die Regierung enttäuscht. 'Sie hatte erhofft, der Papst werde die Reformen loben und die Abrüstungsposau-ne Gorbatschows blasen. Stattdessen sprach er von den Menschenrechten als

Voraussetzung des Friedens und von der Verantwortlichkeit des Menschen in und für die Gesellschaft.

6.

Die katholische Kirche erklärt, sie spiele eine Vermittlerrolle zwischen Staat und Bevölkerung. Es ist auch vom Staat unbestritten, daß er den Dialog mit der Kirche sucht. Die Kirche sieht sich als Verteidiger des Volkes und befaßt sich deshalb nicht nur mit religiösen sondern auch mit politischen und sozialen Fragen und nützt ihren Zugang zu den Ministerien. Der Staat legt dem Episkopat sogar beabsichtigte Entwürfe für Gesetzesnovellen vor mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Das war früher nicht so. Eine solche Aufgabe kann nur die Institution der Kirche wahrnehmen und sie hat auch schon manches erreicht.

7.

Damit ist die Kirche im Bewußtsein der Polen in einem bei uns unvorstellbaren Maß mit der Nation identisch geworden. Dieses Volk, das gegen seinen Willen unter der Kontrolle seines übermächtigen östlichen Nachbarn leben muß, schart sich unter dem Mantel der katholischen Kirche zusammen, um seine Identität zu behaupten. Dies führt aber auch zu einem uns überholt anmutenden Nationalismus, der unter nationalem Aspekt die Geschichte verzeichnet und davon ausgeht, auch seine westlichen Nachbarn in Europa müßten doch ebenso nationalistisch denken. Es fällt den Polen schwer zu verstehen, daß sich die Deutschen so weit von ihrem früheren Nationalismus entfernt haben und die ehrliche Versöhnung mit den Polen ebenso wie mit ihren Nachbarn im Westen suchen.

Diese unterschiedliche Haltung zur eigenen Nation erschwert auch den deutsch-polnischen Dialog, wenn wir uns nicht der grundlegenden Verschiedenheit der Ausgangspositionen bewußt werden. Wir bauen das nationalstaatliche Denken mit dem Ziel ab, ein geeintes Europa zu schaffen, und haben ein gewandeltes, teils sogar gebrochenes Verhältnis zu unserem Nationalstaat und seiner Geschichte. Angesichts der Übermacht der Sowjetunion können die Polen dagegen ihre Identität und selbst ihre relative Unabhängigkeit nur in Konzentration auf ihre Nation und dies auch nur, indem sie sich gleichsam in die Kirchenmauern zurückziehen, behaupten.

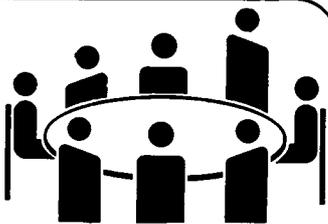
8.

Aus vielen Gesprächen und Begegnungen ergibt sich: in Polen sind alle davon überzeugt, daß der Marxismus nicht mehr in unsere Zeit paßt und wir 'dieses Korsett' abstreifen müssen, wie ein hoher Politiker es ausdrückte. Aber wird dies einem Volk mitten im Ostblock gelingen und erlaubt sein? Nur der Abschied von der dogmatischen Ideologie kann den neuen Anfang bringen, wie Walesa sagt. Nur dann wird es ökonomisch und sozial einen Aufstieg geben und werden auch die Menschenrechte ihre volle Anerkennung finden. Daß auch dies noch nicht eine ideale Gesellschaft garantiert, weiß man auch in Polen, aber der Wille, das

Korsett abzustreifen, ist dem überwiegenden Teil der Nation eigen.

Wir im Westen haben allen Grund, mit den Polen im Dialog zu bleiben und sie davor zu bewahren, sich nun nach allen Seiten einzuigeln. Polen gehört zu Europa, wie es sich im westlichen Teil einigt. Auch wenn eine Eingliederung Polens in die EG weit außerhalb jeder Möglichkeit liegt, ist Polen neben der UdSSR einer der wichtigsten Gesprächspartner.

Seminar Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des "Drumherum", hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen,
Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320.**

Bemerkungen zum Einfluß der islamischen Fundamentalisten in Ägypten

von

Prof. Dr. Dr. Bernd M. Weischer*

Es gibt in den letzten Jahren kaum eine Information in den Massenmedien über die Krisenregion 'Arabische Welt', in der sich nicht ein Hinweis auf die islamischen Fundamentalisten oder Integristen befände. Viel Kompetentes und weniger Kompetentes ist zu diesem Phänomen, vor allem seit der iranischen Revolution, geschrieben worden.

Bevor wir uns mit dem Phänomen näher beschäftigen, soll unsere Aufmerksamkeit einem anderen Sachverhalt gelten, der allerdings für unser Thema relevant ist: Wenn wir die erste Periode des Christentums und des Islams vergleichend betrachten, fällt ins Auge, daß das Christentum eine durch Jahrhunderte verfolgte Untergrundbewegung war, die für ihr Überleben alle vorhandenen Glaubenskräfte zu mobilisieren hatte und mehr auf eine bessere Zukunft denn auf eine glorreiche Vergangenheit ausgerichtet war; der Islam hingegen trat von Anfang an als eine junge siegreiche Bewegung auf, die sich den dekadenten Zustand des oströmischen Reiches und seiner Provinzen zunutze machte. Hinzu kommt, daß der Islam nicht nur als letzte, vollkommene, daher nicht weiter entwickelbare Religion, sondern auch als Staatsideologie auftrat. Die islamische Bewegung brauchte zu ihrer Durchsetzung viel weniger Energien aufzuwenden als das mehr auf das Jenseits ausgerichtete Christentum. So ist es kein Wunder, wenn sich Muslime in kritischen Momenten ihrer Geschichte viel stärker an ihrer glorreichen Vergangenheit orientieren als Christen. Mohamed Iqbal hat einmal gesagt: 'In den kritischen Momenten der islamischen Geschichte haben nicht die Muslime den Islam bewahrt, sondern der Islam die Muslime'. Dieser traditionelle und rückwärts gerichtete Zug des Islam, der augenblicklich in allen islamischen Ländern zunimmt, machte sich schon seit dem letzten Jahrhundert bemerkbar. Als beispielsweise Napoleon in Ägypten einfiel, war es für das islamische Selbstgefühl fast unerträglich, feststellen zu müssen, daß die jüngere europäische Zivilisation mittlerweile der älteren und vollkommeneren überlegen war. Es kam die Legende auf, daß Europa seine Entwicklung ganz und in allem den Arabern zu verdanken habe, Thesen, die von zeitgenössischen, auch westlichen, Autoren auf dem Gebiet der Kulturkunde in unverantwortli-

* Der Autor des folgenden Beitrages ist für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Marokko tätig. Als Quellenangabe für den vorliegenden Text gilt: KAS-Auslandsinformationen, 2/87

cher Weise einseitig ausgewalzt wurden.

In der Folge des kolonialen Schocks begann in den islamischen Ländern bereits ein Prozeß der Suche nach der eigenen Identität, der sich auch für eine Sichtung der Tradition erstreckte. Das Erwachen des arabischen Nationalismus und das Aufblühen der Salafiyya-Bewegung in Ägypten riefen eine Restauration des Islam hervor. Seit der Zeit kommt der Begriff 'Reformist' auf, dem der 'Traditionalist' bzw. 'Restaurator' gegenübersteht. In den apologetischen Schriften dieser islamischen Restauratoren, wie Mohamed Abduh (1849-1905) und Rashid Ridha (1865-1935), treten zum ersten Mal moderne Begriffe auf. Der Titel einer dieser Schriften lautet z.B. 'Der Islam als Religion der Ratio und des Fortschritts'. Es ist klar, daß es das Ziel dieser Veröffentlichung war, die Überlegenheit des Islam gegenüber der säkularen technischen Zivilisation darzustellen.

Die fundamentalistische Position mit einem statischen Islambegriff, der keiner Veränderung bedarf, führte also zurück in die Vergangenheit. Da nach Auffassung der Fundamentalisten die Rückkehr zu den Quellen der Religion alle Probleme lösen wird, ist schon aus psychologischen Gründen eine moderne Entwicklung in unserem Sinne schwer vorstellbar. Der Islam ist nach dem erwähnten Rashid Ridha in seinem Ursprung vollkommen, und zwar in dem Sinn, daß der Offenbarung, auf der er beruht, im Laufe der Geschichte nichts Wesentliches hinzugefügt zu werden braucht. Für die politische Seite heißt das, daß Koran und Sunna alle grundlegenden Einsichten vermitteln, deren die Völker bis ans Ende der Tage bedürfen. Das islamische Gesetz wird den wandelbaren historischen Gegebenheiten immer gerecht. Die Sharia besteht also nicht darin, daß sie alle jemals auftretenden Einzelfragen bereits vollständig entschieden hätte, sondern darin, daß sie für deren Entscheidung ein allzeit brauchbares, sicheres Verfahren vorgezeichnet hat. Auch die staatsrechtliche Konzeption ist nach Meinung der Restauratoren immer aus Koran und Sunna zu schöpfen, während sie in Wirklichkeit oft aus dem Streben erwuchs, einige Grundsätze westlicher Demokratie als islamischen Ursprungs und damit annehmbar zu erweisen und zugleich diejenigen Strukturen zu erneuern, denen die islamischen Araber ihre weltgeschichtlichen Erfolge zu verdanken schienen. An Ridhas nicht antizivilisatorischen, wohl aber antiwestlichen Fundamentalismus knüpften die 1928 von Hassan el-Banna gegründeten Muslimbrüder an. Da also nach islamischer Auffassung im Koran und in der Tradition alles vorhanden ist, und es im Laufe der islamischen Geschichte 'in nuce' alles schon gegeben hat, versuchte man, die aus dem Westen stammenden Entdeckungen, ihre Probleme und Anwendungen nicht zur Kenntnis zu nehmen oder zu verdrängen. Nun ist aber das moderne Leben westlicher Prägung gewaltsam in die Sozial- und Verhaltensstrukturen der präindustriellen traditionellen islamischen Gesellschaft eingebrochen, und das Problem 'Tradition und technischer Fortschritt' und 'Kulturelle Identität und Anpassung an westliche Lebensformen' macht sich immer stärker bemerkbar, da man einerseits auf die technischen Errungenschaften des Westens nicht mehr verzichten will, andererseits aber der traditionelle islamische Kontext erhalten bleiben soll, d.h. die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und islamischem Bewußtsein wird immer größer. Von den Orthodoxen

wird in dieser Situation das alte Prinzip der Einheit von Religion und Staat beschworen, wobei die islamischen Gesetze natürlich den Primat haben. Nur so kann man nach ihrer Auffassung die vom Islam wegtrendierende gesellschaftliche Entwicklung in den Griff bekommen.

Daß die moderne Entwicklung, die ihre Eigendynamik hat, islam-feindlich verlaufen und wenigstens eine gewisse Säkularisierung der islamischen Kultur herbeiführen könnte, hatten die offiziellen Regierungsvertreter immerhin festgestellt. Ihr Vorschlag zur Lösung dieser Probleme, die ja weitgehend auch ökonomische sind, bleibt aber um so mehr ein retrogrades Ideologiekonzept, das das goldene Zeitalter des Islam wieder aufleben lassen soll, das es in der hier projizierten Form historisch freilich nie gegeben hat. Die islamischen Länder werden hierdurch in eine politisch unrealistische Selbstisolation versetzt, in der die Tendenzen zu einem Religionsfaschismus immer deutlicher werden. Trotz der bekannten Exzesse im Iran findet der Ruf nach dem theokratischen Gewaltstaat - nicht nur bei fanatischen Fundamentalisten oder politikbesessenen Theologen, sondern auch bei der großen Masse der frustrierten Jugendlichen - immer wieder offene Ohren. Dieses Phänomen ist nicht nur Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses in der postkolonialen Phase und des Abrückens von der als dekadent empfundenen westlichen Zivilisation, sondern zugleich eine Kritik an den unzeitgemäß feudalistischen sozialen Zuständen in großen Teilen der islamischen Welt, deren Entstehen der Islam im Grunde mitbegünstigt hat, die heute aber als unislamisch und als Folge des Kolonialismus betrachtet werden. Von einer Selbstkritik ist man also auch heute noch weit entfernt.

Die Fundamentalisten erklären, man wolle sich endlich auch im politischen Bereich von Europa emanzipieren. Alle europäischen Modelle, vor allem Sozialismus und Säkularismus, seien gescheitert. Auch der Panarabismus, der wie die Baath-Ideologie zutiefst islam-feindlich sei, habe keine Probleme gelöst. Man wolle nicht in einer entfremdeten Gesellschaft leben, sondern auf die Quellen des islamischen Gemeinwesens zurückgehen, um endlich eine Erneuerung zustande zu bringen. Das Phänomen 'Fundamentalismus' ist in erster Linie keine Herausforderung an den Westen, sondern eher eine Abkapselung vom Westen, eine Defensivhaltung also, eine Erscheinung der Krise. Da die islamische Zivilisation ohne gründliche Säkularisierung nicht fähig ist, Anschluß an die Moderne zu finden, zieht sie sich zurück und versucht, sich einzumauern.

In der postkolonialen Phase schien es zeitweilig so, als ob der Kampf um Palästina sich zu einer quasi-religiösen Ideologie entwickelte, die alle Araber vereinte und große Kräfte aus dem religiösen Bereich auf sich zog. Seit dem Auszug der Palästinenser aus dem Libanon und dem praktischen Scheitern der Symbiose zwischen Christen und Muslimen in einem arabischen Staat hat sich der Fundamentalismus zu der e i n e n, wirklich alle islamischen Länder umfassenden Ideologie entwickelt, wobei er natürlich in den verschiedenen Stellen unterschiedliche Erscheinungsbilder hat und ein breites politisches Spektrum, von linken Integristen bis zu rechten Muslimbrüdern, aufweist.

Außer im Iran, wo der islamisch-schiitische Fundamentalismus zur staatstragenden Idee wurde, und in Pakistan, wo der Staatspräsident fundamentalistische Positionen vertritt, stellen die Fundamentalisten meistens die 'außerparlamentarischen'

rische' Opposition dar, wobei die Rolle, die sie spielen, sehr unterschiedlich ist. Wie reagieren die etablierten Regime auf die fundamentalistische Herausforderung, und wie stellt sich in den einzelnen Ländern die Bedrohung dar?

In Marokko ist der politische Einfluß der Fundamentalisten bisher gering. Allerdings kommt es dort zu dem interessanten Phänomen, daß sich zwei religiöse Diskurse gegenüberstehen, die sich gegenseitig verneinen bzw. ausschließen, wobei aber folgendes nicht vergessen werden sollte: In Marokko war die Unabhängigkeitsbewegung, im Gegensatz zu Algerien und Tunesien, an den Islam geknüpft, d.h. bestimmte Vertreter des islamischen Modernismus, wie z.B. Bu Sha'ib ad-Dukkali (1878-1937) und dessen Schüler Allal el-Fasi (1910-1974), führten die Nationalbewegung unter der Flagge der islamischen Reformen an. Die 1944 gegründete Istiqlal-Partei erfaßte das Bürgertum islamischer Prägung, Mohamed V. setzte sich vom Exil aus an die Spitze der Bewegung, und seine in der Verfassung verankerte Macht als 'Emir al-mu'minin' (Beherrscher der Gläubigen) war nach der Unabhängigkeit nicht mehr zu erschüttern, obwohl sich gewisse Oppositionsbewegungen bemerkbar machten, die sich bis in die jüngste Zeit nicht religiös artikulierten, da die religiöse Symbolik bereits durch das herrschende Regime besetzt war. Erst in den letzten Jahren wird die Unzufriedenheit mit den sozialen Problemen islamisch artikuliert. Die Fundamentalisten sagen, daß der offizielle religiöse Diskurs hohl und bar jeder religiösen Praxis sei, die sozialen Ungerechtigkeiten absolut unislamisch seien etc. Darauf antwortet der Herrscher, daß man den konservativ eingestellten Marokkanern nicht zu erklären brauche, was Islam sei; er führte den Unterschied ein zwischen Fundamentalisten, denen es mit der Religion ernst sei, und Integristen, die unter dem Vorwand der Religion nur politisch agitieren wollten. Man kann gespannt sein, wie die Entwicklung in Marokko in den nächsten Jahren verlaufen wird.

Anders ist die Lage in Algerien und Tunesien. Beide Länder waren seit Ende des 16. Jahrhunderts Provinzen des osmanischen Reiches gewesen, das für seine säkularen Tendenzen bekannt war, in beiden Ländern entwickelte sich erst nach dem Ersten Weltkrieg eine Widerstandsbewegung, die nicht an den Islam geknüpft war (- wenn man einmal von der Theologengruppe um Ben Badis in Algerien absieht -). In beiden Ländern wollte man eine Trennung von Staat und Religion, wohl unter französischem Einfluß. In Algerien wurde später arabischer Sozialismus und Islam zu der bekannten Staatsideologie verschmolzen. In Tunesien wurde das französische Protektorat, von dem man sich die Befreiung aus der Rückständigkeit erhoffte, vorerst nicht in Frage gestellt. Aus der Enträuschung heraus, daß die Forderungen nach Rechtsgleichheit mit den Franzosen nicht erfüllt wurden, wurde 1920 die Destour-Partei gegründet, deren Mitglieder sich als säkularisierte Nationalisten sahen, 1934 spaltete sich die Neo-Destour unter Bourguiba ab. Diese Partei war ausgesprochen laizistisch, so auch die Staatsideologie nach Erreichung der Unabhängigkeit. Man spricht von der arabischen Umma, an der die tunesische Nation mit ihrer Kultur (thaqafa) und Authentizität (asala) teilhabe. Erst seit der iranischen Revolution veränderte sich die außerparlamentarische Opposition zu den herrschenden Regimen in Algier und Tunis. Während in Algerien bereits schwer faßbare Guerillagruppen operieren, die sich zwar islamisch artikulieren, denen es aber wohl mehr um soziale Gerechtigkeit

und regionale Eigenständigkeit geht, wird die fundamentalistische Opposition in Tunesien, die bereits viele Anhänger des linken Lagers aufgesogen hat und sich gegenüber dem laizistischen Regime in islamischen Termini ausdrücken kann, immer stärker. Der kürzlich erst aus dem Gefängnis entlassene Führer des MTI (Mouvement de tendance islamique), Rashed Ghannouchi, wird bereits als erster Präsident einer islamischen Republik nach Bourguiba apostrophiert. Die Bewegung wird aus dem Ausland - wie es scheint, aus Iran - unterstützt, ist aber tunesischen Ursprungs. Noch unter dem Innenminister Driss Guiga (bis Januar 1984) wurde ein harter Kurs gegenüber den Fundamentalisten gesteuert, etwa als im Jahre 1983 auch andere fanatische Bewegungen ausgehoben wurden, die mit Paralleloorganisationen im Vorderen Orient zusammenarbeiteten, wie der Hizb at-tahrir al-islami, der in den arabischen Ländern das Kalifat wieder einführen wollte - Gründer war der Jordanier Taqiuddin Nabhani -. In Kairo wurde diese Bewegung schon im Jahre 1974 durch einen Zwischenfall an der Militärakademie bekannt.

In letzter Zeit ist die tunesische Regierung der fundamentalistischen Bewegung etwas entgegengekommen, ohne sie als parlamentarische Opposition zuzulassen. Allerdings scheinen Kreise im Innenministerium, in Polizei und Militär bereits so von fundamentalistischem Gedankengut beeinflusst zu sein, daß man sich bemüht, den eigentlich toleranten Tunesier in das Korsett traditionalistischer islamischer Moralvorstellungen einzuzwängen. In intellektuellen Kreisen in Tunis geht die Angst um, daß unter islamisierenden Militärs in der Nach-Bourguiba-Zeit der Spielraum individueller Freiheit noch weiter eingeschränkt werden könnte, wie es sich unter den Pressionen der Fundamentalisten bereits jetzt andeutet: man spricht von einem 'intellektuellen Terrorismus' der islamischen Ideologie. Im Bereich der Universität - gerade in den Naturwissenschaften - sind die Integristen augenblicklich die größte Gruppierung. Inwieweit diese bisher außerparlamentarische Opposition mit ihrem breiten Spektrum Einfluß auf die tunesische Politik bekommen wird, ist entscheidend auch für die Außenpolitik des nach Europa ausgerichteten Tunesien. Führende Destour-Politiker sehen im Anwachsen dieser Ideologie die größte Gefahr für Tunesien, das als 'derniere republique civile' eine Sonderrolle in der arabischen Welt spiele. Seit der Entlassung Mzalis (8.7.1986) scheint der Kurs den Integristen gegenüber wieder härter zu werden, wie man auch an den Urteilen der letzten Prozesse sieht.

Der stellvertretende Generalsekretär (für politische Angelegenheiten) der Arabischen Liga, der Syrer Adnan Omrane, wirft der tunesischen Regierung vor, daß sie nicht ernsthaft genug mit dieser Oppositionsbewegung aufräume. In Syrien wisse man, wie so etwas gemacht werden müsse. In Syrien sind die Verhältnisse allerdings insofern anders, als die Führung der Baath-Partei um Präsident Assad der Minderheit der schiitischen Alawiten angehört und er bei der augenblicklichen Entwicklung alles daran setzen muß, um an der Macht zu bleiben. Präsident Assad versucht, die Irreligiosität der Baath-Ideologie dadurch zu verschleiern, daß er ostentativ an den Gebeten in den Moscheen teilnimmt. Die harte Niederschlagung der Aufstände der Muslimbrüder im Norden des Landes und der sunnitischen Opposition allgemein sprechen indes eine andere Sprache. Syrien

wirft der Bundesregierung übrigens vor, daß sie bewußt die ultrakonservative islamische Reaktion und deren Zentren in Deutschland agieren lasse und sich so in die syrische Innenpolitik einmische. Präsident Assad steht bei den arabischen Fundamentalisten auf der Liste der zu Liquidierenden an oberster Stelle.

Ohne auf den Irak einzugehen, sei nur erwähnt, daß sich dort fanatischer islamischer Fundamentalismus und absoluter Säkularismus, manifestiert in zwei Regimen, auf dem Schlachtfeld gegenüberstehen. Im Sudan (-wie sicher bald auch in Pakistan -) hat sich unter Numeiri gezeigt, daß die strikte Einführung der Scharia keine Zukunftsperspektiven zu bieten hat und über kurz oder lang vom Volk zu Fall gebracht wird. Um so erstaunlicher ist es, daß der Führer der Muslimbrüder, Dr. Hassan Tourabi, dem zum Teil die katastrophale Entwicklung unter Numeiri zu verdanken war, wieder - wenn auch nur an der Spitze einer kleinen Gruppierung - ins neue sudanesisches Parlament eingezogen ist. Eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des islamischen Fundamentalismus hat allerdings Ägypten gespielt. Es sollen nur einige wichtige Punkte in Erinnerung gerufen werden: In der gesamten islamischen Welt spielten die Vertreter der islamischen Azhar-Universität in Kairo sowohl vor als auch nach der ägyptischen Revolution (1952) eine große Rolle. Die Suche nach dem Selbstverständnis des Islam gewann in der jüngsten Vergangenheit in Ägypten auch besondere Bedeutung. Stellungnahmen der Azhar-Gremien und Azhar-Gelehrten, gerade zu Gegenwartsfragen, sind von entscheidender Bedeutung. Sie schlagen sich oft in Kontroversen zwischen ihnen und mehr liberalen Vertretern der Intelligenz oder auch der offiziellen Staatsgewalt in der Presse nieder. Besonders häufig ging es um Fragen der Rechtszuständigkeit. Unter Präsident Nasser (1956) wurden die Aktivitäten der Azhar eingeschränkt und die religiösen Gerichtshöfe für Personenstandsangelegenheiten geschlossen. Es kam zu Spannungen zwischen Regierung und Azhar. Die Muslimbrüderschaft löste sich auf bzw. ging in den Untergrund, wurde von Sayyad Ramadan von der Schweiz aus neu organisiert und war auch nach dem Amtsantritt Sadats (1970) vorerst keine innenpolitische Gefahr. Es kam zwischen Regierung und Azhar zu intensiven Beziehungen, vor allem die Entmachtung der moskautreuen Fraktion um Ali Sabri (15.5.1971) wurde von den Theologen gefeiert. Noch im Jahre 1980 schrieb der damalige Religionsminister Abdelmun'im Nimr, Ägypten sei vor einem gefährlichen Abdriften in Richtung Kommunismus bewahrt worden. Das Einlenken des Staates gegenüber der Religion gerade auf dem Gebiet der Rechtsprechung sollte aber nicht nur positive Auswirkungen haben. In der neuen Verfassung vom 11.9.1971 stand in Artikel 2: 'Der Islam ist die Religion des Staates und Arabisch die offizielle Sprache. Die Grundlagen des islamischen Rechts sind eine Hauptquelle der Gesetzgebung.' Auf Drängen der Konservativen wurde am 20.7.1979 der Passus dieses Artikels in 'die Hauptquelle' geändert. Am 14.7.1977 wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Todesstrafe beim Austritt aus dem Islam vorsah und der vor allem für die koptisch-islamischen Mischehen eine Katastrophe bedeutet hätte, ebenso ein Entwurf für ein Alkoholverbot. Die koptische Reaktion machte sich im September 1977 in gewaltigen Protesten Luft. So wurde die allgemeine Amnestie- und

Liberalisierungspolitik Sadats von 1975 teilweise wieder rückgängig gemacht. Welch fatale Folgen diese Politik der Anbiederung an den Islam haben sollte, zeigte sich spätestens am 6.10.1981, als Sadat, der 'Rais Al-Mu'min' (der gläubige Präsident) von islamischen Extremisten ermordet wurde. Bereits 1975 und 1977 machten sich in Unruhen die sonst kaum kontrollierbaren Aktivitäten islamischer Extremisten bemerkbar. Die bestorganisierte Gruppe war die fanatische Sekte 'At-Takfir wa Higra' (Sühne und Auswanderung), die das Kalifat wieder einführen wollte. Deren Angriffe richteten sich zunächst gegen die Azhar und nicht gegen den Staat und kulminierten in der Entführung und Ermordung des früheren Religionsministers Muhamed Adh-Dhahabi, eines für sein liberales Denken bekannten islamischen Gelehrten, Anfang Juli 1977. Die Führer der Sekte wurden verhaftet und hingerichtet. Das Verhältnis zwischen Staat und geistlicher Gewalt blieb trotz dieser Vorfälle im Grunde genommen ausgewogen. Das kam auch in den wichtigen Gesprächen zwischen Sadat und den Azhar-Vertretern im August 1979 in Ismaelia zum Ausdruck, wo Sadat als 'der gläubige Präsident' gefeiert wurde, er selber andererseits aber auch klar den Satz aussprach: 'Keine Religion in der Politik, keine Politik in der Religion', wobei er aber vom anwesenden Chef der Muslimbrüder, Omar Tilimisani (gest. 1986), unterbrochen wurde. Es waren weniger die übrigens offiziell von der Azhar mitgetragenen Camp David-Abmachungen als die unkontrollierten Aktivitäten islamischer Extremisten, die zum Teil unbeabsichtigt von den islamischen Theologen gedeckt wurden, und die durch die liberale Wirtschaftspolitik Sadats hervorgerufene katastrophale Situation, die einen Nährboden für die Agitation militanter fundamentalistischer Kreise abgaben, deren Anhänger sich überwiegend ausler aufgrund frustrierter Zukunftserwartungen radikalisierten Studentenschaft rekrutierten. Das Resultat dieser Entwicklung war die Ermordung Sadats. Im Zusammenhang damit wurde das ägyptische Strafrecht erweitert, was eine Abwehrreaktion des Staates darstellt: Jeder Religionsvertreter, der an Orten der Religionsausübung Kritik an der Regierung übt, wird mit Gefängnis oder Geldbußen bestraft.

Wie ist die Lage nun unter Präsident Mubarak? Zunächst wurden die Auswüchse der Infitah-Politik Sadats angeprangert, um die Massen zu beruhigen. Mubaraks Außenpolitik der kleineren Schritte ist zu bewundern, im wirtschaftlichen Bereich ist die Situation im Grunde noch explosiver geworden. Man hat den Eindruck, daß die alte Strategie des 'laissez faire' wieder Oberhand gewonnen hat. Noch gefährlicher scheint die Politik gegenüber den Fundamentalisten zu sein. Man darf nicht vergessen, daß die Muslimbrüder, die schon unter Sadat mit einer Million Anhängern und sechs Millionen Sympathisanten vor allem in den Städten, im Kleinbürgertum und unter den Studenten vertreten waren, auf ihrem Weg zur Realisierung einer islamischen Republik iranischen Musters bedeutende Schritte getan haben. Ein aufgeklärter Ägypter, wie z.B. Hussein Amin, der Direktor der Diplomatenaakademie, spricht es offen aus: 'In zwei, drei Jahren sind die islamischen Extremisten an der Regierung'. Bekannte Kopten bekennen, daß sie zum ersten Mal in ihrem Leben Angst um die politische Zukunft Ägyptens haben. Der Neo-Wafd hatte eine Reihe militanter Scheiche in seinen Kandidaturlisten, was seiner laizistischen und liberalen Tradition widersprach und womit er die kopti-

sche Wählerschaft vor den Kopf stieß. Etliche der Militanten zogen ins Parlament ein. Der Präsident des Neo-Wafd, Fuad Serageddin, erklärte, daß es nur weniger Korrekturen bedürfe, um die Gesetzgebung der Scharia völlig konform zu machen. Anscheinend hat das sudanesisches Beispiel die Ägypter noch nicht aufgeweckt. Die Vertreter eines toleranten, für moderne Entwicklung offenen Islams werden von der Orthodoxie und den Muslimbrüdern heute schon als Atheisten verunglimpft. Es existiert bereits eine Art von Inquisition; ohne das Impetrat der Autoritäten von Azhar können keine Bücher über den Islam mehr gedruckt werden. Berühmte Azhar-Scheiche - wie Schaaraoui - fordern die baldige Prohibition von Alkohol - auch für Europäer und Diplomaten. Nun rächt sich das Entgegenkommen des Staates der Religion gegenüber. Der berühmte Schriftsteller Taufik el Hakim, der große Verdienste um Ägypten hat, sprach von einem 'intellektuellen Terrorismus', der sich noch dazu auf 'göttliches Recht' berufe. Praktisch alle bekannten Zeitungen wagen es nicht mehr, ihre Plädoyers für mehr Toleranz zu veröffentlichen, da ihre Herausgeber mit dem Tod bedroht werden. Um die Fundamentalisten unter Kontrolle zu bekommen und zu integrieren, vielfach der Staat seine Konzessionen und Angebote (Vermehrung religiöser Sendungen im Radio, Erweiterung des Religionsunterrichts in den Schulen etc.). Ohne daß die Fundamentalisten konkrete Programme für die Heilung der ägyptischen Gesellschaft anbieten, reicht es schon, daß sie als Alternative den islamischen Staat als Lösung aller Probleme proklamieren, um die Massen hinter sich zu bringen. Sowohl die Repression als auch der Dialog haben in der Vergangenheit nichts gefruchtet. Wieweit eine wirkliche Demokratie in Ägypten eine wirkliche Veränderung der Situation ermöglichen könnte, sei dahingestellt. Vorerst gilt, was Mohamed Hassanein Heykal aussprach: 'Wir leben mit einer islamischen Zeitbombe, deren Inhalt höchst explosiv ist, es handelt sich um ein Gemisch von zerstörten Träumen, Desillusionierungen, Frustrationen, Zorn eines Volkes, dem die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und nationalen Probleme über den Kopf gewachsen sind, für das es momentan nur eine Zuflucht gibt, einen Islam, der als Rettungsring gedacht ist'.

Die NEW AGE-Bewegung im politischen System der USA

von

Friedrich-Ludwig Wedemayer, M.A.

Der politische Einfluß organisierter Interessen hat in den USA seit der Staatsgründung die Gemüter bewegt. Bereits die Verfassungsväter erkannten die Gefahr einer Dominierung des politischen Systems durch wirtschaftlich einflußreiche Gruppen.

Als der extreme Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts von der staatlichen Interventionspolitik der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts abgelöst wurde, richteten betroffene Gruppen ihr Augenmerk zunehmend auf die zur Wahrnehmung ihrer Interessen erforderliche Beeinflussung staatlicher Maßnahmen. Die in den 20er Jahren einsetzende politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung organisierter Interessen hat sich bis heute in einer Fülle von Literatur niedergeschlagen. Die Frage, in wie weit der Einfluß privater Gruppen auf politische Entscheidungen von gesamtgesellschaftlichem Interesse mit den Grundsätzen der Demokratie vereinbar sei, blieb dabei allerdings weiterhin umstritten.¹

Pressure-Groups in der amerikanischen Politik

Die amerikanischen Bezeichnungen 'Pressure-Group' und 'Lobby' beschreiben die Art der Einflußnahme von Interessengruppen, d. h. die Ausübung von Druck bzw. die Kommunikation mit Amtsträgern in der Absicht, sie zu beeinflussen. Pressure-Groups und Lobbys sind in der Regel private Organisationen, wie Berufsverbände, obwohl auch staatliche Behörden Druck auf politische Entscheidungsträger ausüben können. Im Gegensatz zu den Parteien nominieren Pressure-Groups gewöhnlich keine Kandidaten für öffentliche Ämter und erstreben nicht die direkte Übernahme der politischen Macht und der mit ihr verbundenen Verantwortung. Ihre politischen Ziele beschränken sich auf die Beeinflussung bestimmter Entscheidungen der Exekutive, Legislative und Jurisdiktion. Politische Interessengruppen besitzen aufgrund ihrer begrenzten Zielsetzung entscheidende Vorteile gegenüber den Parteien, deren Ziel die Kontrolle des Regierungssapparates in seiner Gesamtheit ist.

Im Gegensatz zur britischen oder deutschen Handhabung sind amerikanische Pressure-Groups kaum in den Parteien vertreten; sie entsenden nicht über die Par-

¹ Vgl. Peter H. Merkl-Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA. Die konservative Demokratie, Bd. 9 (hrsg.) G. Erb, A. Görlitz, P. Graf Kielmannsegg, Wiesbaden 1977, S. 106 und Alan R. Grant, The American Political Process, Aldershot 1986

teien Vertreter in die Parlamente, sondern beeinflussen den politischen Prozeß von 'außen',² d.h. als private Organisationen und durch den Einsatz professioneller Lobbyisten. Die Rolle organisierter Interessen bei der Willensbildung wurde zu einem zwar kaum institutionalisierten, aber dennoch wichtigen Element des amerikanischen Regierungssystems.

Eine Reihe gesellschaftlicher und institutioneller Faktoren haben das amerikanische System zu einem Eldorado der Interessenpolitik gemacht. Die heterogene Natur der Wirtschaft und der Gesellschaft begünstigt die Formierung von Vereinigungen, Organisationen und Verbänden nach interessenspezifischen Gesichtspunkten. Umgekehrt reflektiert die Vielzahl von Interessengruppen die Vielfalt der Bevölkerungsstruktur und die entsprechende Vielfalt der Interessen.

Im internationalen Vergleich gelten die USA als das Land mit der höchsten Zahl organisierter Gruppen und Verbände im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte. Dem ist jedoch hinzuzufügen, daß Verbandsmitgliedschaft im hohen Maß von sozio-ökonomischen Faktoren abhängig ist, und daß, abgesehen von religiösen Vereinigungen, breite Teile der amerikanischen Gesellschaft nicht organisierten Gruppen angehören.

So ist beispielsweise nur etwa ein Viertel aller Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert und mehr als zwei Drittel aller Farmer gehören keinem landwirtschaftlichen Verband an. Trotzdem hat es in den USA gerade die Landwirtschaft vorzuziehen, sich hinreichend politisches Gehör zu verschaffen.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die politische Rolle organisierter Interessen ist neben gesellschaftlichen Faktoren vor allem die Institution des politischen Systems. In den USA läßt sich die Stärke der Pressure-Groups in erster Linie auf die dezentralisierte Struktur des Entscheidungs- und Verwaltungsapparates zurückführen sowie auf die schwachen, ideologisch nicht profilierten Parteien.³

Ein föderalistisches Regierungssystem, bestehend aus 50 Subsystemen mit dreigeteilten, voneinander unabhängigen Regierungsgewalten, bietet Interessengruppen zahllose Ansatzpunkte zur Verfolgung ihrer Ziele. Es verspricht nationalen oder regionalen Pressure-Groups zumindest die Chance eines Teilerfolges und schafft auf allen Ebenen Möglichkeiten zur Blockierung staatlicher Maßnahmen.

Interessengruppen und ihre Methoden zur Einflußnahme

Ökonomisch definierte Interessengruppen bilden den Kern des amerikanischen Pressure-Group-Systems. Alle maßgeblichen wirtschaftlichen Gruppen beteiligen sich in den USA an der Beeinflussung der politischen Prozesse und bedienen sich dazu eigener, oftmals vielseitiger und komplexer Organisationen. Die Verbände der Wirtschaft und Landwirtschaft sowie die Gewerkschaften zählen zu den bedeutendsten Interessengruppen.

Wirtschaftliche Interessen haben in den USA traditionsgemäß das politische Denken und Handeln beeinflußt und breite Teile der Gesellschaft orientieren sich an den Wertvorstellungen der Geschäftswelt, des Business.

² vgl.: P.H.Merkel/Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA, a.a.O., S.106 ff

³ ebenda, Merkel, S. 107

In diesem Zusammenhang ist auch heute noch der Ausspruch von Charles Wilson, des Präsidenten von General Motors,⁴ 'What's good for General Motors is good for the United States' zu sehen und verdeutlicht die amerikanische Einstellung und ihr Bestreben, sich an der Geschäftswelt zu orientieren.

Die Methoden, mit denen Interessengruppen die Anliegen ihrer Mitglieder in politische Entscheidungen umzusetzen versuchen, sind mitunter ebenso vielfältig wie die Natur solcher Belange. Der Erfolg moderner Lobbyarbeit hängt heute größtenteils davon ab, wieweit es den Pressure-Groups gelingt, ihre speziellen Interessen mit dem gesellschaftlichen Allgemeinwohl zu verknüpfen und mittels gezielter öffentlicher Meinungskampagnen den Gesetzgebungsprozeß zu beeinflussen. 'Public Relations', also Meinungspflege und Propaganda, gehören neben der direkten Beeinflussung politischer Amtsträger zu den am häufigsten praktizierten Methoden. Neben dem einzelnen Parlamentarier wird damit im zunehmenden Maß die Öffentlichkeit selbst zum Ansatzpunkt politischen Drucks privater Gruppen und zum Instrument der Durchsetzung ihrer Forderungen.⁵

Aus dem Bewußtsein der Bedeutung großangelegter Meinungskampagnen entwickelte sich im Laufe der Zeit die Tendenz zur langfristigen Meinungspflege und der Kultivierung eines positiven Images der Interessengruppen, im Hinblick auf die Möglichkeit, kurzfristig öffentliche Meinung mobilisieren zu können.

Am stärksten offenbart sich das Interesse zahlreicher Gruppen an der Beeinflussung politischer Entscheidungen im Bereich der Gesetzgebung. Ungefähr 5000 registrierte und nichtregistrierte Lobbyisten werden in Washington als ständig präsent geschätzt. Diese Anzahl umspannt ungefähr das Zehnfache aller Kongreßabgeordneten. Hierin befinden sich die Vertreter aller namhaften Interessengruppen des Landes sowie Repräsentanten von ca. 400 wirtschaftlichen Einzelunternehmen, der wichtigsten multinationalen Konzerne und der Großunternehmen der Fahrzeug-, Energie- und Nahrungsmittel-Industrie. Viele Vertreter der Pressure-Groups bevorzugen statt der Bezeichnung 'Lobbyist' die seriösere eines 'Washingtoner Vertreters' oder 'Repräsentanten'.⁶ Häufig besteht ihre Aufgabe lediglich in der Beobachtung des Fortschritts bestimmter Gesetzesvorlagen; sollte dann an irgendeinem Punkt eine Intervention oder direkte Einflußnahme notwendig sein, bringen sie für die erforderliche Aktion namhafte Bürger ihres Staates nach Washington und arrangieren die Kontaktaufnahme mit den betreffenden Kongreßmitgliedern.

Die Glaubwürdigkeit und der Erfolg eines Lobbyisten hängen in erster Linie von der Überzeugungskraft seiner Argumente ab sowie von der Fähigkeit, seine Beziehungen zu Abgeordneten nach dem Prinzip des beiderseitigen Vorteils zu gestalten.

So ist auch zu erklären, daß die Interessengruppen in den USA zu den wichtigsten Stützen des Wahlkampfes vieler Politiker zählen, sei es in Form von Wahlempfehlungen oder Geldzuwendungen. Da die Pressure-Group-Vertreter das Wahlverhalten ihrer Interessengruppen zu Gunsten oder Ungunsten der Abgeordneten beeinflussen können, potenziert sich die Wahrscheinlichkeit, für ihre

⁴ Charles Wilson, Präsident von General Motors, 1940-1953 und Verteidigungsminister unter Präsident D. Eisenhower

⁵ vgl.: P.H. Merkel/Dieter Raabe, Politische Soziologie in den USA, a.a.O., S. 113

⁶ vgl.: P.H.Merkel/Dieter Raabe, Politische Soziologie in den USA, a.a.O., S.114

Anliegen im Kongreß ein offenes Ohr zu finden.

In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich auch die finanzielle Unterstützung zu betrachten; denn kostspielige Wahlkämpfe und chronische Geldknappheit vieler Kandidaten erfordern zwingend, die Anliegen dieser wichtigen Gruppen (Wählerpotentiale) zu berücksichtigen.

Am wirksamsten ist jedoch der Einfluß einer Gruppe, wenn es ihr gelingt, ihr eigenes Personal in die mit der Regulierung bzw. der Kontrolle ihrer Tätigkeit beauftragten Ministerien oder Behörden einzuschleusen oder überhaupt erst die Errichtung solcher Behörden zu erwirken.⁷

Die amerikanische Landwirtschaft war nicht in der Lage, die Ernennung eines ihrer Interessen nahestehenden Ministers zu erreichen; sie verstand es aber, ihre Belange im Landwirtschaftsministerium zu institutionalisieren, womit dieses selbst zu ihrer bedeutendsten Lobby wurde. Ähnliche Interessengemeinschaften bestehen zwischen den Interessengruppen der Wirtschaft, wie der Handelskammer oder dem Fabrikantenverband, und dem Handelsministerium, zwischen Rüstungsindustrie, Verteidigungsausschüssen im Kongreß und dem Verteidigungsministerium sowie zwischen zahllosen anderen Kontrollbehörden und ihren Klienten.

Personelle, institutionelle und auf Übereinstimmung der Interessen gegründete Querverbindungen zwischen privaten Interessengruppen und öffentlichen Institutionen haben zu einer weitgehenden Verlagerung politischer Macht aus dem öffentlichen in den privaten Bereich geführt. Wenn private Gruppen regierungsähnliche Funktionen ausüben, die die Belange der ganzen Gesellschaft berühren, dann stellt sich natürlich die Frage nach der Bedeutung dieser Entwicklung für eine demokratisch legitimierte Politik.

Können die Pressure-Groups ihre Forderungen auf nationaler Ebene nicht durchsetzen, bieten sich in den Einzelstaaten oft noch Möglichkeiten wirksamer Einflußnahme. Auch in den Staaten umfaßt die Lobbyarbeit, wie auf Bundesebene, alle Bereiche des Regierungssystems. Bei den einzelstaatlichen Exekutiven richtet sich das besondere Interesse der Pressure-Groups vor allem auf die Möglichkeiten, von den Parlamenten verabschiedete Gesetze durch ein Gouverneursveto zu blockieren oder aber solche Vetos zu verhindern. Außerdem gibt es viele Beispiele der erfolgreichen Beeinflussung von Verwaltungsbehörden und Gerichten im Rahmen ihrer Auslegung bestimmter Gesetze. Die Bemühungen der Einflußnahme richten sich jedoch am häufigsten auf den Gesetzgebungsprozeß in den Legislativen.

Von Staat zu Staat ist der Einfluß von Lobbys auf die Gesetzgebung verschieden - starke Lobbys finden sich im allgemeinen in den Staaten mit schwachen Parteien sowie in ärmeren, wenig industrialisierten Staaten mit vorwiegend ländlichem Charakter.

Natürlich hängen Art und Umfang der Lobbyaktivität in den Legislativen weitgehend von der Natur der betreffenden Interessengruppen ab. Hierbei treten die Vertreter wirtschaftlich orientierter Gruppen in der Regel am stärksten in Erscheinung: unter ihnen dominieren Branchen wie Banken, Versicherungen, Gas-

⁷ ebenda: Merkl, S.115

und Elektrizitätsgesellschaften und Bewerber um staatliche Aufträge (Bauindustrie etc.) deren Tätigkeit von den Staaten reguliert wird. Die sogenannten 'halb-offiziellen' Lobbys staatlicher Verwaltungsbehörden, Verbänden von Kommunen, Gemeinde- oder Verwaltungsbezirken sind zwar häufig weniger bekannt, doch ist ihr Einfluß in den Legislativen oft beträchtlich.

Die Lobbytätigkeit derartiger Gruppen erstreckt sich meistens auf die gesamte Dauer einer Legislaturperiode. Im Gegensatz zu diesen permanenten Lobbys verfolgen andere Gruppen zeitlich oder sachlich begrenzte Ziele, z.B. Umweltschützer, Bürgerrechtsorganisationen oder religiöse Vereinigungen, deren Vertreter nur zu gegebenem Anlaß in Erscheinung treten.

Angesichts der prominenten Rolle der Pressure-Groups stellt sich natürlich die Frage der Legitimität ihrer Methoden und ihres Einflusses. Das Ansehen so manchen einzelstaatlichen Parlaments ist bereits von einer langen Geschichte der Verfehlungen und Skandale zerstört. Nach dem Watergate-Trauma⁹ sind herkömmliche Praktiken wie die Verteilung von Geschenken an Abgeordnete, kostenlose Urlaubsaufenthalte, Wahlkampfspenden oder offene Bestechung auch auf einzelstaatlicher Ebene anrüchig geworden. Besonders reagierte der Staat Kalifornien auf die offene Ablehnung dieser 'Lobby-Praktiken'. Kaliforniens Legislative galt einst als 'Eigentum' privater Eisenbahngesellschaften, 1973 aber gab sich dieser Staat als Reaktion darauf das strikteste Lobbykontrollgesetz der Nation. Eine zur Durchführung dieser Bestimmung geschaffene Kommission sowie die Androhung hoher Geld- und Haftstrafen sollen das Gesetz glaubwürdig und aktionsfähig machen.

Interessenpolitik und ihr Stellenwert in der Demokratie

Die besonders seit der Jahrhundertwende in den USA feststellbare Entwicklung machtvoller Interessengruppen zu wesentlichen Trägern des politischen Willensbildungsprozesses hat den von der Verfassung definierten Charakter des Regierungssystems nicht unverändert gelassen. So hat es sich herausgestellt, daß Föderalismus, getrennte Gewalten oder die viel gerühmten 'checks and balances' keine ausreichende Gewähr dafür bieten, die zum Teil unangemessene Vormacht gewisser gesellschaftlicher Schichten zum Nachteil des Gemeinwesens zu verhindern.

Inwieweit die NEW AGE-Ideologien bzw. -Philosophien gerade an diesem Punkt mit ihrer Kritik ansetzen, gilt es später zu erläutern.

Der direkte Zugang organisierter Interessenbestrebungen zu den wichtigsten Entscheidungspunkten bzw. -trägern hat zahlreiche Möglichkeiten der Umgehung bzw. des Unterlaufens des Mehrheitswillens geschaffen. Dies kann nur schwerlich dem Interesse des Allgemeinwohls dienen. Nichtorganisierte oder schwache Gesellschaftsteile sind dementsprechend, mit zunehmender Bedeutung von Organisationen und wirtschaftlicher Macht als Faktoren politischen Einflusses, von der Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen. So ist auch ei-

⁸ ebenda: Merkl, S.116 f

⁹ Watergate: 1974

ne gerechte Verteilung sozialer Güter nicht immer gewährleistet. (Auch auf diesen Punkt verstehen es die NEW AGE-Vertreter als Ansatzebene für ihre eigenen Wirkungsbereiche näher einzugehen und ihre Handlungsweisen mit einer Kritik der bestehenden 'ungerechten' Verteilungsmechanismen zu untermauern). Verfassungsmäßig steht die Politik unter dem Schutz des Petitionsrechts sowie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Der Glaube, daß demokratische Werte am besten durch die freiwirkende Konkurrenz der Gesamtheit gesellschaftlicher Gruppen erhalten werden, sowie der Pluralismusgedanke bilden hierfür die ideale Basis. Der Einzelne besitzt durch seine Gruppenzugehörigkeit die Möglichkeit, sich am politischen Meinungsbildungsprozeß zu beteiligen, und die unterschiedlichen und miteinander in Konflikt stehenden Interessen sorgen für ein Machtgleichgewicht im Sinne der Idee des Pluralismus.

Betrachtet man allerdings die Einflußmöglichkeit und Wirkungsfelder von Pressure-Groups und Lobbyisten, so erscheint es nicht verwunderlich, daß mit zunehmendem Wissen korrupter oder einfach undurchsichtiger politischer Bestimmungsfaktoren der einzelne Amerikaner Zweifel hinsichtlich der Integrität seines Regierungssystems hegt.¹⁰

Die überwiegende Mehrheit der Amerikaner gehört keiner politisch einflußreichen Pressure-Group an. Hierfür sind wesentliche Gesichtspunkte entscheidend: zunächst ist eine Gruppenzugehörigkeit in den USA vorwiegend von sozio-ökonomischen Faktoren abhängig. Je geringer das Einkommen und je niedriger der Bildungsstand, desto verbreiteter ist die Nichtmitgliedschaft - unberücksichtigt bleiben bei dieser Bewertung religiöse Vereinigungen.

Mit steigendem Bildungs- und Einkommensniveau erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zu organisierten Gruppen.

Auch ist es noch weitgehend umstritten, wie weit die Interessengruppen wirklich die Anliegen ihrer Mitglieder vertreten, oder ob nicht vielmehr das Hauptgewicht der Willensbildung in den Händen der Führer liegt. Zum Beispiel sind die mitgliederstärksten Organisationen, wie Gewerkschaften, für ihre oligarchische Struktur und autoritäre Führung bekannt.¹¹

Hierzu bemerken Peter Merkl und Dieter Raabe, daß '... der organisierte Pluralismus vielerorts die Trennlinie zwischen Allgemeinwohl und Gruppeninteresse unkenntlich gemacht hat. Wenn in einem demokratischen Gemeinwesen private Macht im Namen der Mehrheit deren Interessen zuwiderhandelt, dann ist dies ein Grund für ihre Einschränkung. Demokratische Prinzipien allein sind keine Gewähr gegen den Mißbrauch politischer Macht.

Indem die offene, pluralistische Gesellschaft allen motivierten Gruppen den Zugang zu den Zentren politischer Entscheidung erleichtert, schafft sie gleichzeitig zahlreiche Möglichkeiten zur Korruption der Politik'.¹²

10 vgl. hierzu: W.Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, Stuttgart 1969 und J.H. Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956;

vgl. auch: David Broder, The Party's over N.Y. 1972, S. XXII

11 Vgl. T. J. Lowi, The End of Liberalism. New York 1969

12 vgl.: P.H. Merkl/Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA, a.a.O., S.120

Netzwerk der NEW AGE-Bewegung

Unter der Prämisse eines Versuchs der Transformation ist es für Marilyn Ferguson¹³ unabdingbar, geeignete Zusammenschlüsse von gleichgesinnten Personen zu bilden, in denen die Verwirklichung der angestrebten Ideen bzw. Veränderungen einen geeigneten Rahmen und eine entsprechende Basis haben.

Mit dem Titel 'Experimente zur Transformation der Gesellschaft' erläutert sie diesen angestrebten Weg näher. Ihr erscheint der Transformationsversuch der Gesellschaft für jede Gruppe ein verwegenes, wenn nicht sogar gefährliches, Unterfangen zu sein. Sie definiert eine notwendige kritische Reihenfolge der Ereignisse. Die tiefgreifende Veränderung der Individuen steht an erster Stelle. Diese Personen verbindet ein starkes Interesse an gesellschaftlicher Veränderung, daher wollen sie sich mit der Psychologie eben dieser Veränderung vertraut machen und sind ständig von der Erkenntnis der umfassenden Angst vor dem Unbekannten begleitet.

Dies hat für Marilyn Ferguson zur Folge, daß Methoden erdacht werden müssen, die einen Paradigmenwechsel bei anderen fördern. Verwirren, Aufrütteln und Mitglieder werben sind die vorrangigen Aufgaben dieser 'für eine Idee Verschworenen', um Mittel und Wege zu finden, Beziehungen zu anderen auf der menschlichsten und direktesten Ebene aufzubauen. Denn sie wissen, so Ferguson, daß Veränderungen des Innersten und nicht vernünftige Argumente aller die Menschen mitreißen.

Sie müssen neue Strategien und Machtquellen entdecken. Da sie entschlossen und kreativ sind, hohe Prinzipien besitzen und eine anspruchsvolle Minderheit darstellen, müssen sie außerdem eine solche Stärke entwickeln, daß sie nicht unterdrückt werden können.

Für den 'unbedarften' Beobachter stellt sich bei diesen Erläuterungen die Frage, um welche Art von Veränderung im Speziellen es sich handelt und wie die bezeichnete Transformation zu bewerkstelligen ist. Zunächst erscheint der Erklärungsansatz von Marilyn Ferguson als 'psychologisch schwammig', doch bei näherer Betrachtung und einer genaueren Studie ihrer Ausführungen offenbart sich dem Interessierten eine 'ganz neue Lebenstheorie'.

Diese Einführung für das Kapitel 'Netzwerke' stellt in relativ kurzer Form den theoretischen Rahmen und die ideologische Betrachtung dar, wie sie auch andere NEW AGE-Autoren in ihren Büchern beschreiben.

Zu der nicht unberechtigten Fragestellung, ob es sich bei 'NEW AGE' um eine 'NEW POLITICS' handeln könnte, drängt sich einem ein Zitat von Marilyn Ferguson auf: 'Die neue Gemeinschaft ist die neue Politik'.¹⁴

13 Vgl. Marilyn Ferguson, The Aquarian Conspiracy. Personal and Social Transformation in the 80s. Los Angeles-New York 1980; deutsche Ausg.: Die sanfte Verschwörung. Basel 1982, S. 239

14 ebenda, S. 239

Hierbei zeigt sich nun, wie bei der Lektüre von Mark Satin ¹⁵, daß unter NEW AGE auch NEW POLITICS zu verstehen ist und sich die 'neue Politik' ursächlich aus den unter NEW AGE summierten Ideen und Ideologien ergibt.

'Sobald wir damit beginnen, auf eine andere Welt hinzuarbeiten, verändert sich die Welt für uns. Die Netzwerke der Verschwörung im Zeichen des Wassermanns - sich selbst organisierende Gebilde, die sowohl Autonomie als auch eine menschliche Verbundenheit gestatten - sind gleichzeitig die Werkzeuge für eine gesellschaftliche Veränderung und die Modelle einer neuen Gesellschaft. Jede gemeinsam unternommene Anstrengung in Richtung auf eine gesellschaftliche Veränderung wird zu einem Experiment zur Transformation der Gesellschaft', ¹⁶ erläutert Marilyn Ferguson die Notwendigkeit existierender Netzwerke.

Mittlerweile haben sich in den USA viele Netzwerke - Werkzeuge der Transformation (Ferguson) - gebildet. Programmatisch sollen diese Netzwerke verstärkt durch elektrische Kommunikationsmittel ein Gegenmittel für die Entfremdung zwischen den Menschen darstellen. Nach den Postulaten der NEW AGE-Vertreter entwickelt ein Netzwerk genug Kraft, um die Gesellschaft zu erneuern. Es bietet dem Einzelnen emotionale, intellektuelle, spirituelle und wirtschaftliche Unterstützung und es ist ein mächtiges Mittel, um den Kurs der Institutionen, besonders der Regierung, zu ändern.

'Jeder, der die schnelle Ausbreitung der Netzwerke entdeckt und ihre Stärke begreift, kann den Impetus zu einer weltweiten Transformation erkennen. Das Netzwerk ist die unserer Zeit gemäße Institution: Ein offenes System, eine dissipative Struktur, die so kohärent ist, daß sie sich in einem dauernden Fließen befindet, bereit zur Neuordnung und zu einer endlosen Transformation fähig', ¹⁷

Da sich sowohl die Veränderung der Gesellschaft in den unterschiedlichsten Bereichen abspielen muß, als auch politische Einwirkungsfaktoren auf den verschiedensten Gebieten stattfinden, übernehmen die Netzwerke unterschiedliche Funktionen: Netzwerke bilden also die Strategie, mit der kleine Gruppen eine ganze Gesellschaft transformieren können. ¹⁸

Die wichtigsten Netzwerke und ihre Funktionen

Vorrangige Idee und wichtigste Absicht der Netzwerke ist die Neuverteilung der Macht. Die Umweltgruppen wollen beispielsweise, daß die Menschheit 'sanft mit der Erde umgeht', nicht als Ausbeuter oder Beherrscher, sondern als Verwalter ¹⁵ Mark Satin, NEW OPTIONS NEWSLETTER, Washington DC, monatlich erscheinende Zeitschrift mit Artikeln und Reportagen zu Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Netzwerke im Rahmen neuer Politik

¹⁶ vgl.: M. Ferguson, a.a.O., S. 239

¹⁷ ebenda S. 247, vgl. auch Kap. 1 und 2

¹⁸ vgl. M. Ferguson, S. 249

der Natur ¹⁹. Netzwerke, die spirituell oder psychologisch orientiert sind, suchen die Macht, die aus der inneren Integration entsteht; sie fordern, daß man wider auf die zum Schweigen gebrachten Teile des Selbst hört ²⁰. Netzwerke, die sich mit Erziehung beschäftigen, wollen den Lernenden durch das Aufspüren neuer Talente stärken. Netzwerke im Gesundheitswesen wollen das alte Ungleichgewicht der Macht zwischen der institutionalisierten Medizin und der persönlichen Verantwortung verschieben. Andere Gruppen leiten durch Boykotte, Tauschhandel, Großeinkauf und Geschäftspraktiken die ökonomische Macht in andere Kanäle.

Im folgenden möchte ich die wichtigsten NEW AGE orientierten Netzwerke in den Vereinigten Staaten und ihre speziellen Funktionen kurz ansprechen:

- Eine wesentliche Rolle spielen die Netzwerke in und um San Francisco.
- 'Briarpatch' ist ein Netzwerk alternativer Geschäftsleute. Hier werden auch Wochenendkurse an der 'School for Entrepreneurs' in New York angeboten. Für Umweltinteressenten sind zuständig:
- Die 'Friends of the Earth Foundation Inc.' und
- Das 'Hunger Project', das verschiedene Gruppen bei der Bekämpfung des Welt-hungerproblems unterstützt.
- Die internationale Dachorganisation für viele Netzwerke und Aktivitäten, lokale und nationale Konferenzen ist die 'Association for Humanistic Psychology'.
- Die 'New Dimensions Foundation' produziert Radioprogramme, organisiert eigene Konferenzen und Seminare und veröffentlicht ein 'Audio Journal' von Kassetten aus Radio-Interviews mit vielen Autoren.
- 'Village Design' stellt ein Programm über die 'Kunst des Netzwerkes' dar. Teilweise sehr akademisch, weil es mit mathematischen Strukturen arbeitet, bietet es jedoch sehr praktische Grundlagen zur Nachbarschaftshilfe, neuen Demokratieformen und Arbeitsvermittlung ohne Arbeitsamt.
- Für die älteren Bürger ist das 'SAGE (Senior Actualization und Growth Exploration)' zuständig.
- Das schon besprochene 'Esalen Institute' in Big Sur wurde von Michael Murphy und Richard Price als erstes integratives Institut östlicher Weisheit und moderner Wissenschaft gegründet.
- Die 'Association for Transpersonal Psychology' ist eine internationale Organisation. Sie veröffentlicht ein Rundschreiben mit dem Verzeichnis über Hochschulabschlüsse in Transpersonaler Psychologie und Transpersonaler Erziehung

Weitere wichtige Netzwerke in den USA sind:

- Das 'Institute of Noetic Sciences' in Menlo Park (Kalifornien) fördert Forschungen und Symposien über erweiterte Bewußtseinszustände und veröffentlicht Rundschreiben.

'Self Determination: A Personal Political Network' in Santa Clara (Kalifornien) veröffentlicht 'Nexus', eine Zeitschrift mit Quellenhinweisen für persönliche und gesellschaftliche Transformation in Kalifornien.

¹⁹ Vgl. Peter Henningsen, Werkzeuge der Erkenntnis. Basel 1984, S.120 ff und auch Peter Russel, Die erwachende Erde. München 1984, S. 220-224

²⁰ Vgl. David Spangler, Revelation. The Birth of a New Age. Middletown, WI 53562, 1984 S. 174-209

- Das 'Phenomenon of Man Project' in Northridge (Kalifornien) fördert und studiert die Ideen von Pierre Teilhard de Chardin. (Nach einem Besuch in den Vereinigten Staaten im Jahre 1931 segelte de Chardin von San Francisco nach China zurück. Unterwegs schrieb der Jesuit und Paläontologe einen Essay, 'Der Geist der Erde', der von seiner zunehmenden Überzeugung inspiriert war, daß eine 'Verschwörung von Individuen aus allen Schichten der amerikanischen Gesellschaft sich darum bemüht, das Gebäude des Lebens auf eine neue Stufe zu heben'.²¹)
 - Die 'Planetary Citizens' in New York (N.Y.) befassen sich mit der Verbreitung des Bewußtseins vom 'Weltbürger'; veranstalten Workshops und geben ein Rundschreiben heraus.
 - Das 'Human Systems Management' Columbia University, New York (N.Y.) ist ein internationaler Zusammenschluß von Verwaltungs-Wissenschaftlern.²²
 - Das 'Open Network' in Denver (Colorado) vereinigt als Computernetzwerk die Möglichkeiten der schriftlichen Korrespondenz mit den Kapazitäten von Kleincomputern, die über das Telefonnetz zusammengeschaltet werden. Inhaltlich und zahlenmäßig sind vorläufig keine Grenzen gesetzt. Zugang zu diesem Netzwerk ist möglich über einen Rundbrief, eine Zeitung, das Telefon und natürlich einen Kleincomputer.
 - Die 'Association for Humanistic Education' in Gainesville, Florida, veröffentlicht 'The Journal of Humanistic Education' und das Informationsblatt 'Celebration' vierteljährlich.
 - Das 'Movement for a New Society' in Philadelphia (Pa.). Kommunales Zentrum, Transitkollektiv, Medienkollektiv; veröffentlicht Merkblätter zum Thema der gewaltlosen Veränderung und 'Manual for a Living Revolution'.
 - Das 'Interface' in Newton (Mass.) fördert viele Aktivitäten im Bereich von Gesundheit, Physik des Bewußtseins, transpersoneller Psychologie und Erziehung, Meditation und Politik.
 - Das 'Tranet' in Rangeley, Maine, als 'Transnationales Netzwerk' von Leuten, die an angepaßter und sanfter Technologie interessiert sind. Mitglieder in 124 Ländern. Arbeit mit einem Info-Brief, der massenweise Adressen, Ideen und Konzepte enthält.²³
 - Die 'World Future Society' in Washington, D.C.
- Diese kurze Auflistung der wichtigsten Netzwerke gibt einen kleinen Einblick in die vielfältige Ausdehnung, die unterschiedlichen Bereiche, die Verflechtung und die den Menschen betreffenden und umgebenden Lebensbereiche. Sie zeigt das Ausmaß einer nicht zu verleugnenden Bewegung, die aufgrund ihrer Ausdehnung und Einflußnahme in den verschiedensten Bereichen die Menschen anspricht, motiviert, inspiriert und aufrüttelt zu neuen Taten und Sichtweisen. Der geforderte Transformationsprozeß soll durch die Netzwerke eingeleitet, unterstützt und gelernt werden.

21 vgl.: M. Ferguson, Die sanfte Verschwörung, a.a.O., S. 56 f

22 Vgl. Kapitel 1.2 in F.-L. Wedemeyer, Die 'New Age'-Bewegung in den USA. Analyse eines neuen Trends, der die traditionelle Politik beeinflusst. Magisterarbeit, Universität Bonn 1985

23 Vgl. Hazel Henderson, The Politics of the Solar Age: Alternatives to Economics. Garden City-New York 1981, S. 343

Die Netzwerke stellen eine Basis für ein neues Denken und eine veränderte Lebenseinstellung dar, eben eine Plattform für ein neues Zeitalter.²⁴

Rollenvielfalt: Lernziel der Netzwerke

Die inzwischen angebrochene Wandlungsepoche - wie sie John Naisbitt²⁵ und James Robertson²⁶ beschreiben - benötigt ein funktionierendes und soziales Zusammenspiel unterschiedlichster Personen und Rollen. Schon seit Jahrzehnten befaßt sich die politische Soziologie mit der Erforschung von wichtigen Rollenverhalten für politische Interaktionsprozesse wie Eliten, Karrieremuster und politische Sozialisationsprozesse.

James Robertson hat die für die kommende Transformation wichtigen Rollen herausgestellt. Hierbei hat er sich der Erkenntnisse der praktischen Psychologie bedient.

Die vernünftige, menschliche und ökologische Gesellschaft wird nach Robertson²⁷ pluralistisch und polymorph sein. 'Ihre Mitglieder werden keinen einheitlichen Lebensstil anstreben, auf der Grundlage einer einzelnen vorherrschenden Perspektive - wie zum Beispiel der utilitaristischen²⁸ Kosten-Gewinn-Kalkulation oder der Optimierung wirtschaftlichen Wohlstands. Diese Gesellschaft wird Toleranz gegenüber den Perspektiven anderer Menschen, anderer Kulturen und anderer Religionen als wichtiges Lernziel des persönlichen und gesellschaftlichen Wachstums behandeln. Sie wird das dynamische Gleichgewicht der ökologischen Systeme in der Natur widerspiegeln'.

Viele verschiedene Menschentypen, die innerhalb unterschiedlicher Rollen in Interaktion treten, werden nach Robertson dazu beitragen, unsere bestehende Gesellschaft zu transformieren. So soll auch keine einzelne Perspektive, kein einzelner Standpunkt und kein einzelner Beitrag besonders bedeutend sein; da niemand dazu in der Lage sein wird, die postulierten Strategien des Übergangs allein zu entwickeln.

Rollen, die für Transformation positiv sind:

Robertson²⁹ hat diejenigen Rollen zusammengestellt, die nötig sind, um in einer Gesellschaft durch Diskussion und Interaktion das Neue entstehen zu lassen.

1. Menschen, deren Ziele und Fähigkeiten darin liegen, den Zusammenbruch des alten Systems zu beschleunigen, indem sie seine Funktionsfähigkeit und Glaubwürdigkeit untergraben; sie haben eine zerstörerische Rolle.

24 Vgl. Gert Geisler (Hrsg.), New Age-Zeugnisse der Zeitenwende. Freiburg 1984, S. 139-151

25 John Naisbitt, Megatrends. Ten New Directions Transforming Our Lives. New York deutsche Ausg.: Bayreuth 1984, ferner: Daniel Bell, The Coming of Post-Industrial Society. New York 1973 und Robert L. Michael, Ten Trends That Are Shaping American Society, in: LIBERTAS, 2/1985, S. 53ff

26 James Robertson, Die lebenswerte Alternative, Frankfurt a. M. 1979

27 ebenda, Robertson, S. 113

28 Utilitarismus, hier im Sinne verstanden, der philosophischen Lehre, die im Nützlichen die Grundlage des sittlichen Verhaltens sieht und ideale Werte nur anerkennt, sofern sie dem einzelnen oder der Gesellschaft nützen.

29 vgl.: James Robertson, die lebenswerte Alternative, a.a.O., S. 113 ff

2. Menschen, die sich gegen einen hyperexpansionistische oder autoritäre Entwicklung zur Wehr setzen; z.B. Atomgegner; sie sind in der Rolle der Opposition.
 3. Menschen, die sich um die Verbesserung und Stärkung des alten Systems bemühen; sie wollen den Zusammenbruch vermeiden, ihre Anstrengungen werden aber vielleicht den Übergang zum Neuen erleichtern; sie sind in der Rolle der Reformisten.
 4. Menschen, die die Wachstumspunkte einer neuen Gesellschaft schaffen und entwickeln; sie haben eine konstruktive Rolle.
 5. Menschen, die an ihrer Befreiung (und der anderer) von den Abhängigkeiten der bestehenden gesellschaftlichen Systeme arbeiten; sie haben die Rolle des Befreiers.
 6. Menschen, die dafür arbeiten, daß der Zusammenbruch des alten Systems für alle von ihm Abhängigen so schmerzlos wie möglich geschieht; sie sind die Manager des Zusammenbruchs; sie haben eine entkolonialisierende Rolle.
 7. Menschen, die als Befreier oder Entkolonialisten andere Menschen dabei unterstützen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen - sei es im Bereich der Gesundheit der Politik, der Bildung, der Religion, der ökonomischen Aktivität oder in beliebigen anderen Lebensbereichen; sie betreiben Hilfe zur Selbsthilfe.
 8. Menschen, die ihren persönlichen Lebensstil verändern und anderen helfen, ein Gleiches zu tun, um in Übereinstimmung mit ihrer Vorstellung von einer vernünftigen, menschlichen und ökologischen Zukunft leben zu lernen; ihre Rolle ist die Bearbeitung des Lebensstils.
 9. Menschen, die neue Begriffe der Macht, des Reichtums, der Arbeit, des Wachstums, des Lernens, Heilens usw. suchen und verbreiten, die einer vernünftigen, menschlichen und ökologischen Gesellschaft angemessen sind; das sind die Revolutionäre im ideologischen Bereich, die Paradigmenveränderer; ihre Rolle ist die Rekonstruktion des Weltbilds.
 10. Menschen endlich, die erkennen, daß alle diese Inhaber verschiedener Rollen konstruktiv zur Transformation der Gesellschaft beitragen werden und die daran arbeiten, daß dieser polyzentrische Transformationsprozeß allgemein verstanden wird, daß er der Allgemeinheit bewußt ist; sie haben eine strategische Rolle.
- Rollen, die neutral oder negativ sind:*
1. Menschen, die sich der Einsicht sperren, daß das alte System zusammenbricht, um einem neuen Platz zu machen; diese werden versuchen, die Aktivitäten der bisher genannten Personengruppen zu unterbinden; sie haben eine reaktionäre Rolle.
 2. Menschen, deren eigene Bemühungen um eine Veränderung der Gesellschaft auf die eine oder andere Weise fehlgeschlagen sind und die nun glauben, daß auch sonst niemand es schaffen wird; oder solche, die tatsächlich befürchten, daß jemand anderes es schaffen könnte; darunter finden wir Klugredner; sie werden hauptsächlich in der Rolle der Zyniker und Pessimisten zu finden sein.
 3. Eifrige (oder überhebliche) Beobachter der Geschehnisse; sie werden begeistert darüber reden, schreiben und streiten, jedoch nicht teilnehmen; sie werden hel-

fen oder auch nicht; sie haben die akademische Rolle.

4. Menschen endlich, die nur ihr eigenes Leben führen wollen, und zwar unter den jeweils gegebenen Umständen; sie werden die Veränderungsprozesse weder unterstützen noch behindern; sie sind in der Rolle des pragmatischen Gewohnheitstiers.

Dieser kleine Exkurs in die Robertson'sche Rollendarstellung auf soziologisch-psychologischer Basis dürfte insofern wesentlich sein, als die dargestellten Rollen- und Personentypen in ihrer Wirkung in einem politischen System nicht unbeachtet bleiben dürfen. Bei der Untersuchung eventueller Einflußfaktoren von Kleingruppen oder organisierten Vereinen darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Mitglieder dieser Gruppierungen durch ihr jeweiliges Rollenverhalten wirken.

Mittels einer Beschreibung von Einflußfaktoren und Interaktionsprozessen innerhalb dieser Gruppen und nach außen in das politische System - kann nun der Versuch einer realistischen Prozeßanalyse der überaus komplexen Struktur der Netzwerke und Interessengruppen im amerikanischen politischen System unternommen werden. Der Erklärungs-Ansatz muß daher ein Versuch sein, alle Faktoren zu erfassen, auch soziologische, psychologische, wirtschaftliche, die für eine Beeinflussung der traditionellen Politik wichtig sein könnten.

Netzwerke und ihre Methoden der Einflußnahme

Eine wesentliche Unterscheidung zwischen der vorher erwähnten Pressure-Groups und den NEW AGE-Netzwerken ist in der Dauer ihrer Existenz zu bemerken. Die politisch organisierten Interessengruppen in den USA bestimmen seit der Gründung der Vereinigten Staaten die traditionelle Politik mit. Netzwerke im Rahmen der NEW AGE-Bewegung bildeten sich erst seit Anfang/Mitte der 70er Jahre.

Auszugehen ist diesbezüglich von dem Problemkreis, der unter dem Stichwort 'Methoden der Einflußnahme' zusammengefaßt werden kann. Der gesellschaftliche Wandel - gerade in den letzten 20 Jahren - die hochqualifizierte Mikroelektronik spielen dabei eine zentrale Rolle. So wie bei dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft neue gesellschaftliche Prozesse eingeleitet wurden, vollzieht sich nun bei dem Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ein ähnlicher Wandel.

Um nun die Einflußbereiche und -möglichkeiten genauer untersuchen und in ihrer Tragweite näher definieren zu können, müssen die neuen technologischen Mechanismen mit in Betracht gezogen werden. Inwieweit die Netzwerke im Rahmen der NEW AGE-Idee hier mit alternativen Gruppen und Strömungen konform gehen, wird sich immer stärker herauskristallisieren.

Da die NEW AGE-Vertreter in ihrer Literatur keine eigentliche Abgrenzung zwischen NEW AGE-gebundenen und anderen alternativen Gruppen machen und ei-

ne genaue Definition der nur unter NEW AGE summierten Gruppen aufgrund des weit gefaßten ideologischen Selbstverständnisses gar nicht durchführbar ist, ist eine spezifische Abgrenzung unmöglich.

Selbstverständlich stellt sich jedem Betrachter die Frage, wo nun eigentlich von NEW AGE-Gruppen im eigentlichen Sinne die Rede ist. Hierbei wird man nur auf den einzigen für alle Strömungen gleichen Erklärungsansatz verweisen können, auf 'die Transformation des Bewußtseins' zu einer neuen Gesellschaft in einem neuen Zeitalter. So verstanden sich unter NEW AGE-Gruppen, -Netzwerken und -Personen alle auf Veränderung bedachten Gruppierungen (im Sinne sanfter Technologie etc.).

Wie die Netzwerke mit Hilfe der Medien und der installierten demokratischen Mechanismen Einfluß nehmen können, wie sie ihre Anhänger finden und sich bekannter machen, soll aus dem Folgenden näher hervorgehen.

Dazu ist freilich zu beachten:

Es ist kein Zufall, daß sich die NEW AGE-Bewegung gerade in dieser Zeit des Wandels entwickelt und ihre Postulate bei vielen Menschen Gehör finden. Schon die 60er Jahre spielen für ihre Entstehungsgeschichte eine große Rolle. Viele Akteure der damaligen Revolten wirken heute als Multiplikatoren in leitenden Funktionen in der Politik und in alternativen Gruppen mit politischer Neuorientierung (zum Beispiel Green Party,³⁰ die 1973 von Randy Toler gegründet wurde).

Vorsicht ist allerdings bei der Bewertung der Tragweite der politischen Einflußmöglichkeiten angebracht. So gab es schon zu allen Zeiten Trends, Bewegungen und Strömungen, die gemäß der Zeit und gesellschaftlichen Struktur Positionen mit Minderheitenmeinungen vertraten. Ob es sich lediglich um eine tendenzielle ideologische Andersartigkeit, eine Gegenlinie zu bestehenden politischen Verhältnissen, ein Sammelbecken neuer Ideen, Meinungen und Strömungen (gerichtet auf soziale, politische und wirtschaftliche Verhältnisse) handelt, ohne auf Dauer eine konkrete politische und gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, kann hier und jetzt weder abschließend bejaht noch verneint werden. Hierzu bedürfte es einer ausführlichen statistischen Arbeit, einer Longitudinalstudie.

Schaltstellen der Einflußnahme

Maßgeblich für die Qualität und Quantität der Einflußmöglichkeiten sind ihr Ansetzen und ihr Stellenwert in der Gesellschaft. Die Netzwerke und Gruppierungen im Sinne des neuen Zeitalters rekrutieren ihre Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung. Nicht wie bei den Interessengruppen (Pressure-Groups) werden hauptsächlich bessergestellte Schichten angesprochen. Ein Soziogramm der sich zur NEW AGE-Bewegung zählenden Gruppierungen würde Mitglieder mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Einstellungen sowie unterschiedlichem Problembewußtsein aufweisen. Dieses ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die insti-

30 Vgl. Fritjof Capra-Charlene Spretnak, *Green Politics*. New York 1984; Gespräche mit Randy Toler (Gründer der internationalen Grünen Organisationen) am 03. 12. 1984 und 05. 12. 1984 in Washington DC.

tionalisierten Pressure-Groups eine hierarchische Struktur aufweisen und in ihnen Beeinflussung von oben nach unten stattfindet, da die Lobbyisten die Macht in der Hand halten. Netzwerke fordern im Unterschied zu den Interessengruppen gerade ein dezentralisiertes offenes System und lassen fließende Mechanismen ihre Aktionsweise bestimmen; so können sie in den verschiedensten Bereichen mit Einwirkung aller und für die Interessen aller agieren. Ihre Glaubwürdigkeit gewinnt daher in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert.

Für Marilyn Ferguson leitet sich die Macht der Dezentralisation von dem Mechanismus her, daß neue Vorstellungen, Ideen und Energien in alle Teile des Netzwerkes (im kleinen Wirkungsbereich) und in alle Teile des Staates (regional) oder des Landes (national) fließen³¹. 'Machtkonzentrationen sind ebenso unnatürlich und tödlich wie ein Blutgerinnsel oder ein nicht geerdetes Stromkabel.'³² Das Postulat der Dezentralisation ergibt sich für Marilyn Ferguson aus dem Verständnis 'der Transformation in natürlichen Systemen, der plötzlichen Veränderung der dissipativen Struktur. ... Die Person, die gelernt hat, Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen, wird sich wahrscheinlich auch mehr für die politischen Aspekte der Medizin, die Umwelt, die Rolle des Lernenden in bezug auf Gesundheit und Krankheit, die positiven und negativen Aspekte menschlicher Beziehungen und der Arbeit usw. interessieren. Dies stellt die Macht eines neuen Paradigmas dar, eine Perspektive, die sogar jene politisiert, die kein Interesse für die konventionelle Politik besaßen.'³³

Sollte diese These Marilyn Fergusons für die Netzwerke und ihre Struktur zutreffen, so könnten sich auch die Kreise der amerikanischen Wähler angesprochen fühlen, die sich bisher nur ungenügend repräsentiert sahen und ihre Anliegen nur wenig vertreten fanden.

Es könnten sich somit auch neue Wählerschichten bilden, die sich bisher nur wenig oder gar nicht an Wahlen beteiligt haben. Dieses auf die Dauer nachzuweisen, bedarf es einer längeren Untersuchung. Doch gibt es mittlerweile in Kalifornien auch Politiker in leitender Funktion, die durch ihr Einwirken im Sinne des NEW AGE die Interessen ihrer Bürger unterstützen. So zählen Jerry Brown³⁴, John Vasconcellos³⁵ und Jack Baldwin³⁶ zu den angesehenen und sehr aktiven Politikern, die ihre Machtbefugnisse im Rahmen der 'neuen' Politik (im Sinne von Mark Satin) ausüben.

Es ist vorauszusetzen, daß sich in Kalifornien mehr Bürger als in anderen Bundesstaaten mit der 'Politik der Transformation' auseinandersetzen würden. Mehrere Angehörige der Legislative nehmen dort an bewußtseinsorientierten Konferenzen und Netzwerken teil. John Vasconcellos erläuterte dies in einem Gespräch zusammenfassend wie folgt:

'California has always been the frontier state, the land of pioneers, the land where human beings first explore and create the future. It includes both its natu-

31 vgl.: M. Ferguson, *Die sanfte Verschwörung*, a.a.O., S. 259

32 ebenda, Ferguson, S. 260

33 ebenda, Ferguson, S. 260

34 Jerry Brown, Gouverneur von Kalifornien (bis 1982)

35 John Vasconcellos, State Senator von Kalifornien unter Jerry Brown

36 Jack Baldwin, Mitglied des kalifornischen Senats

ral splendor and 24.000.000 Californians of enormous talent, diversity, creativity and richness.

More than anywhere else in our entire world, California is the place where we humans are most faithful about, committed to and active in exploring our human frontiers. Given our capacity and the world's need, each of us Californians has an individual personal opportunity and responsibility to help make California a model, beacon and inspiration for the entire world. We can make California the most prosperous and healthy place anywhere for growing human beings, and a model for all other people.

We intend to launch that effort today, and to see to its enactment and realization. I invite every Californian personally to join in our effort.³⁷

1976 bildete eine Koalition aus Angehörigen der Legislative, Kongreßabgeordneten und Bürgern eine ganz Kalifornien umfassende Organisation, die 'Self-Determination' (Selbstbestimmung). In ihrer Einladung, sich der Organisation anzuschließen, schrieben die Gründer dieses 'persönlich/politischen' Netzwerkes:

'Self-Determination bietet eine praktische und mächtige Alternative für einen Wandel an: Die Veränderung unseres Selbst und der Gesellschaft durch die Transformation des grundlegendsten Mythos, nach dem wir leben: unsere Vorstellungen über unsere Natur und unser Potential...

Eine solche Transformation findet in Amerika bereits statt. Viele leben schon jetzt gemäß einer positiven Vision von Selbst und Gesellschaft. Wir wollen dies nun der Öffentlichkeit deutlich sichtbar machen. Wir sind dabei, Prinzipien gesellschaftlichen Handelns und institutioneller Veränderungen zu entwickeln, die auf einer getreuen Vision dessen basieren, was wir sind und was wir werden können.

Viele Teile des Lebens stellen eine sich selbst erfüllende Prophezeiung dar. Bürger und Bürgerinnen, welche die Verantwortung für ihre eigene Selbstbewußtheit und Selbstbestimmung übernehmen, werden sehend handeln, voller Energie und Ausdauer...³⁸

John Vasconcellos war maßgeblich an der Gründung von 'Self-Determination' beteiligt. Nicht nur in Kalifornien, sondern auch anderswo gilt Vasconcellos inzwischen als Prototyp des 'neuen' Politikers. Doch in dem zitierten Gespräch äußerte er sich zu dieser Betrachtungsweise seiner Person und seines neuen politischen Images: 'The politics we make, that's what we are!'³⁹

In dem Verständnis des 'zoon politicon' des Aristoteles stellt für Vasconcellos das Leben des Einzelnen eine politische Aussage dar und jedes Leben ist anders. Vasconcellos war für eine beeindruckende Anzahl von Gesetzen verantwortlich, die darauf abzielten, die Erziehung und die Medizin zu vermenschlichen; aber er weist ebenso schnell sowohl auf die Fehlschläge und Enttäuschungen jeder Legislaturperiode als auch auf deren Erfolge hin. Bei ihm findet man wenig Eigenlob, wie man es von anderen Politikern gewöhnt ist. Das im Entstehen begriffene

37 so John Vasconcellos in einem Gespräch am 21.11.1984 in San Jose, Cal. vgl. auch seine programmatische Zusammenfassung in: Assembly Agenda '84, Your Invitation März 1984, San Jose

38 M. Ferguson, Die sanfte Verschwörung, a.a.O., S. 271 f.

39 so J. Vasconcellos im Gespräch am 21.11.1984

'Paradigma der Macht und der Politik' wird in Vasconcellos' öffentlichen Äußerungen deutlich:

'Man könnte schon morgen alle politischen Führer, Vorschriften und Institutionen verändern, aber wenn wir uns nicht selbst ändern, wenn wir weiterhin all unsere Ängste, Selbstverleugnungen und Selbstverdrängungen in unserem Geist und Körper mit uns schleppen, werden wir nicht anders leben.

Die Regierung sind wir, und sie ist so, wie wir sie haben wollen. Wir wählen Führer, die ähnliche Vorstellungen wie wir vertreten. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Institutionen, einschließlich der Regierung, von jenen Menschen übernommen werden, die gemeinsam mit uns kämpfen und unsere Vision dieser menschlichen Transformation teilen'.⁴⁰

Es stellt sich hier die Frage, wie die Position John Vasconcellos' im Rahmen der NEW AGE-Bewegung und im Rahmen der traditionellen amerikanischen Politik einzuordnen ist. Das zitierte Gespräch mit dem State-Senator erweckt den Eindruck, daß er sich den Ideen dieser 'neuen' Bewegung voll verschrieben hat. Da die NEW AGE-Netzwerke einen enormen Teil der kalifornischen Bevölkerung interessieren, deren Anliegen vertreten und unterstützen, rekrutiert sich Vasconcellos' Wählerpotential natürlich in erheblichem Maße aus den Mitgliedern dieser Gruppierungen.

Selbstverständlich stellt sich dem kritischen Betrachter die Frage, ob Vasconcellos sich diese 'neue' politische Richtung zur Stärkung seiner politischen Funktion angeeignet hat (im Verständnis hergebrachter Machtstrukturen) oder ob er wirklich aus eigener Überzeugung ein wichtiger und langjähriger Vertreter der NEW AGE-Bewegung ist.

Angesichts seiner Schriften, der Flugblätter und Rundbriefe, Stellungnahmen und Gesetzesvorlagen sowie seiner intensiven Aktivitäten und Vorträge in Netzwerken, muß Vasconcellos als ein wichtiger Vertreter der NEW AGE-Bewegung eingestuft werden, der von wesentlicher Bedeutung sein dürfte aufgrund der politischen Funktion seines Staatsamtes.

Wie der State-Senator, so betrachtete auch der ehemalige Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, mit äußerstem Interesse die NEW AGE-Bewegung und bezieht folgende Stellung zu den 'neuen' politischen Initiativen und Einstellungen: Er bezeichnet das Selbstvertrauen und die gegenseitige Unterstützung auf dem privaten Sektor als die erste neue Idee, die seit zwanzig Jahren in der Politik auftaucht. Die Vorstellung, daß Nachbarn zusammenarbeiten, um eine offene Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle aufzubauen, ist seiner Meinung nach sowohl menschlich als auch visionär.⁴¹

Wie schon aus diesen Worten hervorgeht, ist bei dem Verständnis und der Definition dieser 'neuen' Richtung die politische Aktivität der sechziger Jahre nicht außer acht zu lassen. Es ist so, daß diese Einflüsse und Ideen der sechziger Jahre die 'neue' Generation von engagierten und politisch 'wachen' Menschen beeinflusst hat. Es trifft aber auch zu, daß hier kein Wiederaufleben der sechziger Jahre - auch nur in der geringsten Form - in Betracht gezogen wird.

Da der Gouverneur von Kalifornien der amerikanischen Nachbarschaftshilfe ei-

40 vgl.: M. Ferguson, Die sanfte Verschwörung, a.a.O., S. 273, vgl. auch ebenda, S. 251

41 ebenda, Ferguson, S. 251

nen so bedeutenden und hohen Stellenwert einräumt, dürfte es sinnvoll sein, einen Blick auf die bereits bestehenden Organisationen zu werfen.

Von den einfachsten Netzwerken in der Nachbarschaft oder im Büro (Nahrungsmittelkooperativen, gemeinsame Autobenutzung, gemeinsame Kinderpflege) gehen die Menschen meist dazu über, vergnüglichere Dinge wie Fachwissen und Information miteinander zu teilen. Netzwerke zur gegenseitigen Hilfe - oder zur Selbsthilfe - sind persönlicher und besitzen daher eine stärkere, transformative Kraft.

Laut dem National Self-Help Clearinghouse, das der City University von New York angegliedert ist, gehören inzwischen ungefähr 15 Millionen Amerikaner Netzwerken an, in denen sich die Menschen gegenseitig helfen und so verschiedenartige Probleme wie Pensionierung, Witwenschaft, Übergewicht, Scheidung, Kindesmißhandlung, Drogenmißbrauch, Spielleidenschaft, emotionale Störungen, Behinderungen, politische Maßnahmen, Umweltschutz oder den Tod eines Kindes zu bewältigen.⁴²

Selbstverständlich hüten sich Gruppen dieser Art, allzu professionell im Sinne der Pressure-Groups zu werden, da sie wohl nicht ganz unbegründet fürchten, daß sich eine Hierarchie der Autorität entwickeln könnte und somit der ganze Zweck der Gegenseitigkeit verfehlt wäre. Als wesentlich zu bemerken scheint mir, daß es natürlich diese Formen der Nachbarschaftshilfe schon sehr lange gibt. Im Sinne des NEW AGE bekommen diese Netzwerke erstmalig eine theoretische Basis und eine ideologische Bestimmung im Gedanken einer neuen Zeit. Die Frage ist nicht, ob sich diese Netzwerke erst im Verlauf der 'neuen' politischen Richtung entwickelt haben, sondern ob sich schon bestehende Institutionen, Organisationen und Gruppierungen unter den NEW AGE-Gedanken eingliedern und in seinem Sinne wirken.

Der gesundheitsbewußte Amerikaner ist dementsprechend auch den neuen Vorschlägen zur Gesundheitspflege und Medizin sehr aufgeschlossen. In vielen Aussagen ging besonders John Basconcellos auf spezielle Probleme dieses Bereichs ein; und im Sinne der ganzheitlichen (holistischen) Denkweise gab er gezielte Informationen zu allen den Menschen betreffenden Bereichen heraus.⁴³

In Zusammenarbeit mit John Basconcellos befaßt sich auch Jack Baldwin mit der 'neuen' politischen Richtung. In einem Gespräch nach seiner Einstellung und Einschätzung befragt, meinte er: 'Der innengesteuerte Mensch verfügt über ein ökologisches Bewußtsein!'⁴⁴

Baldwin betrachtet die Menschheit als Teil eines Planeten mit begrenzten Rohstoffen. In seinen Augen soll wirtschaftliches und technologisches Wachstum das persönliche Wachstum fördern. Er bezieht sich in seinen Ausführungen auf die Studie des Stanford Research Institute über Werte und Lebensstile (VALS-Studie on Values and Lifestyles), die herausfand, daß sich mehr als 25 Millionen Amerikaner den inneren Werten zugewandt haben.

Wie es sich aus den oben angeführten Beispielen entnehmen läßt, besitzen die

42 ebenda, Ferguson, S. 253 f

43 Assembly Agenda '84, Your Invitation März '84, San Jose, vgl. auch: A New Human Agenda-Newsletter 1984 ohne Datum

44 Jack Baldwin in einem Gespräch am 20.11.1984 in Irvin Cal.

Netzwerke sehr weit gefächerte und unterschiedliche Schaltstellen der politischen Einflußnahme. Hierzu zählen die bereits vorhandenen Selbsthilfeorganisationen, die sich ohne große Schwierigkeiten in die NEW AGE-Ideologie einbinden lassen und auch die im Sinne des NEW AGE agierenden Politiker, die ihre Positionen nutzend - der 'neuen' Politik zuarbeiten.

Die Rolle der Medien als potentielle Einflußfaktoren

Die Explosion der Medien hat unserem Zeitalter ihren Stempel aufgedrückt. Vor allem die elektronische Revolution prägt die Lebensbedingungen der Menschen. Die Erreichbarkeit von Wissen, die Verfügbarkeit von Informationen, die Verbreitungsgeschwindigkeit von Neuerungen haben die Menschheit auf unserem Globus erstmals in einen Zusammenhang gestellt. Die Katastrophe in einem Andendorf wird noch am selben Tag Gegenstand der Aufmerksamkeit in einem Alpendorf, der Überfall im fernen Afghanistan löst noch am gleichen Tag Betroffenheit und Überlegungen auf die Sicherheit in Europa aus.⁴⁵

Durch Medien vermittelte Kommunikation bedeutet mehr Vielfalt an Informationen, Perspektiven und Dimensionen. Die Komplexität der Welt kann nicht gefahrlos auf die Inhalte der Massenmedien reduziert werden. Ihr Verständnis verlangt ein möglichst weites Spektrum von Fragen und Antworten, Meinungen und Kenntnissen.

Die Individualisierung der Massenkommunikation könnte ihr inhaltliches Spektrum wesentlich verbreitern; die technischen Möglichkeiten stehen zunehmend zur Verfügung.⁴⁶

Sehr ausführlich befaßt sich John Naisbitt in seinem Buch 'Megatrends' mit dem Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. In der Geschichte der Massenkommunikation sind in den letzten Jahrzehnten die Medien zu einem nicht unwesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden. Marktorientierung ist bei jedem Wirtschaftszweig unumgänglich, evidente marktbewußte Information ist die Folge. Die zunehmende Technologisierung - gerade mit Hilfe der Mikroelektronik - ermöglicht der Informationsbranche eine immer größere Ausdehnung. Besonders die mediengewohnten, fernsehreuen Amerikaner sind gute Konsumenten. Sie verschlingen Information.

Ein bedeutender Schlüsselpunkt für den Wandel zur Informationsgesellschaft sind für Naisbitt diese drei Feststellungen:

- die Informationsgesellschaft ist eine ökonomische Wirklichkeit, keine intellektuelle Abstraktion.
- technische Neuerungen in Kommunikation und Computertechnologie werden das Tempo der Umwandlung dadurch beschleunigen, daß sie den Informationsfluß, was dessen Dauer betrifft, immer kürzer machen, fast auf Null sinken und damit zusammenbrechen lassen wird.

45 Wolfgang Bergsdorf, Die 4. Gewalt, Mainz 1980, S. 189 und Paul Kezdy, Mass Communication, the 4th Estate, in: LIBERTAS, 3/1985, S. 61ff

46 ebenda, S. 191

- neue Informationstechnologien werden zunächst bei den alten industriellen Ausgaben eingesetzt werden, erst später, nach und nach, dann zu ganz neuen Aktivitäten, Prozessen und Produkten führen.⁴⁷

Natürlich beziehen sich Naisbitts Feststellungen nicht nur auf den Bereich der Medien, sondern alle durch die neuen Technologien in ihrer Produktivität beeinflussten Industriezweige werden hierbei von ihm in Betracht gezogen.

Wie bedeutend die neue Entwicklung ist, zeigen die Aktivitäten in mehreren Einzelstaaten der USA. Hier wird jetzt versucht, den Wandlungsprozeß von der Industrie- zur Informationswirtschaft, der in New York City von selbst stattgefunden hat, künstlich zu beschleunigen. Das strategische Mittel dazu ist in der Hauptsache, Informationsbetrieben alle nur erdenklichen Anreize zu bieten, sich gerade dort niederzulassen:

- der Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, wollte hochentwickelte Informationsfirmen, die sich in diesem Staat ansiedeln, direkte finanzielle Unterstützung durch den kalifornischen Staat gewähren.

- 1980 investierte der Staat North Carolina Millionen Dollar in ein neues mikroelektronisches Forschungszentrum. Prompt entschloß sich die General Electric Company, in unmittelbarer Nähe ein neues Werk aufzubauen.

- die Legislative Minnesotas zieht in Erwägung, jene Abteilung der Universität von Minnesota, in der auf dem Gebiet Mikroelektronik geforscht wird, durch finanzielle Zuwendungen wesentlich zu erweitern, damit für hochentwickelte Informationsfirmen ein verstärkter Anreiz besteht, sich dort niederzulassen.

- Ohio hat einen Fünf-Millionen-Dollar-Fond errichtet, um hochtechnologisch entwickelten Nachrichtenfirmen direkte Darlehen gewähren zu können.⁴⁸

Dieser kleine Exkurs in die politischen Bestrebungen, die neuen Technologien immer günstiger, gewinnbringender und markteffizienter einzusetzen, soll den Stellenwert der neuen Technologien in den USA aufzeigen. Terminals sind schon lange bei den Printmedien eine nicht mehr wegzudenkende Errungenschaft. Kleincomputer gehören zum täglichen Leben. So läßt sich auch ohne weiteres die These vertreten, daß auch Strömungen und Bewegungen von der technologischen Entwicklung profitieren.

Viele Netzwerke im Sinne der NEW AGE-Bewegung arbeiten mittlerweile mit Kleincomputern und ermöglichen ihren Mitgliedern, sich in die unterschiedlichen Programme einzuschalten. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich auf diesem elektronisch schnellen Weg Ideen, Vorstellungen, Meinungen und neue Gedanken in Windeseile einen Weg bahnen.

Konnte man in der Vergangenheit Trendentwicklungen noch an einer zeitlichen Entwicklung messen, so macht die fast sekundenschnelle Übermittlung von Informationen es heute fast unmöglich, Trends zeitlich zu bestimmen. Hierfür bedürfte es genauer, empirisch festgelegter Untersuchungen soziologischer und psychologischer Verhaltensmechanismen, um die Auswirkungen hinreichend definieren zu können.

Die Medien haben schon zu allen Zeiten einen ungeheuren Stellenwert in der politischen Beeinflussung eingenommen. Als Kommunikationsmittel dienen

47 John Naisbitt, *Megatrends*, Bayreuth 1984, S. 34

48 ebenda, Naisbitt, S. 37 f

sie zur Verbreitung von Ideen, zur Information und teilweise auch zu geschickter Manipulation der Massen. Da sich auch die NEW AGE-Gruppierungen der Printmedien und der Kleincomputer bedienen, geht durch sie eine erhebliche Beeinflussung aus.

Die Diplom-Pädagogin Monica Hoffmann begründet das NEW AGE-Bewußtsein und seine Nutzung technologischer Errungenschaften mit der NEW AGE-Prämisse: Dezentralisation. 'Nur so kann ein System zum Fließen gebracht werden; nur mit dieser Voraussetzung haben die Menschen eine Chance, ihre Persönlichkeit zu verwirklichen. Die NEW AGE-Bewegung propagiert kein Zurück zur Natur und zur agrarischen Isolation. Im Gegenteil: ihre Vertreter befürworten zum Beispiel den Computer; denn durch ihn werden Informationen weltweit ausgetauscht und die menschlichen Verbindungen untereinander rasch verbreitet. Computer machen Dezentralisation und Netzwerke erst möglich und fördern das dynamische Gleichgewicht der Gesellschaft. Technik ja, - aber richtig eingesetzt... In Wirtschaft und Politik liegt die Betonung auf Kooperation, auf Erhaltung und ökologischer Gesundheit, auf sinnvollem Wachstum und sinnvollem Konsum.

Neben der Ratio wird die Intuition eingesetzt. In der Erziehung wird Lernen als ständiger Prozeß betrachtet.⁴⁹

Doch dieses 'Technik ja - aber richtig' birgt so manche Fehlerquellen, mögliche Fehlschläge und eventuelle Mißerfolge in sich. So bleibt immer noch der Satz von John Naisbitt zu bedenken: 'Die Technologie des neuen Informationszeitalters ist nicht absolut und in jedem Falle überlegen. Sie wird nach dem Prinzip, daß hochentwickelte Technik auch entsprechend hochempfindlich und gefährlich ist, zu einem Erfolg oder einem Mißerfolg führen.'⁵⁰

Wichtige politische Funktionen des NEW AGE

Als Oberhaupt eines Staates kommt dem vom Volk gewählten Gouverneur eine ähnliche Bedeutung zu wie dem Präsidenten der USA, wenn auch nur im stark verkleinerten Maßstab und ohne die außen- und verteidigungspolitischen Kompetenzen des Präsidenten. Als Verwaltungschef seines Staates entfallen auf den Gouverneur eine Vielzahl bedeutender Pflichten und Machtbefugnisse, die nur von denen des Präsidenten übertroffen werden. In fast allen Staaten ist deshalb der Gouverneur die wichtigste politische Persönlichkeit und er symbolisiert die Einheit und Autorität des Staates. Gouverneure von bevölkerungsreichen Staaten gelten allgemein als potentielle Anwärter auf das Amt des Präsidenten oder Vizepräsidenten und machen nicht selten präsidentielle Ambitionen geltend.⁵¹

Immer wieder taucht bei der Betrachtung der NEW AGE-Bewegung der Name des kalifornischen Gouverneurs Jerry Brown auf. Sowohl in der Literatur wie auch in zahlreichen Gesprächen tritt klar vor uns, daß man, um die Einflüsse der

49 Monica Hoffmann, *NEW AGE Bewegung und traditionelle Politik* in: *Sonde 2/84*, S. 14

50 John Naisbitt, *Megatrends*, a.a.O., S. 34

51 P. H. Merkl/Dieter Raabe, *Politische Soziologie der USA*, a.a.O., S. 68 f

NEW AGE-Bewegung auf die traditionelle Politik nachzuweisen, nicht die politische Stellung der mit ihr verbundenen Personen außer acht lassen darf. Somit erscheint es hier wesentlich, die Funktion des Gouverneurs in ihrem Eingebundensein im amerikanischen System näher zu erläutern, um daraus Thesen für einen beeinflussenden 'Trend' abzuleiten.

Der zeremoniellen Rolle des Gouverneurs als Oberhaupt und Repräsentant seines Staates kommt oft eine größere Bedeutung zu als seinen anderen Funktionen. Die öffentliche Sichtbarkeit des Amtes und seines Inhabers bewirkt nicht selten eine Personifizierung der Politik und der Autorität ihrer Regierung in den Augen der Bürger.

Zu Recht oder Unrecht wird der Gouverneur für Erfolge und Mißerfolge der Politik verantwortlich gemacht und das verwirrende Schauspiel der Politik auf ein leichter verständliches, persönliches Niveau reduziert.⁵²

Dieses persönliche Niveau, diese Vertrautheit und Bürgernähe ermöglichen es dem Gouverneur, aufgrund seiner Machtbefugnisse auch neue Ideen und politische Neuorientierungen anzunehmen, zu beeinflussen und zu initiieren. Selbstverständlich empfindet sich auch der Bürger als gut vertreten, wenn die neuen Richtungen, denen er sich anschließt, eine politische, 'gouvernementale' Plattform erhalten. Somit ist es sowohl für die Bürger wie den Gouverneur von gegenseitigem Interesse, wenn sich ihre Anliegen ergänzen und auf einer Linie liegen. Die Gesetzgebung ist zwar eine Aufgabe der Legislative, doch ist der Gouverneur oft die wichtigste Person im legislativen Bereich. Sein Einfluß beruht weniger auf der negativen Kontrolle der Gesetzgebung durch das Vetorecht, als auf seiner Rolle als Gesetzesinitiator.

Als Regierungschef und Vertreter des Volkes seines Staates bestimmt der Gouverneur die Hauptrichtlinien der Politik und formuliert sein Gesetzesprogramm. Dabei spielt die Übermittlung von besonderen Botschaften (Messages) an das Parlament und die Einberufung von Sondersitzungen eine prominente Rolle. Als Gesetzesinitiator besitzt der Gouverneur das Recht, Gesetzesentwürfe vorzulegen und die Möglichkeit, diese Entwürfe im Parlament durch ihm nahestehende, führende Abgeordnete einzubringen.

Die legislative Führungsrolle des Gouverneurs ergibt sich aus seiner politischen Basis, der Mehrheit der Wähler des Staates, die ihn verpflichtet, in einer Politik dem öffentlichen Interesse des ganzen Staates den Vorrang zu geben. Demgegenüber sind die einzelnen Mitglieder des Parlaments in erster Linie Vertreter lokaler Interessen, deren Belange nicht immer die Mehrheit der Bürger bewegen. Das Ansehen des Amtes sowie das Interesse der Massenmedien am Programm als auch an der Persönlichkeit des Gouverneurs gibt diesem einen wichtigen strategischen Vorteil gegenüber der Legislative.⁵³

Im Auftrag des Gouverneurs Jerry Brown (bis 1982) erstellte Jack Baldwin, Senior-Mitglied jenes Ausschusses zur Ausarbeitung des Parteiprogramms der demokratischen Partei in Kalifornien, ein Parteiprogramm, das die Integration neuer Wertvorstellungen vorsah. Ausgehend von der Studie des Stanford Research Institute, daß sich die Menschen immer mehr den inneren Werten zuwenden,

52 ebenda, Merkl, S. 69

53 ebenda, Merkl, S. 71

stellt Baldwin das 'ökologische Bewußtsein' in den Vordergrund des neuen Programms.

'Diese Wählergruppe verfügt deshalb nur über geringen gesellschaftlichen Einfluß, weil es ihr an Erfahrung fehlt, diese Vision in politische Handlungsweisen umzusetzen. Jene altbekannte, allgemeine Forderung, daß jeder für sich selbst die Verantwortung übernehmen soll, muß auch auf den politischen Bereich transformiert werden',⁵⁴ erklärte Jack Baldwin, als er nach seiner Einschätzung dieses neuen Wählerpotentials befragt wurde. Seiner Meinung nach würden dann NEW AGE und Ökologie verstärkt in die politische Praxis einfließen.

Baldwin arbeitete eng mit den kalifornischen Führungspersönlichkeiten der Demokratischen Partei zusammen, zum Beispiel mit John Basconcellos. Dadurch wurden human-ökologische Perspektiven zum Bestandteil des kalifornischen Parteiprogramms.

Hier einige Maßnahmen, die zeigen, wie stark die neuen Innenwerte berücksichtigt werden:

- *Weltfriede*: das 'Friedens-Paket' des Programms bekräftigt den Wunsch nach einem intensiven Austausch-Programm zwischen US- und Sowjetbürgern. Es fordert die amerikanische Regierung zur Gründung einer Friedens-Akademie zur Erforschung von gewaltlosen Lösungsmöglichkeiten bei Konflikten auf.
- *Energie-Politik und Umweltschutz*: das Programm empfiehlt den Stop der massiven Finanz-Unterstützung der Atomenergie. Es fordert die intensive Erforschung und Entwicklung alternativer, regenerierbarer Energiequellen, beispielsweise Sonnenenergie oder bio-thermische Energie.⁵⁵
- *Gesundheitsvorsorge*: das Parteiprogramm fordert Programme mit einem 'hohen Niveau an Gesundheit' - d.h. eine Gesundheitsvorsorge, die gesunde Ernährung, körperliche Bewegung und die Bewältigung von Stress betont, um damit die hochschnellenden Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren. Es betont Gesundheit als eine persönliche Verantwortlichkeit und nicht als ein Konsumentenprodukt, welches das Gesundheitswesen liefert.
- *Erziehung*: Schulen - so der programmatische Text - sollen nicht das Ein-Mal-Eins vermitteln, sondern ebenso helfen, die emotionale und intuitive Natur des Kindes zu entfalten.⁵⁶

Wie maßgeblich die neuen Strömungen in der kalifornischen Administration Bedeutung finden, ist an diesem kleinen Auszug aus dem Parteiprogramm der demokratischen Partei abzulesen. Von dem Gouverneur unterstützt, von seinen Beratern und Abgeordneten ausgeführt, können so neue politische Initiativen Einzug in die politische Praxis halten.

Aber nicht nur in Kalifornien, sondern auch staatenübergreifend agiert ein neuer überregionaler Zusammenschluß 'THE NEW WORLD ALLIANCE', bei dessen Konzeption der State-Senator of California maßgeblich mitwirkte.

THE NEW WORLD ALLIANCE definiert sich als eine 'new national political

54 Jack Baldwin in einem Gespräch am 20.11.84 in Irvin Cal.

55 Vgl. hierzu Hazel Henderson, The Politics of the Solar Age: Alternatives to Economics, a.a.O. und auch James Robertson, Die lebenswerte Alternative, a.a.O. sowie Peter Henningsen, Werkzeuge der Erkenntnis, a.a.O.

56 vgl. hierzu: Platform of the Democratic Party of California (Grundsatzprogramm der Demokratischen Partei)

organization that represents a transformational/New Age perspective.

We believe that our nation is entering a period of fundamental transition, where it will either decline as a civilization, or find the inner resources to achieve a systematic transformation toward greater individual self-actualization, harmony with nature, decentralization, social justice and global cooperation. The New World Alliance seeks to break away from the old quarrels of left-versus-right and to help create a new political consensus based on a realistic appraisal of our nation's problems and our highest shared visions of a better future. The Alliance is not a new political party, but something more fundamental: the New World Alliance is a movement for political transformation that seeks to revitalize our nation's political process and sense of purpose.⁵⁷

Diese Organisation hat ihre Ziele sehr weit gesteckt und in ihrer Programmatik werden folgende Schwerpunkte eingehend definiert, ihre Zukunftsperspektiven abgesteckt und neue politische Handlungsspielräume im Rahmen einer neuen Politik geliefert: General Statement; Global Security; Economics and Welfare; Energy; Land and Natural Resources; Environment; Urban, Community Development, Neighborhoods; Health; Education; Labor; Transportation; Crime and Justice; Science and Technology.⁵⁸

Bedeutend ist die New World Alliance auch aufgrund ihrer Mitglieder, die sich zum Teil aus verschiedenen politischen Lagern rekrutieren und angesehene Wissenschaftler und Dozenten sind. Gerade diese gesellschaftliche Position ermöglicht es ihnen, von ihren führenden Stellungen aus als Multiplikatoren zu wirken und den genannten Bestrebungen mehr Gewicht zu verleihen sowie ihnen politisches Gehör zu verschaffen.⁵⁹

Auch der schon mehrfach erwähnte Verfasser wesentlicher Schriften zur NEW AGE-Bewegung, Mark Satin, ist Mitglied der New World Alliance. Besonders seine Definition der 'New Age Politics' finden in dieser überregionalen Organisation große Bedeutung.⁶⁰

Regionale und nationale Interessen sind für den Politiker die Basis seiner Existenz. Wenn sich nun neue Strömungen und Bewegungen entwickeln, so kann dies nicht für die Politik unbedeutend bleiben. Während im Zusammenhang mit den Pressure-Groups bezüglich des Stellenwerts dieser Gruppen in der Demokratie sich herausstellte, daß die Tendenz der Bürger, sich von diesen Interessengruppen abzuwenden immer größer wird, so scheint im Falle der durch den NEW AGE-Gedanken inspirierten Gruppen die Situation sich genau umgekehrt zu verhalten.

57 NEW WORLD ALLIANCE, A TRANSFORMATION PLATFORM, First Edition, Washington DC., 1982, S. 2

58 ebenda, NEW WORLD ALLIANCE, S. 4 - 94

59 siehe Kapitel 7.1 der unter Fn. 22 angeführten Arbeit.

60 Mark Satin, New Age Politics, a.a.O.

"Europäische Währung – eine Utopie?"

Zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes gehört eine europäische Währung. Die von dem Mülheimer Europa-Abgeordneten Otmar Franz geleitete interfraktionelle Arbeitsgruppe 'Europäische Währung' des Europaparlaments setzt sich für Fortschritt in der Währungspolitik ein. Der Arbeitskreis, dem international anerkannte Währungsexperten des Europaparlaments aus 12 Ländern und 5 Fraktionen angehören, darunter der ehemalige belgische Finanzminister Fernand Herman und die früheren Weltbank-Gouverneure Ernest Mühlen und Efthimios Christodoulou, konnte seit seiner Gründung im September 1984 zahlreiche Persönlichkeiten der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt zu Vorträgen und Diskussionen begrüßen. In den monatlichen Sitzungen der Arbeitsgruppe und in drei vom Arbeitskreis veranstalteten Europäischen Währungskonferenzen wurden die Schwierigkeiten und die Chancen einer europäischen Währung diskutiert und die Wege zur Schaffung einer europäischen Währung aufgezeigt.

Im Libertas-Verlag werden die wichtigsten Vorträge der vergangenen zweieinhalb Jahre in dem von Otmar Franz herausgegebenen Sammelband 'Europäische Währung - eine Utopie?' erscheinen. Der Sammelband enthält u.a. einen Beitrag von Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl über 'Voraussetzungen für die Schaffung einer Europäischen Währung', vom spanischen Zentralbankgouverneur Mariano Rubio über 'Das EWS aus spanischer Sicht' und vom portugiesischen Zentralbankgouverneur Jose Alberto Tavares Mareira über 'Portugal und das Europäische Währungssystem'.

Vom Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Ernst-Günther Bröder, wird in dem Sammelband der Aufsatz 'Die Bedeutung des ECU für die Europäische Investitionsbank' abgedruckt, vom ehemaligen Weltbankgouverneur Efthimios Christodoulou der Beitrag 'Establishing of a European Monetary Authority' und vom ehemaligen luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner der Aufsatz 'Europäische Währung - keine Utopie!'.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, schreibt in dem Sammelband über 'ECU und EWS', die auf dem Gebiet der Währungspolitik international bekannte Professoren Filc und Triffin über 'Der ECU als Perspektive zur Stabilisierung der Wechselkurse und zur Förderung der wirtschaftlichen Integration Europas' und über 'An European Monetary Bank with Central Bank Function'.

Buchbesprechungen

Ferdinand Graf Kinsky: Föderalismus: ein Weg aus der Europakrise. (Mit einem Vorwort von Heinrich Schneider) Europa Union Verlag, Bonn 1986, 160 S.

Politische Essays, die es wirklich verdienen, als Essays rezipiert sowie als politische Entwürfe evaluiert zu werden, sind heutzutage verdammt rar geworden. Das dürfte nicht nur an dem jämmerlichen Rückgang öffentlicher Erwartungen gegenüber dem Essay als Form autonomen Testens theoretischer Durchblicke und gewagten publizistischen Impulsgebens in einem Kommunikationsbereich gebildeter Erfahrung liegen, und wohl auch nicht nur an der weitverbreiteten Reduktion von Politik auf eine ihrer (beispielsweise rechtlichen, verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen, sozialen usw.) Randbedingungen seitens der Anhänger geistiger Mediokrität. Vielmehr scheinen die Köpfe zu fehlen, die aus dem wissenschaftlichen tractatus im Zeitalter expandierender printed media zunächst als adlige Privatgelehrten, alsdann als professionelle Wissenschaftler, Publizisten und Politiker den mutig zur Diskussion gestellten Essay entwickelt und kultiviert haben.

Um so ermutigender, und fast wie ein Neubeginn im Zeichen des déjà vu wirkt der vorliegende, umfangreiche Essay von Graf Kinsky, der sich immerhin bereits seit den 60er Jahren als Professor am Europa-Institut der Universität Nizza, als Generalsekretär des Centre International de Formation Européenne, als Leiter des Verlages

Presses d'Europe und als Herausgeber der Zeitschrift L'Europe en Formation nicht nur europaweit den Ruf eines ideenreichen Kenners sowie entschlossenen Vorkämpfers der politischen Integration Europas zu erwerben vermochte.

Graf Kinsky setzt dabei voraus, daß die politische Integration Europas Vorteile hat, die jedem sofort einleuchten: wie in den Bereichen der Wirtschafts-, Währungs-, Technologie-, Agrar-, Rechts-, Verkehrs- und Umweltpolitik das Agieren Europas als eines einheitlichen Ganzen jedem einzelnen Bürger, jeder Region und jedem Mitgliedsstaat der EG ebenso meßbar wie zweckmäßig genutzt hat, politische Ziele optimal verwirklichen und immer reichhaltigere Ziele in auf immer mehr Freiheit fußenden politischen Entscheidungssituationen formulieren ließ, und alsbald Ergebnisse wie der einheitliche Binnenmarkt oder die Erschließung neuer politischer Aktionsfelder wie Sicherheit/Verteidigung usw. mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hervorbringt, bestätigt nun die Vorteile einer politischen Einordnung diverser Elemente unter einheitliche, universell geltende Regelungen und ebenso wahrnehmbare Chancen. Gleichwohl ist ein Ganzes bekanntlich immer mehr, als was es in einer bestimmten Hinsicht auch ist, nämlich mehr als die bloße Summe seiner Teile; politische Ganzheiten sind zudem dynamische Systeme, deren Elemente und deren Umgebung untereinander der Struktur des Systems gemäß verknüpft sind und teils auf stabi-

le, teils auf instabile Weise den unabhängigen Prozeß der Transformation und des Austausches ihrer Bestände vollziehen. Das heißt aber, daß vor allem unter Berücksichtigung zielgerichteter Handlungen, zweckmäßig erfolgter Mitteleinsätze und einer hochgradigen Entscheidungsfreiheit politische Ganzheiten nur durch Integration, nicht aber durch summarische Homogenisierung erzeugt werden können. Um dies mit Hilfe eines Sachverhaltes aus der mathematischen Analysis zu veranschaulichen, reicht es bezüglich eines ganzen differenzierbaren Funktionsverlaufes nicht aus, tangentiell den Differentialquotienten, d.h. das z.B. eine Momentangeschwindigkeit wiedergebende erste Derivat einer Funktion zu bestimmen, sondern es muß vielmehr exhaustiv nach der Funktion gesucht werden, die an bestimmten Punkten ihres Verlaufs einen bestimmten Differentialquotienten zeigt, wobei diese stetige Funktion, das Integral dann ein Derivat des Differentialquotienten und ein Grenzwert der Inkremente ist. Je kleiner diese Inkremente gewählt werden, um so genauer läßt sich nun der Funktionsverlauf als Ganzes angeben, was eben darauf verweist, daß Integration immer nur von den elementaren Teilen her möglich, ja von der Information über diese Teile und von der Kooperation mit diesen Teilen abhängig ist.

Graf Kinsky, der aus seiner Nähe zur personalistischen Philosophie keinen Hehl macht, setzt bei dieser integrationsbedürftigen Kehrseite politischer Ganzheiten an. Auf die Frage, wie kann in eine sich unter der Norm liberaler Rechtsstaatlichkeit vollziehende Integration zu einem politischen, d.h. staatlichen Ganzen von vornherein ein

Optimum von Partizipation an Macht für beliebig kleine, eingegliederte Entscheidungsträger konstitutiv eingebaut werden, hat er eine vielfach bewährte und überzeugende Antwort parat: durch den föderativen Aufbau des integrierten Staatswesens.

"Föderativ" geht dabei auf das lateinische "foedus", was so viel wie Bündnis oder Staatsvertrag bezeichnete, zurück und meint nichts anderes als daß die legale Anordnung von politischen Machtkompetenzen in einem mehrere staatsförmige Herrschaftsverbände zum einheitlichen Ganzen verbindenden Staat (also in einer mehrere Staaten integrierenden, mit souveränem Gebietsherrschftsanspruch ausgestatteten politischen Entscheidungs- und Wirkungseinheit) die größtmögliche Autonomie der gliedartig ins Ganze eingefügten Institutionen der Entscheidungsfindung gegenüber den nächsthöheren und umfassender wirkenden staatlichen Entscheidungsträgern sichert und damit über den repräsentativen Charakter der Gesetzgebung, die Gesetzesgebundenheit der Exekutive und die Unabhängigkeit der Judikative hinaus der politischen Herrschaft eine zusätzliche, konstitutionell verankerte Legitimation zukommen läßt. Die ganzheitliche, "integrative" Einheit solcher Staatswesen besteht in größtmöglicher Vielfalt der Glieder und der nächsthöhere Entscheidungsträger verfügt nur über solche Machtkompetenzen, in Bezug auf die der unmittelbar darunter liegende Entscheidungsträger der Sache nach überfordert wäre. Das so geregelte Zusammenwirken integrierter staatlicher Aufbauglieder erfüllt das sozialethische Prinzip der Subsidiarität.

Das politische und staatsrechtliche

Denken der Neuzeit begann, nach einigen frühen Antizipationen einzelner Elemente des Föderalismus (etwa bei Hobbes, Locke und Spinoza) von J. Bodins streng zentralistischen Konzeption der einzigen und unteilbaren Souveränität aller Staaten erst abzuweichen, als im Vorfeld der Gründung der USA die als unumgänglich empfundene Integration die Suche nach einem Mittelweg zwischen Zentralstaat und bloßer Konföderation weitgehend souveräner Einzelstaaten erzwing. Von Montesquieu, Paine und Burke über Hamilton, Jay und Madison bis Tocqueville reichten die bedeutendsten Autoren, die teils kritische, teils affirmative, jedenfalls konstruktive Gedanken über den Föderalismus entwickelten und selbst die zwei zweifellos bedeutendsten Philosophen des europäischen Kontinents während der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert, Kant und Hegel widmeten eine zum Teil erwartungsvolle Aufmerksamkeit dem Föderalismus. Besonders die sukzessiv über konföderative Schritte vorbereitete Gründung eines einheitlichen, jedoch vielfach föderativ verfaßten deutschen Nationalstaates 1871 und dessen Vergleich mit der Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft lenkten auch bedeutende Staatsrechtler in Deutschland auf eine nähere Beschäftigung mit dem Föderalismus. Von dem immerhin hauptsächlich auf Bodins zentralistischem Standpunkt beharrenden Carl Schmitt stammte die Warnung davor, in einem Bundesstaat nicht genügend präzise und eindeutig festzulegen, in welcher "Materie" welcher föderative Entscheidungsträger ausschließlich kompetent ist. Hans Kelsen erarbeitete dagegen die klassische Unterscheidung zwischen (konföderativem) Staatenbund und (echt föderativem) Bundesstaat, erkannte dem

letzteren das Zweikammersystem (Bundes- und Länderkammer) als Wesensmerkmal zu, beschrieb die Wirkungsweise, die Kompetenzhoheit, die Wechselbeziehung und die Organe der Legislative, Exekutive und Judikative im Bundesstaat, erläuterte den Status der Regierung in diesem Staat, bevorzugte ferner die Idee einer eindeutigen, überschneidungsfreien und sachlich begründeten Teilung der Machtkompetenzen und er wies nach, daß den föderativen Verfassungsordnungen durch Begünstigung des Elements der Selbstverwaltung mehr demokratische Herrschaftslegitimation inherent ist als anderen.

Graf Kinskys Essay entspringt allerdings nicht der bloßen Reflexion auf diese Voraussetzungen, die immerhin davon zeugen, daß das Prinzip des Föderalismus zu den fundamentalen Strukturmerkmalen moderner, liberal verfaßter Rechtsstaatlichkeit gehört, ferner davon, daß bei allen instrumentellen Chancen und normativen Herausforderungen, die föderative Ordnungen für das politische Handeln darstellen, die föderative Konstituierung supranationaler Integrationsergebnisse in dafür reifen Großregionen wie etwa Europa selbst zu den unumgänglichen politischen Zielen gerechnet werden muß, wenn nur in Reformen gegenüber offenen Rechtsstaaten an der Schwelle zur Informationsgesellschaft die Ausübung von politischer Herrschaft überhaupt und der Einsatz politischer Machtmittel zu Integrationszwecken legitimationsfähig sein sollten.

Graf Kinsky sieht vielmehr die weltpolitisch immer zwingender werdende Notwendigkeit, die politische Integration Europas – übrigens weit über die "Einheitliche Europäische Akte" hinaus – in der Gestalt eines wie auch immer genannten Bundesstaates zu vol-

lenden und er kommt nicht darum herum, parallel zu lokal und regional angemeldeten Autonomiebestrebungen in Europa, ein lähmendes, zum Teil bürokratiebedingtes, zum Teil von Interessengruppen bewußt gefördertes Beharren auf der nunmehr überzogenen Machtfülle der Nationalstaaten zu konstatieren. Besorgt durch diese gefährliche Antinomie, empfiehlt er das Prinzip des Föderalismus, das in der Tat gegenwärtig etwas verblaßt erscheint, im Problembewußtsein der politischen Elitegruppen in Europa zu rehabilitieren sowie in den Bestand überzeugender politischer Argumente einzubeziehen und somit einen breit angelegten Anspruch auf den föderativen Aufbau der politischen Einheit Europas zu einem der Kernstücke mehrheitlicher Meinungs- und Willensbildungen der demokratischen Öffentlichkeit in den Mitgliedsstaaten der EG zu machen. Damit eng verknüpft ist Graf Kinskys zweifellos hochgradig richtige Einschätzung, wonach die staatsrechtliche und institutionelle Verankerung des Föderalismus im Europäischen Integrationswerk zugleich den Schlüssel für die geeignete Lösung vieler, heute noch offenstehender politischer Probleme und sogar unlösbar erscheinender Aporien liefern könnte. Seinen Essay, dessen Gliederung nicht nur die verschiedenen akademischen wie politischen Anlässe seiner Entstehung spüren läßt, sondern auch mit einem europapolitischen Strategieansatz aufs Engste korrespondiert, teilt Graf Kinsky in zwei Kapiteln auf. Das erste bietet dem Leser die Umriss einer intuitiv gefaßten Theorie des Föderalismus, die abermals wertvolle Querverbindungen zur gegenwärtigen Europapolitik aufweisen. Im zweiten Kapi-

tel versucht Graf Kinsky mitten in einer kritischen Bestandsaufnahme dessen, wie weit die europäische Integration fortgeschritten ist und wie weit ihr status quo föderative Anforderungen erfüllt, wichtige Leitsätze einer politischen Strategie zu formulieren, mit deren Hilfe die entscheidend integrationsfördernd auswirkende Errichtung föderativer Teilordnungen und Interdependenzen in Staat und Gesellschaft erzielt werden sollte.

Graf Kinsky begründet nun seine Theorie des Föderalismus bereits in einer luziden Einleitung mit der Definition dessen, was er unter dem "als Verbindung von Einheit und Vielfalt" auftretenden "für alle gesellschaftlichen Bereiche anwendbaren Organisationsprinzip" Föderalismus versteht: von ihm könne ganz allgemein gesprochen werden "sobald in einer politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder kulturellen Struktur mehrere autonome Gliedorganisationen existieren, die jedoch institutionell miteinander verbunden sind und zur Wahrung gemeinsamer Angelegenheiten Macht und Kompetenzen an gemeinsame Organe übertragen, sobald sowohl Einheit als auch Vielfalt in einem gewissen Gleichgewicht bestehen, sobald die Macht innerhalb einer komplexen Organisation sachgerecht verteilt ist, schließlich sobald autonome Gliedgruppen und Teilbereiche bei den Entscheidungen der Gesamtorganisation mitbestimmen und dieselben kontrollieren."

Der so verstandene Föderalismus hat, hebt der Autor hervor, einen in allen integrierten Gliedern des Ganzen gültigen Wertaspekt: je mehr Föderalismus das künftige Europa auszeichnet, um so mehr würde der Zustand Euro-

pas den Werten und Normen bzw. "Idealen" entsprechen, die man mit den Begriffen Freiheit, Autonomie, Verantwortung, Selbstbestimmung, Menschen- und Gruppenrechte, Solidarität, Demokratie und Frieden kennzeichnet und auf denen das geistige Selbstverständnis des Abendlandes beruht. Graf Kinsky registriert nun zwei Initiativen und ein Ereignis, angesichts deren nach ihm ein gewisser Optimismus angebracht erscheint, was die politische Durchsetzungsfähigkeit des Föderalismus im Europäischen Integrationswerk betrifft: 1984 verabschiedete das Europäische Parlament den "Entwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union" und noch im gleichen Jahr erklärte der französische Staatspräsident Mitterrand, er würde diesen Entwurf "prüfen" und "verteidigen", Frankreich würde den Entwurf "in seiner Inspiration befürworten" und er würde im EG-Rat Mehrheitsentscheidungen statt Anwendung des "nationalen Vetorechts" bevorzugen; im Dezember 1985 wurden in Luxemburg von allen EG-Mitgliedsstaaten, also auch von denen, die zuvor unter Berufung auf nationale Unabhängigkeit eine "Einstimmigkeitsregel" im EG-Rat für erforderlich hielten, offiziell und vertraglich Mehrheitsbeschlüsse anerkannt und damit gewisse Einschränkungen der nationalen Souveränität hingenommen. In der Tat waren in diesem Zusammenhang seit 1985 Mehrheitsbeschlüsse öfters zu verzeichnen gewesen als früher.

Graf Kinskys Föderalismus-Begriff ist kein unhistorisches Abstraktum. Von den verfassungsgeschichtlichen Realisationen partikularistischer und zentralistischer Organisationsprinzipien gleichermaßen abgehoben, erscheint bei

ihm der Föderalismus als ein Ergebnis politischer Integrationsbestrebungen (wie etwa im Falle der Gründung der USA) oder eine Folge großangelegter Dezentralisation. Der Bundesrepublik Deutschland bescheinigt er indessen eine "originelle Kombination von Föderalisierung durch Dezentralisierung und Integration". Beachtenswert ist zudem sein Vergleich zwischen den vor einiger Zeit in Italien, Belgien, Spanien und Frankreich teils erfolgten, teils noch nicht abgeschlossenen Regionalisierungsmaßnahmen, der in die Frage danach mündet, ob die Folgen dieser Regionalisierung die Herausbildung bundesstaatlicher Prinzipien oder einen verstärkten Separatismus begünstigen werden. Seine föderalismusgeschichtlichen Einsichten faßt Graf Kinsky in einem dynamisch konzipierten, auch zur Erfassung von "Übergangssphänomenen" geeigneten Modell zusammen. Nach diesem gelangt man vom Partikularismus durch Integration zum Föderalismus und von diesem zum Zentralismus, von wo aus man in umgekehrter Richtung durch Dezentralisierung zurück zum Föderalismus und von ihm weiter zurück zum Partikularismus kommen kann. Vom Partikularismus in Richtung Föderalismus und Zentralismus ausgehend findet man folgende Reihenfolge politischer Organisationsformen vor: Internationale Organisationen, Staatenbund oder Konföderation, Bundesstaat oder Föderation, dezentralisierter regionalisierter Staat und zentralistischer Einheitsstaat. So betrachtet entsprechen die UNO und der Europarat dem Typus (partikularistischer) Internationaler Organisationen, die Schweiz (bis 1848), die USA (von 1776 bis 1789) und der Deutsche Bund (1815-1866)

einem konföderativen Übergang von Partikularismus zum Föderalismus, die USA, die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland und Australien dem rein föderativen Bundesstaat, Italien, Belgien und Spanien einem dezentralisierten regionalisierten Staat zwischen Zentralismus und Föderalismus, während die Französische Republik zwischen zentralistischem Einheitsstaat und dezentralisiertem regionalisiertem Staat, Österreich und Indien dagegen zwischen dem letzteren Typus und dem Bundesstaat placiert sind. Dem rein zentralistischen Einheitsstaat entsprechen schließlich totalitäre Diktaturen. Bemerkenswert ist, welchen Platz nun die EG in diesem Modell gegenwärtig einnimmt: einstweilen hauptsächlich auf Wirtschaftspolitik beschränkt, verfügt sie sogar über bescheidenere Kompetenzen als Konföderationen, die obendrein umfassendere Kompetenzen haben, während sie aber dank der Wirksamkeit ihrer supranationalen Einrichtungen wie Kommission, Parlament und Gerichtshof den Status des von Professor Hallstein geprägten "unvollendeten Bundesstaates" erfüllt. Graf Kinskys Verdikt: "In der Praxis scheint die EG zwischen einer präkonföderalen und präföderalen Position hin- und herzuschwanken."

Nach einer kurzen Darstellung der wichtigsten bundesstaatlichen Einrichtungen wie Zweikammersystem (d.h. Repräsentation der Bundesbevölkerung gegenüber der Repräsentation der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten), Typen der Exekutive (auf parlamentarische Mehrheit gegründete Regierung, Präsidialsystem oder Kollegialregierung), beschreibt Graf Kinsky die als Exekutivorgan der EG fungierende

Kommission als ein "heterogen zusammengesetztes Kollektiv", zumal die Kommissare aus den einzelnen Mitgliedsstaaten kommen und verschiedenen Parteien angehören. Somit kann Graf Kinsky zur Formulierung des Kernbereiches seiner Theorie des Föderalismus übergehen. In seiner Sicht verbinden föderalistische Verfassungen bestimmte Prinzipien miteinander. Diese Prinzipien sind: Autonomie der Gliedstaaten im Sinne eines Verzichtes auf Außen- und Verteidigungspolitik bei gleichzeitiger Garantie des Selbstbestimmungsrechts und einer vollen Selbstverwaltung; Kooperation und rechtlich geregelte Konfliktlösung; sachgerechte Machtverteilung im Sinne der Subsidiarität; Partizipation der Gliedstaaten (bzw. ihrer Kammer) an der bundesstaatlichen Gesetzgebung, sowie an den Entscheidungen über die Besetzung von Regierungsämtern, Richterposten oder von dem Amt des Staatsoberhauptes. Graf Kinsky läßt nun im Lichte seiner Theorie einige geschichtlichen Entwicklungen Revue passieren und er kommt dabei zu dem Schluß, daß die meisten Bundesstaaten seit ihrem Bestehen eine Tendenz zum mehr Zentralismus und zu Machteinbußen der Gliedstaaten durchgemacht haben, wobei selbst in den USA, wo ein Terraingewinn bundesstaatlicher Ausgaben zungunsten staatlicher und kommunaler Ausgaben besonders krass ausfällt, die politische Machtkonzentration nicht zu dem in Europa bislang üblichen Typus des Verwaltungszentralismus geführt hat. Es wäre in diesem Zusammenhang ganz gewiß von größtem Vorteil gewesen, wenn Graf Kinsky die mit der Wahl Präsident Reagans deutlich gewordene Renaissance des Föderalismus in den USA

einschließlich der einschlägigen Fachliteratur (z.B. Banfield, Fox, Morhouse, Reagan-Sanzone, Rosenthal-Moakley, Wright, Grant usw.) genauer hätte berücksichtigen können. Er macht es dem Leser jedenfalls nicht leicht, pauschale Urteile zu bilden. Als Gegentendenz zu den erwähnten, in den Bundesstaaten feststellbaren zentralistischen Tendenz führt er eine ganze Reihe ernst zu nehmender Phänomene an. So etwa die steigende Zahl vom Staat enttäuschter Individuen und Gruppen, die gerne partikularistischen Lösungsvorschlägen oder auch nur Versprechungen sich verschreiben, oder die von Dahl und Tufte klar nachgewiesenen Vorteile kleiner Organisationen für die Praktizierung einer legitimationsfähigen Demokratie oder eben die von Elazar nachgewiesene Verschränktheit von Souveränität und Gewalt- bzw. Vollmachtendelegation auf verschiedenen Ebenen in föderativen Republiken, in denen in Wirklichkeit eine Matrix aus Volkssouveränität und verschiedenen politischen Einrichtungen des Volkes besteht. Seine eigene Theorie des Föderalismus schließt nun Graf Kinsky mit einer kritischen Bestandsaufnahme früherer Föderalismustheorien ab. Aus der eindrucksvollen Fülle dieser Passagen seines Essays verdienen einige besondere Aufmerksamkeit. So zeigt er, wie vorsichtig sich Tocqueville gegenüber einer eventuellen Übertragung amerikanischer Föderalismus-Erfahrungen auf Europa verhielt, und wie wichtig doch seine Theorie für die Umwandlung der Schweizer Konföderation in eine Föderation war. Oder welchen Balanceakt die Autoren der "Federalist

Papers" auszuführen hatten. Oder welche Schlußfolgerungen Professor Cartou aus seinen drei Thesen (1. Kein gemeinsamer Markt ohne Wirtschaftsunion; 2. Keine Wirtschaftsgemeinschaft ohne politische Union; 3. Keine politische Union ohne bundesstaatliche Einrichtungen) zog und warum diese Schlüsse (Die Kommission wird zum einzigen Exekutivorgan der EG, zur Europäischen Bundesregierung; das Europäische Parlament wird direkt gewählt, nimmt an der Ausübung einer zu bildenden Legislative teil, erhält mehr politische und finanzielle Kompetenzen; der Ministerrat wandelt sich zu einem föderalen Senat, zu einem europäischen Bundesrat um) heute zum Teil mit Resignation beurteilt zu werden pflegen. Seine Schilderung der Auseinandersetzungen zwischen integralen Föderalisten (z.B. Heraud) und "Hamiltonschen Föderalisten" (Spinelletti, Albertini) verdient ebenso Aufmerksamkeit wie seine Rekonstruktion des jakobinischen Zentralismus (1792) oder seine Rekapitulation der Argumente Herauds für eine Föderalisierung der Französischen Republik. Die lehrreichsten Passagen dieser ideengeschichtlichen Streifzüge sind jedoch wohl die, in denen Graf Kinsky kurz Laskys souveränitätslose Totalpluralismus-Vorstellung und alsdann wesentlich detaillierter, ja auch auf die Nachwirkungen eingehend Proudhons föderatives Sozialvertragsmodell für autonome Gruppen darstellt. Kritisch könnte zu diesen Passagen nur wenig vermerkt werden, so z.B. daß in Hegels Dialektik die Gegensätze nicht stets, sondern nur am singulären Knotenpunkt des Widerspruchs verschwinden

und alsdann mehr oder weniger wohl erhalten wiederkehren können, weshalb ihre "Aufhebung" beides, ihr Verschwinden und ihr verändertes Fortbestehen zugleich meint. Die von Graf Kinsky angeführte Dialektik des (gewiß nur partiellen) Aufrechterhaltens von polaren Gegensätzen in einem (wohl dynamischen) Gleichgewicht stimmt also mit Hegels Theorie voll überein. Diese Theorie, deren Darstellung sich übrigens nicht in "Triaden", sondern in Wirklichkeit in Quadrupeln fortbewegt, steht in keinem Widerspruch zu Graf Kinskys Modellvorstellung, wie er davon bedauerlicherweise überzeugt zu sein scheint. Überhaupt ist bei der Verwendung der Begriffe "Gleichgewicht", "Stabilität", "Polarität" mehr Umsicht geboten als sie in diesem vorzüglichen Essay waltet; das gilt übrigens auch für die Begriffe "Chaos" oder "Katastrophe", die instabile Zustände oder Phasenübergänge inmitten der Prozesse von Systemen charakterisieren, stets in Wechselbeziehung mit Bereichen der Stabilität stehen und nicht nur das Ende einer Ordnung, sondern auch der Ursprung einer neuen Ordnung sein können – warum sollte man also sie etwa bei der Darstellung wirklich verschärfter und zum radikalen Handeln Anlaß gebender Krisensituationen nicht benutzen? Was den Leser bei Graf Kinskys ideengeschichtlicher Retrospektive am allermeisten erstaunt, das ist vielmehr die Tatsache, daß die personalistisch-föderalistische Denkschule (auf Schelers, Mouniers, Marcells und Maritains Ideen fußend) lediglich auf die Lehre von der einzigartigen, an vielen Gruppen beteiligten, auf andere Personen angewiesenen und neben Menschenrechten auch Gruppenrechte für sich beanspruchenden menschlichen Person reduziert

hier Beachtung findet, obwohl sie gewiß mehr wesentliche Beiträge zu politisch verwertbaren Aspekten des Föderalismus geleistet hat, als etwa die Diskussion der allzu wissenschaftsfernen wie allzu statischen Gleichgewichts- und Polaritätsvorstellungen des ansonsten äußerst anregenden Pierre Joseph Proudhon. Solche Kritik kann angesichts des vorliegenden Essays allenfalls einige seiner untergeordneten Details treffen und auch dies ändert nichts an dem grundsätzlichen Verdienst des Autors, endlich den Ansatz einer Theorie des Föderalismus vorgelegt zu haben. Gleichwohl entspricht dieses Vorgehen einem Bauelement jener politischen Strategie, die er im zweiten Kapitel seines Essays suggeriert.

Graf Kinsky leitet seine strategischen Leitsätze und Vorschläge aus einer Evaluation der bisherigen Fortschritte bei der Durchsetzung föderalistischer Konzepte in der Europapolitik ab. Zunächst wendet er sich dabei den sogenannten präföderalistischen Tendenzen zu, die er in den Bereichen europäische Integration, Regionalismus und Demokratisierung prüft. Nach einer kurzen Schilderung der Entscheidungsbefugnisse des Europarates und der Leistungen der "Europäischen Menschenrechtskonvention" sowie der Wirkungsweise der "Europäischen Menschenrechtskommission" und des "Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte", sucht er die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft auf föderalistische Elemente ab. Diese wären bei der Kommission die Unabhängigkeit der Mitglieder, Initiativrecht (ohne Kommissionsvorschlag darf der Ministerrat nichts beschließen), Beschlußkompetenzen als "Hohe Behörde", alsdann bei dem Ministerrat

die Unmittelbarkeit der Beschlüsse ohne Ratifikationszwang durch nationale Parlamente, Beschlußfassung durch qualifizierte Mehrheiten, Verabschiedung des EG-Haushaltes gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, ohne nationales Vetorecht, jedoch mit qualifizierter Mehrheit im Rat, dann beim Europäischen Parlament die Fähigkeit, mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden die Kommission zum Rücktritt zu zwingen, Haushaltsbefugnisse (zusammen mit dem Ministerrat) mit alleiniger Zuständigkeit bezüglich vertraglich nicht vorgesehener Ausgaben und mit der Fähigkeit, den gesamten EG-Haushalt abzulehnen, beschränkte Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Gesetzgebung mit der Fähigkeit, mit absoluter Parlamentsmehrheit Kommissionsvorschläge oder Ministerratsentscheidungen zu ändern, und schließlich beim Europäischen Gerichtshof der Status einer letzten Instanz bei der Überwachung der Einhaltung der Verträge, Rechtsverbindlichkeit der Urteile, Vorabentscheidungen als Eingriffe in die nationale Rechtspflege sowie Anrufbarkeit durch Einzelpersonen in bestimmten Fällen. Bereits unter dem Gesichtspunkt präföderalistischer Tendenzen widmet Graf Kinsky größte Aufmerksamkeit der politischen Rolle, die das Europäische Parlament spielt. Er diskutiert zunächst den von Altiero Spinelli initiierten Vertragsentwurf für die Verfassung einer Europäischen Union, der 1984 vom Europäischen Parlament mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde. Dieser Entwurf lief freilich auf keine bundesstaatliche Verfassung hinaus, er enthielt jedoch föderalistische Forderungen, so die Unterscheidung zwischen "gemeinsamer Aktion" und "Kooperation" der Mitgliedsstaaten,

die Unterscheidung zwischen einer "ausschließlichen" Kompetenz der Union und einer einstweilen "konkurrierenden" Kompetenz der Mitgliedsstaaten, die Erhebung des Verfahrens der Verabschiedung des EG-Haushaltes unter Zusammenwirken des Europäischen Parlaments und des mehrheitlich entscheidenden Ministerrates zum generell gültigen Muster bundesstaatlicher Gesetzgebung und die Anregung, der Kommissionspräsident, der von den im Europäischen Rat und im EG-Ministerrat vertretenen nationalen Regierungen benannt wird, sollte nun seine Kommissionskollegen selbst aussuchen dürfen und sie zusammen mit seinem Programm dem Europäischen Parlament zur Billigung vorstellen müssen. Die Verallgemeinerung des "Zweikammersystems", von dem im Falle der Verabschiedung des EG-Haushaltes Gebrauch gemacht wird, erscheint Graf Kinsky als einer der wichtigsten föderalistischen Vorschläge zur Bewältigung der Krise, die er bezüglich der EG, und zwar trotz umfassender politischer Integrationszwänge (Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers, internationale Währungskrise, Lage der Dritten Welt, energiepolitische Probleme, technologischer Innovationsrückstand gegenüber den USA, Umweltzerstörung usw.) feststellt. Diese Krise besteht vor allem darin, daß das "schlechte Funktionieren der Entscheidungsmechanismen" der EG beim Bürger einen Mangel an Motivation zur föderativen Integration verursacht, während die ursprünglich für seltene Entscheidungssituationen erdachte Einstimmigkeitsregel allzu häufig maßgeblich für politische Weichenstellungen ist und trotz des Luxemburger Reformgipfels immer noch nicht in genügend umfassender Weise durch Mehr-

heitsbeschlüsse abgelöst werden konnte. Mit dieser Krise sind demnach nationaler Egoismus wie nationale Überempfindlichkeit gleichermaßen verbunden. Den Ausweg aus dieser Krise sieht Graf Kinsky in einer generellen Mitbeteiligung des Europäischen Parlaments an der Gesetzgebung einer Europäischen Union. Er muß allerdings feststellen, daß die Einheitliche Europäische Akte die Idee eines "Zweikammersystems" wesentlich abgeschwächt hat, indem beim legislativen "Verfahren der Zusammenarbeit" mit dem Parlament der Ministerrat das letzte Wort behielt und die Kommissionsvorschläge innerhalb von drei Monaten durch "Nichtbeschuß" schlichtweg mißachten kann. Graf Kinsky faßt das insbesondere seit dem Bestehen eines frei und direkt gewählten Parlaments politisch hinderlich auswirkende demokratische Legitimationsdefizit der EG wie folgt zusammen: "Das Mitbestimmungsrecht des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung der EG beschränkt sich auf Fälle, in denen der Ministerrat einstimmig oder mehrheitlich bereits seine Zustimmung gegeben hat."

Graf Kinsky sieht nicht nur die EG in einer Krisensituation, sondern manche der zuvor mutig eingeleiteten, dezentralisierenden Regionalisierungsvorhaben sowie die postindustriell zu werden beginnenden Gesellschaften, in denen die Staaten bezüglich übertriebener Daseinsfürsorge und Problemlösungsbereitschaft versagen, während ihre Bürger ganz im Sinne der von Forsthoft diagnostifizierten "staatsideologischen Unterbilanz", ihre Rettung im Partikularismus suchen. Die nicht weniger üble Kehrseite dieses Sachverhaltes ist die Verteidigung von Machtpositionen und Privilegien sei-

tens der Berufspolitiker und Beamten, die allesamt nationalstaatliche Belange verfechten oder nationalstaatliche Problemlösungen präsentieren zu müssen meinen und dabei vor die Wahl zwischen kreativen wie phantasievollen politischen Entwürfen und einer verwaltungskonformer Mediokrität gestellt, die letztere bevorzugen.

Vom föderalistischen Standpunkt aus erblickt Graf Kinsky nur in der mittlerweile immer häufiger genutzten Möglichkeit, politische Kooperationen zwischen regionalen und europäisch-supranationalen Instanzen ins Leben zu rufen und damit den Nationalstaaten Kompetenzen abzurufen, einen hoffnungsvollen Lichtblick. Sein Strategientwurf für die Durchsetzung einer föderalistischen Konzeption, der lobbyartige Beeinflussung von nationalen Regierungen, Massenbewegungen, Besetzung wichtiger Positionen in den politischen Institutionen durch föderalistisch motivierte Politiker sowie Beamten und Überzeugungsarbeit durch Bildungsmaßnahmen sowie Veröffentlichungen vorsieht, gipfelt in der Tat in der Forderung nach einer eminent politischen Einsicht in die wirklichen Frontlinien der politischen Integration Europas. Er schreibt: "Abgesehen von wenigen Ausnahmen – etwa in der "Europäischen Konferenz für Gemeinden und Regionen" des Europarates und im "Rat der Gemeinden Europas" – haben die Anhänger lokaler und regionaler Selbstverwaltung auf der einen Seite, die Befürworter der europäischen Integration auf der anderen Seite, noch nicht genügend verstanden, daß ihr gemeinsamer Feind der moderne Nationalstaat ist, daß der europäische Zusammenschluß und die Regionalisierung nicht alternative, sondern komplementäre Ziele sein können."

Wie ein von der EVP und der Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli dieses Jahres unter dem Titel "Kommunalpolitik in Europa" in Luxemburg veranstalteter Kongreß davon zeugt, wird die zitierte Überlegung Graf Kinskys mittlerweile von einem maßgeblichen Teil des demokratischen politischen Spektrums in Europa geteilt. Immerhin hatte Bruno Heck während jenes Kongresses die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit vollen legislativen Kompetenzen gefordert, hatte ferner EG-Kommissar Nicolas Mosar von zahlreichen direkten Beziehungen zwischen Kommission und Gemeinden in der regionalen Strukturpolitik berichtet, und haben die Teilnehmer in der Schlußresolution gefordert, daß die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates aus dem Jahre 1985 europäisches Gemeinschaftsrecht und die Kernaussagen dieser Charta Teil einer künftigen Verfassung der Europäischen Union werden sollen. Graf Kinsky steht mit seiner Strategie zur Bewältigung dessen, was er eine EG-Krise nennt, nicht nur nicht allein, sondern er scheint geradezu am nervus rerum jenes institutionellen Wandels zu rühren, der eine unabdingbare Komponente der politischen Integration Europas ist.

Ladislav Barlay

Karl von Wogau - Klaus Löffler - Diether Mitzka: *Der Milliarden-Joker. Offene Worte gegen geschlossene Grenzen in Europa.* Europa Union Verlag, Bonn 1987.

Europäischer Binnenmarkt ohne nationalstaatliche Grenzen: diese vernünftige Zielvorgabe holen die Auto-

ren des Buches vom Sockel der Unerreichbarkeit. Kapitel für Kapitel werden die obligatorischen Komponenten des freien Binnenmarktes wie Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr offengelegt.

Passiert der europäische Urlauber mittels oder ohne grüne Scheibe heute schon zügiger die Grenzkontrollen, so sieht er sich aber immer noch mit Autobahngebühren und stichprobenartigen Paß- und Kofferraumkontrollen konfrontiert. Indessen steht die Wirtschaft vor extraordinären Grenzen:

30 Milliarden DM Mehrkosten müssen für den Warenverkehr über Grenzen hinweg, 5 Milliarden DM von Handel, Gewerbe und Verbraucher für den Wechsel-Tribut mangels europäischer Währung und 90 Milliarden DM vom Steuerzahler infolge der Hoflieferantenmentalität bei nationalen Ausschreibungen jährlich aufgebracht werden. Ein teilweise über 100prozentiges Steuergelände und andere Diskriminierungen nationalegoistischer Herkunft lassen gegen alle Gebote der Vernunft Warentransporte zu einer europäischen Geisterfahrt werden. Divergente Normen (20 000 DIN-Normen in Deutschland), Bauordnungen und Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften (im deutschen Lebensmittelrecht über 400), kein einheitliches Markenrecht u.a. stellen Gewerbe und Handel vor ein schier undurchdringliches Paragrafen-Gestrüpp. Lediglich der saure Regen und andere Umweltverschmutzungen kennen keine Grenzen. Europa durchlebt gerade im Hinblick auf das umweltfreundliche Auto die 'ökologische Biermeierzeit'.

Der reiche Erfahrungsschatz der Autoren - Dr. v. Wogau MdEP wohnt im südbadischen Dreiländereck und kennt

als wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament die angeführten Probleme aus erster Hand - wird dem Leser fürwahr nicht vorenthalten. Viele beispielhafte Einzelfälle und bürokratische Absonderlichkeiten belegen dabei die Sorgen und Ärgernisse der 320 Millionen EGBürger im europäischen Alltag.

Aber die Autoren begnügen sich nicht etwa mit einer Wiederholung der hierbei oft zu hörenden Kassandrarufo. Sie bringen deutlich zum Ausdruck, was das Europäische Parlament trotz der Verhinderungs- und Verzögerungstaktik des Ministerrats schon zu Wege gebracht hat an Erleichterungen im Personen- und Güterverkehr. Vor allem aber werden Perspektiven für die nächsten Jahre aufgezeigt, und zwar in der Modalität einer pragmatischen, von der politischen Erfahrung für gangbare Wege getragenen, europäischen Vorgehensweise der kleinen Schritte. Die konsequente Verwirklichung des Binnenmarktes durch Einführung des sog. Einheitspapiers für Lastkrafttransporte, durch langsame Angleichung der Mehrwertsteuern, durch Schaffung eines europäischen Normeninstitutes, durch gemeinsame Fernsehprogramme, durch die Stärkung des EWS infolge der Anerkennung des ECU als Zahlungsmittel, kurzum die Durchsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte bis 1992 stellt ein überschaubares Manifest für die nächsten Jahre dar.

Die sehr gelungene Synthese von Zeichnungen und literarischen Einschüben in jedem Kapitel, die sprühende und spritzige Darstellungsweise nüchterner Fakten lassen den Leser die unbedingte Entschlossenheit der Autoren erkennen, bei der Realisierung des Binnenmarktes einem möglichst freien Markt zur Geltung zu verhelfen. Nicht

umsonst ist Dr. v. Wogau öffentlich bekannt als beharrlicher Fürsprecher des EWS und des Binnenmarktes.

Die Lektüre dieses Buches kann nicht nachhaltig genug jedem, und vor allem den notorischen Nörglern und Zweiflern, die vor lauter Grenzen keinen europäischen Markt mehr sehen, empfohlen werden. Der Verlag hätte allerdings dieses vorzügliche Buch, wäre sein Preis niedriger ausgefallen, ganz gewiß einer breiteren Leserschaft zugänglich gemacht.

Matthias Rehner

Franz Kusch: *Der Ausverkauf der Neuen Heimat.* Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1987, 223 Seiten.

'Herr, vergib Ihnen, sie wissen nicht, was sie tun!' So lautete der Kommentar des Bankers Meier-Preschany zum Verkauf des Neue-Heimat-Konzerns an den Berliner Bäcker Schiesser. Ein halbes Jahr zuvor hatten die Gewerkschaften Meier-Preschany noch angeheuert, damit dieser als Berater und trouble-shooter Auswege aus der Misere des Gewerkschaftskonzerns fände. Doch diese Äußerung wirkt ebenso mißlungen wie der (ohnehin aussichtslose) Rettungsversuch, wenn man Franz Kuschs Buch gelesen und so die Hintergründe des Skandals in sich aufgenommen hat, denn nach dieser Lektüre muß man zu der Überzeugung gelangen, daß zumindest einige der Protagonisten dieses perfiden Spiels sehr genau wußten, was sie da taten.

Franz Kusch war als um intime Detailkenntnis nie verlegene Insider sicher der berufene Mann, dieses Buch zu schreiben. Er war selbst in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit tätig, und er hat sein publizistisches

Schaffen - neben seiner Tätigkeit als Kommentator und politischer Redakteur beim WDR - hauptsächlich dem anmaßenden Anspruch der Gewerkschaften gewidmet, Ordnungsfaktor und Gegenmacht in der bundesdeutschen Gesellschaft sein zu wollen. So wurde er auch zum Chronisten des wohl traurigsten Kapitels deutscher Gewerkschaftsgeschichte - des Neue-Heimat-Skandals, den er bis in die letzten Winkel ausleuchtete, wobei er eine Vielzahl bisher in der Öffentlichkeit kaum bekannter oder kaum beachteter Details beleuchtet.

Wie weit gewerkschaftlicher Anspruch mit unternehmerischer Wirklichkeit auseinanderklafft, wenn sich der DGB selbst als Arbeitgeber betätigt, war Insidern schon lange bekannt, und es bleibt nur zu hoffen, daß Kuschs Buch diese Information weiter zu verbreiten hilft. So erfährt der Leser beispielsweise von der menschenunwürdigen Unterbringung der Arbeiter auf Großbaustellen der Neuen Heimat, aber auch davon, wie allein durch die Verfälschungen an der DGB-Spitze grundlegende Mitbestimmungsrechte, denen sich jeder andere Betrieb unterwerfen muß, in gewerkschaftseigenen Unternehmen mit Füßen getreten werden: Wer in dem Aufsichtsrat so eines Unternehmens als Arbeitgeber- und wer als Arbeitnehmervertreter agiert, ist so leicht gar nicht erkennbar, sind doch die Gewerkschaftsbosse, die hier Arbeitnehmerinteressen zu vertreten vorgeben, in ihrer Eigenschaft als DGB-Spitzenfunktionäre gleichzeitig der Arbeitgeberseite verpflichtet!

Überhaupt sind die Aufsichtsräte der gewerkschaftseigenen Unternehmen ein Kapitel für sich, muß es doch jedem Außenstehenden als völlig un-

gläublich erscheinen, daß die so offensichtlich krummen Machinationen der Geschäftsleitung so lange von Seiten des zuständigen Aufsichtsgremiums ungerügt bleiben können. Kusch enthüllt die vielschichtigen Zusammenhänge: Der simpelste Grund zum Wegsehen ist natürlich in die eigene Verstrickung einzelner Aufsichtsratsmitglieder in Finanzmanipulationen zugunsten der Privatschatulle, betrieben in schönster Eintracht mit dem Vorstand. Ein weiterer Grund ist primitive Vertrauensseligkeit gegenüber den für die Geschäftsführung verantwortlichen Genossen, und die wohl entscheidendste Ursache dafür, daß es so weit kommen konnte, ist der völlige Mangel an Sachkenntnis, die totale Inkompetenz der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Aufsichtsräte. So zeigen sich die Gewerkschaftsunternehmen an ihrer Spitze als Haufen hochbezahlter Dilattanten, die Monopoly spielen - eben als 'Laiendarsteller', um eine treffende Formulierung Kuschs zu zitieren.

Für viele Spitzenfunktionäre waren aber beträchtliche Aufsichtsratsantien neben ihren auch nicht gerade bescheidenen Gehältern noch lange nicht genug - die gemeinnützige Neue Heimat ließ sich doch so wunderschön als 'rote Geldwaschanlage' einsetzen! Ein krasserer Gegensatz als der zwischen der privaten Bereicherung der Bosse und der von ihnen in ihren Sonntagsreden gepredigten Ideologie läßt sich beim besten Willen nicht mehr vorstellen. Da gab es nicht nur die bekanntgewordenen Immobiliengeschäfte, mit denen sich die Obergewerkschafter ein beträchtliches, privates Grundvermögen verschafften, das ging noch vi, weiter. So existierte beispielsweise ein

reichlich mit steuerabzugsfähigen Spenden der Neuen Heimat finanzierter, als gemeinnützig anerkannter Verein, der sich bei näherer Betrachtung als ein Damenkränzchen, bestehend aus den Ehefrauen der Neue-Heimat-Manager, entpuppte! Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß die gewerkschaftlichen Manager bei ihren privaten Geschäften eine enorme Phantasie und ein geradezu äquilibristisches Geschick an den Tag legten - Eigenschaften, die bei der Führung der gewerkschaftseigenen Unternehmen so schmerzlich zu vermissen waren.

Ein gewisses Geschick besaßen die Betreffenden allerdings auch, wenn es darum ging, die Verluste zu sozialisieren, die bei diesem Paradebeispiel ihrer wirtschaftlichen Inkompetenz, das die Neue Heimat darstellte, nahezu zwangsläufig anfallen mußten. Dahingehende Aktivitäten gab es schon lange vor den Übernahme-Planungen bezüglich regionaler Neue-Heimat-Teile durch den Gewerkschaften wohlgesonnene Landesregierungen: Ein lange praktiziertes, beliebtes Spiel war es zum Beispiel, die gemeinnützige Neue Heimat bluten zu lassen, um die nicht gemeinnützige Schwestergesellschaft Neue Heimat Städtebau zu sanieren, wozu des Öfteren die Notwendigkeit bestand.

Doch verweilen wir noch einen Moment bei der Übernahme der südwest-

deutschen Neue-Heimat-Tochter durch das damals noch rot-grün-regierte Land Hessen. Sie allein stellt einen Skandal allererster Ordnung dar, und man darf sich nur wundern, warum damals nicht ein Aufschrei kollektiver Entrüstung durch das Land ging, während andererseits kurz zuvor, im Fall der Steuerbefreiung für Flick, ein jahrelang andauerndes Medienspektakel inszeniert worden war, in dessen Verlauf durch den Druck der veröffentlichten Meinung sogar ein unliebsamer Politiker zum Rücktritt gezwungen werden konnte, wodurch die Bundesregierung einen schmerzlichen Verlust an wirtschaftspolitischer Kompetenz, mit der sie ohnehin nicht reichlich gesegnet war, hinnehmen mußte. Es scheint einfach nicht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen zu sein, was eigentlich geschehen ist: ein tiefer Griff in den Staatssäckel, um mit dem Geld aller Steuerzahler die Pleite eines Gewerkschaftsunternehmens zu kaschieren!

Es bleibt zu bemerken, daß auf dem linken Flügel unseres politischen Spektrums ein extrem unterentwickeltes Unrechtsbewußtsein verzeichnet werden muß: Recht ist offenbar, was der 'guten Sache' dient - und unter dieser Prämisse wurden von Fanatikern aller Richtungen schon schreckliche Verbrechen begangen.

Heiner Wehn

Hans-Jürgen Zahorka MdEP über das neueste "Fahrradbuch"

von Dieter Rogalla MdEP

Dieter Rogalla: Sattelfest – Europa erfahren. Tagebuch: Aus Nordrhein-Westfalen per Fahrrad durch den Kontinent. N. P. Engel Verlag, Kehl 1987, 111 S.

So wie Rogalla ist, so schreibt er auch: Originell, mit den Beinen voll auf dem Boden, übersprudelnd und ein bißchen chaotisch, aber europäisch engagiert wie wenige andere. Dazu kommt noch eine Besonderheit: Der jetzt 60jährige Dieter Rogalla ist begeisterter Fahrradfahrer und dürfte dabei wesentlich mehr Kondition als manch Jüngerer haben.

So schrieb er eine Chronologie seiner Sattelreisen quer durch Europa, durchsetzt mit Schwarz-Weiß- und Farbfotos, Landkarten, der Anzeige eines Magenbitters und mehrsprachigen (jeweils mit deutscher Übersetzung versehenen) Geschichten seiner Kollegen aus vielen Fraktionen im Zusammenhang mit den Imponderabilien des europäischen Binnenmarktes. Dazu noch einige Intimitäten aus dem Zoll (der Autor war zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn bei der Bundeszollverwaltung), ein wenig technische Philosophie rund ums Fahrrad (diese ist etwas weniger lesenswert) sowie einige politisch-fahrradtechnische Reflexionen: "Die richtige Bremse zur richtigen Zeit richtig gebremst...".

Man wünscht dem Sozialdemokra-

ten Dieter Rogalla für derartige Erkenntnisse wesentlich mehr Echo vor allem auch innerhalb seiner eigenen Partei.

Der Europäer und Jurist Rogalla, elf Jahre lang auch tätig in der EG-Kommission und von daher intimer Kenner der Vorgänge, ist einer der umgänglichsten, wenn auch gelegentlich lautstärksten Mitglieder des Europäischen Parlaments. Jeden Tag hat er ein anderes T-Shirt an, allerdings mit dem gleichen Aufdruck: Weg mit den Grenzen in Europa! Nur Fremde, Außenstehende und Ignoranten könnten meinen, Rogalla habe einen Schlagbaumkomplex: Er trägt in Straßburg, wie ein kleines Mädchen seinen Teddybär, immer einen kleinen Holz- oder Plastikschlagbaum mit sich herum. Wobei allerdings die Nähe einer Sechsjährigen zu ihrem Teddybär im mentalen Bereich der Ferne entspricht, die zwischen Rogalla und Schlagbäumen besteht. Er ist schließlich der einzige Abgeordnete, der schon Schlagbäume zersägte, wenn möglich vor den Augen von Fernsehteams, die wie von ungefähr vorbeikamen... Dieser Mann hat europäische Zivilcourage.

"Die echte Grenzfreiheit ist es, die dem Bürger das Gefühl gibt, nicht mehr ins Ausland zu reisen, wenn er seine europäischen Nachbarn besucht."

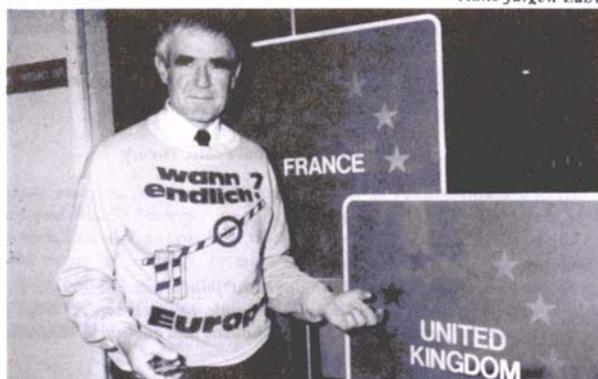
Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte im

Mai 1985 diese Worte vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, und dieses Zitat steht auf der ersten Seite des Rogalla-Buches. Man muß nicht unbedingt aktiver Radfahrer sein, um von Rogallas Idee begeistert zu sein: Mit dem Fahrrad quer durch Europa zu fahren. Mit einem verkannten, in jüngster Zeit aber doch immer wieder erkannten Fortbewegungsmittel. Wieder erkannt z.B. in einem EP-Bericht des niederländischen Liberalen Florius Wijsenbeek über das Fahrrad in Europa. Sicherlich ein fast schon folkloristischer Aspekt der Arbeit im Europäischen Parlament, aber ein Aspekt, der bei vielen Bürgern, die mit Berichten zu Verordnungen oder Richtlinien der EG wenig anfangen können, großes Interesse geweckt hat.

Wie erwähnt: Das Buch ist so geschrieben, wie Rogalla mit einem plaudert, als würde er mit einem neben sich herfahrenden Radfahrer kommunizieren, also manchmal fast außer Atem. Dabei ver-

breitet Rogalla schätzwertvolle Einsichten – die Ideen der "Känguruh-Gruppe" unter den Europaparlamentariern, die für einen großen europäischen Binnenmarkt ohne innere Grenzen kämpfen. Wie Rogalla darüber schreibt, immer wieder durchflochten mit Persönlichem, läßt viel menschliche Wärme ausstrahlen, viel Solidarität mit dem "kleinen Mann". Etwas, wozu man nicht unbedingt Sozialist oder Sozialdemokrat sein muß. Vielleicht hält "Eurogalla" es bei seinen Genossen auch nur deshalb aus, weil er noch an solche Dinge glaubt, wie er sie in seinem Literaturverzeichnis – der keinen Einfluß auf den Inhalt seines Buches hatte – aufgeführt hat, Bücher über "Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität", über "Arbeiter-sport in Deutschland 1893-1933" und sonstige herrlich verstaubte, altmodische, damals aber sicherlich notwendige Dinge. Ich wiederhole: damals.

Hans-Jürgen Zahorka



"Eurogalla": Mit dem Fahrrad gegen Europas Beschränkungen.

Summaries

The World Economy as the Testground for Survival

by Edzard Reuter

The author argues on behalf of a renovation of the capability for action on the part of the state which must be realized through solutions of the problems of strategic leadership. Therefore he affirms the prolongation of basic economic consensus in Germany.

Reuter then stresses the importance of recognizing world market aspects of national economies, or of the adaptation of national economic policies to world market parameters. In this context he suggests the further consolidation of the internal EC market. He prefers inter-state economic diplomacy instead of the national practices of EC governments.

Reuter discusses the possibility of reducing taxes as a means of inducing growth in the economy. He affirms both control by supply and demand but he pleads for tax reductions and the dismantling of subsidies insofar, as they are shared equally. In view of the US foreign debt which can be foreseen, and its consequences Reuter argues for the continued development of the European currency system; in the process he projects the role this system is to play in the world economy. Simultaneously he warns against inflatory expenditure and protectionism. For him the most effective market index must be renewed in that the international and inter-temporal comparability of prices of goods and services must function.

The author sees the basis of the solutions of the problems of the world economy from what Europe must emerge in a deep link between science and culture.

Macroeconomic Income and Employment Policy:

On H.-J. Rüstow's Differential Profit Theory

by Willi F. J. Weber

The basic problem of income and employment policy has not been solved in terms of economic theory as social and economic practice shows. What is required is a framework for the definition of a holistic and analytical model as was

presented by H.-J. Rüstow in his differential profit theory as early as 1926. Rüstow's theory has not yet received wide recognition. Nevertheless a whole array of prominent economists such as Lord Kaldor and Kalecki acknowledge the central significance of differential profit which is necessary for all economies. This necessity is based on cost structure as determined by productivity (vintage approach) for companies within an economy and also on fundamental facts and rules. This means that successful companies must all achieve differential profit (in fact difference profit) as opposed to marginal companies within the same economy; this goes beyond Keynes' General Theory.

Lord Kaldor sees Rüstow together with Keynes and Kalecki as one of three founders of modern macroeconomics which is probably the most important innovation in the field of economics in this century. Beyond that, Rüstow's main ideas were first put forward in his dissertation of 1926 on accumulation and crisis – before Keynes. In some respects Rüstow had shown deeper insight. Thus, his emphasis on the relationship between the share of investment and the share of profits in output, and that between the share of profits and to level of employment is distinctly superior to Keynes' account in his General Theory.

Rüstow shows that profits in the aggregate are determined by the excess of investment expenditure over savings out of "cost incomes" (i.e. wages and salaries): while the level of employment is a monotonic function of the share of profits, owing the existence of firms with differing production costs. The existence of such cost differences is an essential feature of a dynamic economy with technical progress. It is also the essential reason for the connection between the aggregate level of output (or employment) and the share of profits, the differential profit (Differentialgewinn).

Remarks on the Influence of Islamic Fundamentalists in Egypt

by Professor Bernd M. Weischer, Ph.D.

The essay analyzes firstly the the development of fundamentalism in Northern African and Middle Eastern countries. In contrast he describes the links between fundamentalism and nationalism under Nasser from 1952. Then he shows the possible issues of conflict between Fundamentalists and representatives of secularized notions of the state under President Sadat. The essay closes with a demonstration of attempted solutions of these accumulated conflicts under President Mubarak.

The New Age Movement in the Political System of the USA

by Friedrich-Ludwig Wedemeyer, M.A.

The author analyzes the traditional role of political interest groups in US politics. Then he distinguishes special pressure groups and shows what methods these groups employ to gain influence.

The New Age movement has developed its network modelled on pressure groups on the basis of its easily established misuse of science. This misuse covers mainly some background topics of science. The networks are politico-cultural and maintained by the abstract will to change society. The author analyzes the most important concepts of the role evaluations of these networks. Finally the author shows how far New Age network functionaries have already penetrated in legitimate democratic systems as holders of office.

Beilagenhinweis:

Einem Teil der Auflage von LIBERTAS 2/87 liegt ein Prospekt des Frankfurter ztv-Verlags (edition momos) bei. Herausgeber des Prospekts ist der ztv-Verlag, Ziegelhüttenweg 1-3, D-6000 Frankfurt 70.

Hinweis an unsere Leser:

Seit Mitte 1984 beträgt der Jahresabonnementspreis für diese Zeitschrift 30,- DM bzw. 13 ECU. Leider ist zu diesem Tarif die Herausgabe dieses Periodikums nicht mehr möglich, da insgesamt Umfang, redaktionelle Kosten sowie Produktionskosten in den letzten Jahren anstiegen. Ab der Ausgabe 3/87 wird für ein Jahresabonnement von LIBERTAS der Betrag von 40,- DM oder 19 ECU, für ein Einzelheft 10,- DM oder 4,75 ECU berechnet. Luftpost-Mehrporto wird, falls erforderlich, gesondert berechnet.

To our readers:

Since mid-1984 the annual subscription rate of this periodical is 30,- DM or 13 ECU. Unfortunately and due to increasing costs in production, editorial work and also due to an increasing number of pages per issue, we are forced to increase the annual subscription rate to 40,- DM or 19 ECU, for a single issue 10,- DM or 4,75 ECU. When we bill you the next time, you'll find the new amount on the bill. Air postage is billed separately, if you are an overseas subscriber.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislav Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzensberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Prof. Dr. Roberto Mayorga, Reinhard Stuth, Dr. phil. Christopher Terry, Heiner Wehn. Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS (SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA). LIBERTAS wird in der SCAD-Dokumentationsbank der Europäischen Gemeinschaft ausgewertet/LIBERTAS is evaluated by the SCAD Documentation Bank of the European Community.

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1

D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM,

Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13.- ECU or 30.- DM.

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Adress

Datum/Date Unterschrift/Signature